04/2013

RUNDBRIEF

Forum Umwelt & Entwicklung

HOLZPLANTAGE ODER ÖKOSYSTEM? – WÄLDER UNTER NACHFRAGEDRUCK

ISSN 1864-0982

SCHWERPUNKT

Die Energieholz-Lüge 2
Zweifelhafter Klimanutzen, fragliche Herkunft
Dr. Georg Möller und László Maráz

Waldschutz durch Verbrauchssenkung beim Papier 4
Wie lässt sich die Nutzung von Papier zukunftsfähig gestalten?
Evelyn Schönheit

Wie viel Holz braucht der Wald? 6
Grenzen der Holznutzung aus ökologischer und waldbaulicher Sicht – Workshop der Verbände- und Dialogplattform Wald
László Máraz

Wie ein großes Mosaik 8
Nationalparks als Gewinn für Mensch und Natur
Karl Friedrich Sinner

Rückschlag für die post-fossile Zukunft 10
Ecuadorianischer Präsident beendet Yasuní-ITT-Initiative
Cathrin Klenck

Die Weltbank und Waldpolitik 12
Überarbeitung der Standards muss kritisch begleitet werden
Dr. Korinna Horta

Die Mafia lässt grüßen 14
Das lukrative Geschäft mit illegalem Holz
Andrea Cederquist

Waldkonventionen und andere Vereinbarungen 16
Eine Sachstandsanalyse zu ausgewählten internationalen Verhandlungsprozessen und Vereinbarungen im Waldbereich
Matthias Schwoerer

Leider nur »greenwashing« 18
Europäische Waldkonvention vorerst gescheitert
Friedrich Wulf

Raubbau und Ressourcenschwund in Russland 19
Dass selbst Russland das neue Waldabkommen ratifizieren will, sagt viel über dessen Unverbindlichkeit aus.
Asti Roesle und László Máraz

REDD Plus 20
Um den heißen Brei verhandelt
László Máraz und Thomas Fatheuer

AKTUELL

»Was ist in diesem Leben schon demokratisch?« 21
Die Verhandlungen um das TTIP jedenfalls nicht!
Alessa Hartmann

Blackbox Entwicklungsagenda 22
Zahlreiche Zielvorschläge für die neue Post-2015-Agenda
Marie-Luise Abshagen

Warschauer Klimagipfel 24
Trippelschritte zum Abkommen
Sönke Kreft, Manfred Treber und Lutz Weischer

WTO meldet sich zaghaft zurück 26
»Historischer« Einschnitt in der Handelspolitik knapp verhindert
Francisco Mari und Tobias Reichert

Neues Quecksilber-Abkommen verabschiedet 28
Jetzt beginnt eine neue Phase
Elena Lymberidi-Settimo

THEMEN UND AGs

Geld und Kohle 30
Über die Rolle von Banken bei der Finanzierung von Kohle
Regine Richter

»Beijing Consensus« 31
Schlagwort für Entwicklung chinesischer Art
Marie-Luise Abshagen

Bodenlos leichtsinnig 32
Die endliche Ressource Boden braucht einen effektiveren Schutz
Ursula Gröhn-Wittern

ProSavana – contra Kleinbauern!? 33
Land Grabbing im Norden Mosambiks bedroht Ernährungssicherung
Christine Wiid und Andreas Bohne

Exportindustrie gegen Bauern weltweit 35
Ohne Zukunftsmärkte steigert Deutschland Überschüsse von Schweinefleisch
Berit Thomsen

Wir haben Agrarindustrie immer noch satt! 36
Großdemonstration am 18. Januar 2014 in Berlin
Iris Kiefer

Mit einer Stimme 37
Umweltverbände ziehen mit gemeinsamen Forderungen in Europawahlkampf
Daniel Hiß

Publikationen 38

Veranstaltungen 39

Impressum:

Forum Umwelt und Entwicklung

Herausgeber: Forum Umwelt & Entwicklung
Marienstr. 19-20, 10117 Berlin
Telefon: 030/678 17 75 93
Fax: 030/678 17 75 80
E-mail: info@forumue.de
Internet: www.forumue.de

Verantwortlich: Jürgen Maier
Redaktion: Marie-Luise Abshagen und Alessa Hartmann
Mitarbeit: Nelly Grotefendt und Carolin Ebschner
Layout: studio114.de | Michael Chudoba
Titelbild: László Maráz

Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten der deutschen NRO in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint im März 2014.

Liebe Leserinnen und Leser,

Diskussionen über den Wald werden schnell emotional. In den 1980er Jahren war das Waldsterben eines der zentralen Themen der deutschen Umweltbewegung und entwickelte rasch eine durchschlagende politische Wirkung, von der Rauchgasentschwefelung über den Katalysator. In den 1990er Jahren war der Regenwald ein Thema, das Umwelt- und Entwicklungs-NGOs gleichermaßen mobilisierte und zahlreiche Kampagnen initiierte. Holzindustrie, Holzhandel wurden ebenso wie Weltbank und andere Geldgeber der Entwicklungszusammenarbeit unter Druck gesetzt. Tropenholzboykottaufrufe mobilisierten die Macht der Verbraucher und führten zu den ersten Systemen für Nachhaltigkeitszertifikate.

Während der saure Regen tatsächlich weitgehend gestoppt wurde, ist der Nutzungsdruck auf den Wald nicht zurückgegangen und nimmt sogar noch zu. Aber emotional agieren und reagieren heute nicht mehr die NGOs, sondern die Nutzer. Werden Nationalparks oder andere Nutzungseinschränkungen oder -auflagen vorgeschlagen, ist das Echo der Holznutzerlobby oft sehr emotional. Die Argumentation für den Waldschutz ist dagegen auch von NGO-Seite oft sehr fakten- und zahlenlastig, manchmal geradezu technokratisch – die breite Öffentlichkeit interessiert sich für den Wald dagegen kaum noch.

Es gibt allerdings gute Gründe, die Diskussion über die Wälder wieder verstärkt in die Öffentlichkeit zu tragen. Steigende Energiepreise haben den Brennholzverbrauch in die Höhe schießen lassen und der Illusion Vorschub geleistet, man könne den weit überhöhten Verbrauch fossiler Brennstoffe einfach durch Brennholz ersetzen. Kurzsichtige Klimapolitik verwechselt zunehmend Wälder und Holzplantagen, als ob Wälder keine Ökosysteme wären, sondern in erster Linie Kohlenstoffspeicher. Wir brauchen eine ganzheitliche Waldpolitik, die die vielfältigen Nutzungsinteressen mit dem unverzichtbaren Schutz der verbliebenen Wälder austariert. Und das heißt, so schmerzhaft die Erkenntnis ist, dass es Grenzen der Nutzung von Holz gibt. Die vorliegende Ausgabe des Rundbriefs widmet sich diesem Spannungsfeld mit einem ausführlichen Schwerpunktteil. Aktuelle politische Entwicklungen werden ebenso beleuchtet wie bestehende Diskussionen um Nationalparks oder Trends in wichtigen Holzverbrauchssektoren wie Papier und Brennholz. Der Wald muss wieder ein öffentliches Thema werden.

Jürgen Maier

© László Maráz

Ein Haushalt nutzt Holzmassen von 12 Haushalten

DIE ENERGIEHOLZ-LÜGE

Zweifelhafter Klimanutzen, fragliche Herkunft

Der massive Einsatz von Holz für die Erzeugung erneuerbarer Energien hat inzwischen Ausmaße angenommen, die nicht nur zur Übernutzung mancher Waldbestände in Deutschland führen. Der schier unersättliche Hunger nach dem günstigen Brennstoff sorgt inzwischen für Entwaldung, Raubbau und illegalen Holzeinschlag. Nicht etwa in fernen Tropenwäldern – sondern vor allem in Europa. Genauer gesagt in Zentral- und Osteuropa.

DABEI FING alles so schön an: Die steigende Brennholznachfrage hat erfreulicherweise zu steigenden Holzpreisen geführt. Waldbesitzer erhielten endlich halbwegs angemessene Preise für ihr Holz und der Ausbau erneuerbarer Energien viel Rückenwind, sodass sich auch ökologisch engagierte Politiker für die Förderung des Brennholzabsatzes einsetzten. Und die Energiewende lässt sich mit dem Holz in grünen Farben darstellen. Vor allem jetzt, nach dem überzogenen Ausbau von Biogasanlagen und den wachsenden Protesten gegen den Vormarsch von Windkraftanlagen in den Wald.

Aber es ist doch nicht alles gut

Doch bald klagten vor allem Industrieholzeinkäufer, die sich über Jahrzehnte mit billigen Rohstoffen versorgen konnten, über Rohstoffmangel und steigende Preise. Inzwischen wird mehr als die Hälfte des gesamten Holzaufkommens verheizt. In der Tat ist Holz ein zu kostbarer Rohstoff, um ihn einfach nur zu verbrennen. Zudem häuften sich die Fälle, in denen wegen der Nachfrage etwa durch neu errichtete Biomassekraftwerke teilweise sogar die Wurzelstöcke aus dem Waldboden gerissen wurden und ganze LKW-Ladungen von Baumkronen und Reisig in den Kesseln landeten.

Wenngleich solche rabiaten Methoden nicht flächendeckend angewandt werden, wird doch aus vielen Wäldern zu viel Holz entnommen. Zum Beispiel dünne Stämmchen und Äste, die wegen ihres hohen Rinden- und damit Nährstoffgehaltes eigentlich im Wald bleiben müssen. Wegen der stetig ansteigenden Einschlagsmengen verliert der Wald zunehmend seine Funktion als Kohlenstoffspeicher bzw. als Kohlenstoffsenke. Daher ist die ständig wiederholte Behauptung, die thermische Verwertung von Waldholz sei klimaneutral, schlicht und ergreifend falsch. Heute lassen sich auch Biotopbäume mit Ästen und Höhlen gewinnbringend verkaufen, die nur mit hohem Sortieraufwand für höherwertige Produkte verwendbar sind. Pech für die vielen Lebewesen und bedrohten Arten, die nur in solchen Biomasse-Biotopen leben können. Ihr Lebensraum wird oft als »Abfallholz« oder »Waldrestholz« deklariert und im Ofen entsorgt. Zunehmend werden bisher im »Windschatten« der regulären Holznutzung naturnah wachsende Sonderbiotope wie zum Beispiel Bruchwälder sowie Kleinprivatwald verstärkt zur Brennholzgewinnung herangezogen.

Immer mehr Holzheizungen in Deutschland

In Deutschland gibt es mehr als 15 Millionen Kaminöfen. Jedes Jahr kommen 400.000 neue hinzu. Gleichzeitig werden Pelletheizungen und -öfen immer beliebter. Das Deutsche Pelletinstitut meldete im Jahr 2012 rund 278.500 mit Pellets befeuerte Kessel und Kaminöfen. Zwar sind Pelletheizungen vergleichsweise effizient und sauber, doch die Mehrzahl der Holzheizungen gilt als Feinstaub-Quelle ersten Ranges. Ein Lichtblick ist die 2015 anstehende Verschärfung der Grenzwerte für Kleinfeuerungen im Rahmen der Bundes-Immisionsschutzverordnung[1]. Nicht nur die Feinstaubproduktion, sondern auch der Brennholzverbrauch würde verringert.

Tatsache ist, dass die thermische Verwertung von Waldholz aktuell zur schlechten Kohlenstoffbilanz des Wirtschaftssystems beiträgt. Es werden leider auch für höherwertige Zwecke

geeignete Stammholzsortimente, sowohl aus Deutschland als auch aus dem benachbarten Ausland, zu Brennholz verarbeitet.

Und wie sich nun zeigt, wird inzwischen entgegen der Behauptungen vieler, nicht zuletzt grüner Politikerinnen und Politiker, das Brennholz stamme »aus der Region«, in großem Umfang Brennholz oft in Form einer waldzerstörenden Plünderung zum Beispiel aus Zentralosteuropa, Osteuropa und Skandinavien importiert.[2] Vor solchem Hintergrund ist eine kritische Bilanz der Versorgung mit regenerativer Energie geboten – in Deutschland hat Holz regional mit 40 Prozent einen überproportional hohen Anteil am scheinbaren Erfolg der Regenerativen.

Demnach ist der Holzeinschlag in Zentral-Osteuropa zwischen 2000 und 2010 um 23 Prozent auf 56 Millionen Kubikmeter Holz pro Jahr gestiegen. Mit fast 78 Prozent ist der Einschlag in Südost-Europa noch stärker gewachsen. Besonders hervorzuheben ist Bulgarien: Der ohnehin schon hohe Einschlag stieg um 107 Prozent – mit anderen Worten, er verdoppelte sich. Derzeit wird rund 70 Prozent des bulgarischen Holzeinschlags sofort zu Brennstoff verarbeitet – es handele sich angeblich um minderwertige Ware!

Zu wenig Kontrolle bei importiertem Holz

Ob aus dem EU-Ausland importiertes Holz aus illegalem Einschlag oder nachhaltiger Bewirtschaftung stammt, wird nicht ernsthaft kontrolliert. Seit Mai 2013 ist die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) dafür zuständig, gegen illegalen Einschlag und Handel mit Holz vorzugehen[3]. Eine Überprüfung der 1.200 Holz-Importeure findet aber nur schriftlich statt, nicht vor Ort. Auf diese Weise wurden zudem bisher lediglich zwölf Importeure kontrolliert, gemäß der Argumentation der BLE aufgrund des freien EU-Binnenmarktes: Die anderen EU-Mitgliedstaaten müssten selbst dafür sorgen, dass das von ihnen exportierte Holz aus nachhaltiger Wirtschaft stamme.

Ein Ende des Pellet- und Kaminholzbooms ist nicht abzusehen, zumal es sich rechnet. Hand aufs Herz: der Hauptgrund für die Anschaffung von Holzfeuerstätten ist der immer noch günstige Preis und nicht die Sorge um den Wald oder den Klimaschutz. Die Kostenersparnis von einem Drittel gegenüber Heizöl ist die zentrale Werbebotschaft der Nutznießer des Brennholzbooms. Wenn das so weitergeht, wird der Bedarf in Deutschland weiterhin in hohem Maße auch mit Importen gedeckt werden, mit teilweise zweifelhafter Herkunft.

Holz aus den USA für Europas Klimaschutzbilanz

Doch auch in anderen Ländern wird der Rohstoff benötigt. Zum Beispiel die USA: Momentan werden von dort aus große Mengen an Holzpellets nach Europa verschifft. Im Südosten der Vereinigten Staaten wachsen riesige Holzplantagen, deren traditionelle Absatzmärkte als Baumaterial wegen der Immobilienkrise weggebrochen waren. Darum lohnt sich das Geschäft mit den Holzpellets, zum Beispiel für den Energiekonzern RWE. Das Unternehmen, das unter Europas Energieversorgern der größte Emittent von CO_2 ist (2011: 141 Millionen t), betreibt in Georgia sogar ein eigenes Pelletwerk.[4] Wegen des Klimaschutzes, wie das Unternehmen betont: »Für die Erreichung der CO_2-Minderungsziele in Deutschland und Europa ist die Biomasse unverzichtbar. Der steigende Rohstoffbedarf in diesem stark wachsenden Segment kann jedoch nicht alleine durch den europäischen Holzmarkt gedeckt werden. Aus diesem Grund betreiben wir im Süden des US-Bundesstaates Georgia eine der größten Anlagen zur Pelletierung von Frischholz.« Jährlich werden im Pelletwerk Waycross rund 750.000 Tonnen Holzpellets für den Einsatz in Europa hergestellt und verschifft. Dafür werden jährlich etwa 1,5 Millionen Tonnen Frischholz benötigt. In Europa sollen die Pellets in erster Linie in bestehenden Steinkohlekraftwerken von RWE genutzt werden. Durch den Ersatz von Steinkohle durch Biomasse will RWE erhebliche CO_2-Einsparungen erzielen.

Dieser Nutzen für das Klima wird allerdings bezweifelt. Erst kürzlich haben 41 Wissenschaftler in einem Appell an die US-Umweltbehörde EPA davor gewarnt, verstärkt Holz in Kohlekraftwerken zur Stromerzeugung zu verbrennen.[5] Die Argumentation, wer Holz verbrenne, dürfe sich die Kohlenstoffbindung des Waldwachstums anrechnen, sei nicht haltbar. Denn die Bäume würden zum einen auch wachsen, ohne dass man sie nachher verbrenne. Wälder würden normalerweise auch so Biomasse anreichern, wogegen durch den Holzeinschlag dieser Kohlenstoffspeicher geleert werde.

Doch ganz gleich, ob die Wissenschaftler mit ihrer Initiative Erfolg haben oder nicht: Eines muss den Energieholz-Importeuren klar sein: Wenn andere Länder Ernst machen mit ihren Plänen zum verstärkten Einsatz von Holzbiomasse, wird eine günstige Quelle nach der anderen versiegen.

Ernüchterung macht sich breit

Die Euphorie bei der Energieholzverwendung ist in Fachkreisen längst einer gewissen Ernüchterung gewichen. Dennoch werden von einigen Interessengruppen weiterhin frohe Botschaften gesendet, in denen man sich für ein Wachstum der Brennholznutzung ausspricht. Dabei wäre ohnehin ein deutlich sinkender Einschlag im übernutzten deutschen Wald erforderlich, um andere Waldfunktionen und den Schutz der biologischen Vielfalt nicht zu gefährden. Für all jene, die mit Holz heizen, gilt wiederum, dass man sich die Freude am Holzfeuer auch mit geringerem Holzverbrauch erhalten kann, denn die meisten Häuser sind so schlecht gedämmt und viele Öfen so ineffizient, dass man problemlos die Hälfte einsparen könnte.

Dr. Georg Möller und László Maráz

Dr. Georg Möller ist als Diplombiologe freiberuflicher Experte für Waldökologie und in beratender Funktion für Umweltverbände tätig.

László Maráz ist Koordinator der Plattform Wald beim Forum Umwelt und Entwicklung.

1 http://www.bmu.de/service/publikationen/downloads/details/artikel/verordnung-ueber-kleine-und-mittlere-feuerungsanlagen-1-bimschv/

2 http://www.ndr.de/ratgeber/verbraucher/haushalt_wohnen/brennholz121.html

3 http://www.ble.de/DE/02_Kontrolle/06_HandelMitHolz/HandelMitHolz_node.html

4 http://www.rwe.com/web/cms/de/598024/rwe-innogy/technologien/biomasse/beschaffung-international/waycross-georgia/aktuelles/

5 http://www.thinkprogress.org/climate/2013/11/30/3005441/epa-biomass-forest-carbon/

WALDSCHUTZ DURCH VERBRAUCHSSENKUNG BEIM PAPIER

Wie lässt sich die Nutzung von Papier zukunftsfähig gestalten?

Der hohe Verbrauch von Papierprodukten ist einer der Gründe für den steigenden Nutzungsdruck, der auf den Wäldern lastet. Tipps zum Papiersparen sind zwar weit verbreitet, dennoch bleibt in Deutschland der Verbrauch seit Jahren auf hohem Niveau. Wo liegen Ansatzpunkte für eine ökologisch tragfähige und sozial gerechte Nutzung? Wo müssen Informationsarbeit und Grundlagenforschung intensiviert werden?

JEDER FÜNFTE Baum, der weltweit gefällt wird, landet in der Papierherstellung. Laut FAO entspricht dies rund 40 Prozent des industriell genutzten Holzes. Der globale Papierverbrauch liegt inzwischen bei 400 Millionen Tonnen pro Jahr. Deutschland liegt bei Erzeugung und Verbrauch mit ca. 20 Millionen Tonnen an vierter Stelle hinter China, USA und Japan. 2012 nutzte jeder Bundesbürger im Schnitt 244 Kilo Papier. Gleichzeitig nehmen wir beim Im- und Export den weltweiten Spitzenrang ein. Denn 55 Prozent der deutschen Papierproduktion gehen ins Ausland, gleichzeitig werden rund 60 Prozent des inländischen Verbrauchs eingeführt. Dies bewirkt, dass über 80 Prozent des für unseren Papierkonsum eingesetzten Holzes aus Importen stammen, wie aktuelle Berechnungen von Robin Wood belegen.[1]

Folgen der Holzgewinnung für Papier

Das Holz für unseren inländischen Papierverbrauch stammt zum Großteil aus Skandinavien, wo industrielle Forstwirtschaft vorherrscht. Geringere Mengen erreichen uns aus Kanada und Russland, vielfach nach der dort üblichen Praxis des Kahlschlags in Primärwäldern gewonnen. Südamerika baut seine Rolle als Zellstoffexporteur weiter aus. Im Nordosten Brasiliens begann die Umwandlung von Urwald zu Plantagen bereits vor 40 Jahren. Die weitere Expansion großflächiger Eukalyptus-Monokulturen vertreibt Kleinbauern von ihrem Land. Diese weichen in andere Gebiete aus und roden neue Flächen, zum Teil in Primärwald. Auch in Chile und Uruguay bedingen sich Plantagenausbau, Landrechtsverletzungen und der Verlust verbliebener Urwaldflächen. Aus Südostasien kommen vorwiegend indirekte Faserimporte in Form von Papierfertigprodukten, zum Beispiel Bücher, die in China gefertigt werden. Die Waldzerstörung ist in Indonesien nach wie vor mit am höchsten.

Wie könnte ein ökologisch tragfähiger, sozial gerechter Papierverbrauch aussehen?

Die FAO beziffert den jährlichen Waldverlust auf 13 Millionen Hektar. Experten internationaler Nichtregierungsorganisationen gehen von 15 Millionen Hektar aus, da sie zum Beispiel durch Holzeinschlag degradierte Flächen hinzuzählen. Lastet man der Papierindustrie hiervon ein Fünftel an (siehe oben), so ist sie für die Zerstörung von rund 3 Millionen Hektar Wald pro Jahr verantwortlich. Die Frage ist, wie ein global tragfähiger Verbrauch aussehen könnte, der diesen Anteil der Papierindustrie auf Null zurückfährt und gleichzeitig dem Prinzip einer gerechten Verteilung unter Berücksichtigung regionaler und kultureller Besonderheiten folgt. Als Mindestbedarf für Bildung, Kommunikation und Hygiene gelten 40 Kilo Papier jährlich. Der Weltdurchschnitt liegt bei 57 Kilo. Allerdings nutzen rund 15 Prozent der Weltbevölkerung mehr als 125 Kilo, während 57 Prozent der Menschen weniger als 40 Kilo zur Verfügung stehen. So verbraucht ein Inder durchschnittlich 10 Kilo Papier pro Jahr, ein Bürger Indonesiens 27 Kilo, ein Rumäne 32 Kilo.

Die Berechnung eines global tragfähigen Durchschnittsverbrauchs bedarf einer genauen Analyse der für die Papiergewinnung relevanten Waldtypen und ihrer Ertragsleistungen, um abschätzen zu können, welche Holzmengen in welchen Regionen einzusparen sind, will man den Waldverlust durch die Papierindustrie verhindern. Auf dieser Basis ließen sich konkrete Minderungsziele formulieren. Die Anpassung der nationalen Verbräuche müsste dann unter Bezugnahme von Parametern wie der wirtschaftlichen Entwicklung, Exportstärke, Schulsystem, kulturellen Gepflogenheiten etc. abgeleitet werden, um eine annähernd gerechte und zugleich realistisch umsetzbare Verteilung ins Auge zu fassen.

Chancen für die Papierindustrie

Zugegeben, der Zeitpunkt ist ungünstig, um eine massive Verringerung des Papierverbrauchs zu fordern: Die Konkurrenz durch digitale Medien und die konjunkturelle Lage mit Rückgang der Werbeausgaben lassen die Verkaufszahlen insbesondere von Zeitungs- und Druckpapieren in Nordeuropa und Nordamerika zurückgehen. Die Papierindustrie legt Maschinen still, schließt Standorte, entlässt Mitarbeiter. Andererseits ist der Trend zu neuen, riesigen Zellstoffwerken insbesondere in Südamerika und Fernost, wo höhere Holzerträge, geringere Kosten und vielfach schwächere Umweltauflagen locken, ungebrochen. Doch statt dem globalen Wachstumszwang zu folgen und die Ausbeutung von Ressourcen in Schwellenländern fortzusetzen, sollten regionale Akteure gestärkt werden. Nur wo ökologische und soziale Gesichtspunkte als Richtschnur dienen, kann die Papierindustrie auf Erfolg hoffen. Die Notwendigkeit des Klimaschutzes macht dies immer deutlicher.

Gerade deutschen Papierherstellern bieten sich hier gute Chancen. Denn die Qualität der Produkte, das hohe handwerkliche Know-How der Papieringenieure sowie der Einsatz bester verfügbarer Techniken – mit niedrigem Energie-, Wasser- und Chemikalieneinsatz – machen ihre Papiere international konkurrenzfähig. Eine qualifizierte Produktion geringerer Mengen bringt Arbeitsplätze für höher qualifizierte Mitarbeiter auf einem stabileren, weil zukunftsfähigem technischen Niveau mit sich. Eine Verbrauchsminderung muss deshalb auf lange Sicht keinen Nachteil für den Arbeitsmarkt darstellen.

Hierzu gehört auch, dass die Produkte angemessen vergütet werden müssen. Dafür ist der Wert von Papier stärker zu kommunizieren und die Bedeutung von Holz als CO_2-Speicher zu vermitteln. Kontraproduktiv ist dabei die Aussage vieler Papiervertreter, ihr Industriezweig verarbeite einen klimaneutralen Rohstoff, dessen Nutzung den Klimaschutz fördere. Auf diese Weise wird suggeriert, ein verstärkter Verbrauch sei akzeptabel bzw. erstrebenswert. Doch Holz trägt dann zum Klimaschutz bei, wenn es im Wald verbleibt oder zur langlebigen Anwendung verarbeitet wird. Wird Holz für kurzlebige Verwendungen eingesetzt, bedeutet dies nur den Verlust wertvoller CO_2-Speicherkapazität im Wald.

Wo liegen konkrete Einsparpotentiale?

Der Verbrauch geht bei uns zu je über 40 Prozent in die Bereiche grafische Papiere mit Büro-, Schreib-, Druck- und Pressepapieren sowie Verpackungen ein. Während die Mengen im ersten Sektor rückläufig sind, steigen sie bei Verpackungen deutlich an. Das liegt am wachsenden Internethandel, der deutschen Exporttätigkeit sowie der Zunahme kleinerer Verpackungseinheiten zum Beispiel für Singlehaushalte. Hygienepapiere umfassen knapp 8 Prozent des Verbrauchs mit einer beträchtlichen Steigerung von 1 Millionen Tonnen im Jahr 2000 auf 1,5 Millionen 2012. Ursachen sind zum Beispiel höhere Lagenzahlen beim Toilettenpapier und der demografisch bedingte Anstieg bei Inkontinenzprodukten. Spezialpapiere wie Tapeten, Kaffeefilter oder Fotopapier machen den geringsten Anteil mit wenig Verbrauchszuwachs aus.

Die Pro-Kopf-Verbräuche erreichen nur zu Teilen den Endverbraucher. So gehen beträchtliche Mengen an Verpackungspapier auf das Konto von Unternehmen, die Waren exportieren. Wer privat per Versand bestellt, sollte konsequent nach Mehrweglösungen fragen, wie sie zum Beispiel die Post oder memo in Form stabiler Plastikboxen anbieten. Kontinuierliche Nachfrage befördert ein Umdenken weiterer Versender.

Tipps zum Papiereinsparen in Haushalt und Büro finden sich in der Broschüre »Papier. Wald und Klima schützen«[3]. So begleiten einen zum Beispiel häufig Mitgliederzeitschriften über Jahre, da man nicht ganz auf die Informationen verzichten will. Doch die meisten Unternehmen, wie Krankenkassen, Verbände oder mancher Automobilclub bieten längst eine digitale Version als PDF oder ePaper an.

Schwierig ist die Einflussnahme auf die fast 40 Prozent (nicht verbrauchte) Remittenden von 4 Milliarden Zeitungen und Zeitschriften, die jährlich in den Handel gelangen. Ebenso werden 25 bis 40 Prozent aller Bücher nicht regulär verkauft, sondern zum Sonderpreis angeboten oder vernichtet. Wäre Papier teurer, würden die Verantwortlichen ihre Auflagen reduzieren. An dieser Stelle könnte eine staatlich verordnete Abgabe auf Holzprodukte greifen. Diese sollte gestaffelt erfolgen, je nachdem ob Sekundär- oder Primärfasern zum Einsatz kommen.

Erfolge anderer Länder

Nach diesem Prinzip hat Frankreich 2007 eine Abgabe für das Inverkehrbringen von über fünf Tonnen Papier pro Jahr erhoben, die für alle Marktakteure gilt. Das Land hat sich im gleichen Jahr zum Ziel gesetzt, den Papierverbrauch in der nationalen Verwaltung um 50 Prozent zu senken. Laut einer Studie von 2012 sind die Einsparungen in Frankreichs öffentlichem Sektor noch unzureichend. Zwar ging der Verbrauch seitdem von 11,2 auf 9,7 Millionen Tonnen zurück, doch wird dies insbesondere mit der Wirtschaftskrise begründet.

Augenfällig ist, dass auch Länder wie Finnland, Schweden, USA und Kanada ihre Verbräuche seit 2000 erheblich gesenkt haben. Inwieweit die wirtschaftliche Entwicklung die Ursache ist, digitales Dokumentenmanagement in Großunternehmen Wirkung zeigt oder Informationsarbeit und Kampagnen seitens NGOs und Regierungsstellen greifen, bedarf weiterer Untersuchungen.

Evelyn Schönheit

Die Autorin arbeitet seit 2000 als Expertin für das Forum Ökologie & Papier (FÖP) und bietet Beratung und Hintergrundrecherchen an, engagiert sich für Verbraucherinformation und Öffentlichkeitsarbeit.

1 www.robinwood.de/Wo_unser_Papier_waechst – auf Basis des Kritischen Papierberichts 2004 von FÖP.

2 vdp (Verband Deutscher Papierfabriken), Papier 2013. Ein Leistungsbericht, S. 56.

3 Die Broschüre kann unter folgendem Link kostenlos heruntergeladen und bestellt werden: http://www.forumue.de/publikationen/publikationen2/publikation/papier-wald-und-klima-schuetzen/

2012 gab FÖP die Broschüre »Papier. Wald und Klima schützen« heraus, Anfang 2014 wird der neue »Kritische Papierbericht« erscheinen. Ausführliche Informationen hier: ***www.foep.info***

	2000	2012	Anteil 2012	Kg/Kopf 2012
Gesamtverbrauch	19.093	20.008	100 %	244
Grafische Papiere	9.787	8.777	44 %	107
- davon Zeitungsdruck	2.678	2.114	11 %	26
Verpackungspapiere	7.314	8.645	43 %	106
Hygienepapiere	1.050	1.495	7,5 %	18
Technische u. Spezialpapiere	942	1.091	5,5 %	13

Papierverbrauch in Deutschland 2012[2]

© László Maráz

Pilzfruchtkörper an einer Fichte

WIE VIEL HOLZ BRAUCHT DER WALD?

Grenzen der Holznutzung aus ökologischer und waldbaulicher Sicht – Workshop der Verbände- und Dialogplattform Wald

Im Zuge der Debatte um Schutzgebiete, Erneuerbare Energien und ökologische Waldnutzung wird meist darum gestritten, wie viel Holz wir noch aus dem Wald holen können und wer den nachwachsenden Rohstoff verbrauchen darf. Dass Wälder wunderbar gedeihen, ohne dass man ihnen Holz entnimmt, gerät dabei nicht nur allzu schnell in Vergessenheit. Mit Begriffen wie Waldrestholz wird gar suggeriert, dass Holz eine Art Abfallprodukt sei und seine Entsorgung dem Wald nicht schaden könnte.

UNSERE WÄLDER unterliegen heute vielfältigen Ansprüchen von Gesellschaft und Wirtschaft. Die steigende Bereitschaft, diese Ökosysteme für den Erhalt der biologischen Vielfalt zu schützen, konkurriert dabei mit dem zunehmenden Einsatz nachwachsender Rohstoffe. Mit der Begründung, den Verbrauch fossiler Rohstoffe zugunsten des Klimaschutzes zu begrenzen, wird der Nutzungsdruck auf den Wald gesteigert. Dem Holzeinschlag sind aber natürliche Grenzen gesetzt, die zu respektieren sind, wenn wir die Wälder nicht übernutzen oder unseren Holzbedarf durch verstärkte Holzimporte decken wollen.

Wo liegen Grenzen des Holzeinschlages?

Diese Frage ist nach wie vor ebenso umstritten wie ungeklärt. Niemand kennt genaue Grenzen, zumal diese je nach Standort und Bewirtschaftungskonzept sehr unterschiedlich ausfallen dürften. Entscheidend ist, welche Prioritäten die Gesellschaft verfolgt: wer vor allem viel Holz ernten will, wird anders handeln als jemand, dem Naturschutz besonders wichtig ist. Dennoch dürfte es selbst für engagierte Rohstoffnutzer ratsam sein, auch hinsichtlich der Stärke der Holznutzung Grenzen einzuhalten, damit die Leistungsfähigkeit des Waldes als Produktionsstätte erhalten bleibt. Dazu muss die Fruchtbarkeit und gesunde Struktur der Waldböden in ausreichendem Umfang gefördert werden.

Solche und andere Fragen bildeten den Kern des ersten Workshops der Dialogplattform Wald »Wie viel Holz braucht der Wald?«. Thema war dabei auch, welche Mengen und Qualitäten an Biotopholz für die waldtypische Biodiversität, aber auch für die Widerstandsfähigkeit gegenüber Klimastress notwendig sind. Auch solche scheinbar auf Naturschutzinteressen beschränkte Fragen sind für die Bewirtschaftung der Wälder nicht unerheblich, da gesunde Wälder leistungsfähiger sind. Ebenso galt es deutlich zu machen, dass auch Wirtschaftsinteressen wichtig sind, um Umwelt- und Naturschutzinteressen zu berücksichtigen: Denn der nachwachsende Rohstoff Holz hat aus ökologischer Sicht viele Vorzüge gegenüber den sonstigen, meist energie- und rohstoffintensiven Bau- und Werkstoffen.

Erkenntnisse des Wald-Workshops

Den durchaus fachkundigen Teilnehmern des ersten Workshops der Dialogplattform Wald wurden einige überraschende Erkenntnisse vermittelt. Begonnen hatte die Tagung mit einem Beitrag von **Franziska Tucci** vom Centre for Econics and Ecosystem Management (Eberswalde), die im Rahmen einer Kurzstudie den Akteuren einen Überblick über die wichtigsten Zusammenhänge und Probleme verschaffte, welche aus einer wachsenden Rohstoffnachfrage und der folgenden Nutzungsintensivierung entstehen könnten. Demnach hätten Aktionspläne für die verstärkte Nutzung von Biomasse für energetische und stoffliche Zwecke eine Steigerung der Holzernte zur Folge. Hieraus könnten sich etwa infolge hoher Nährstoffentzüge nachteilige Auswirkungen auf die Bodenfruchtbarkeit und die Biologische Vielfalt ergeben. Die Kurzstudie soll Ende des Jahres vorliegen.

Der Biologe **Dr. Georg Möller** veranschaulichte in seinem Referat Bio-

topholz für die Biologische Vielfalt die Bedeutung von Biotopholz für die waldtypischen Ökosystemfunktionen. Unter dem Motto: »Die Natur erzeugt keinen Müll: Es gibt nichts zu entrümpeln« nannte er typische Beispiele wertvoller Biotopholz-Vorkommen und stellte einige der inzwischen selten gewordenen Käfer- und Pilzarten vor. Er machte deutlich, wie wichtig der Schutz von Alt- und Tothölzern als Kernlebensräume der waldtypischen Biodiversität sei. Als Schwellenwerte für Biotopholz in Laubholz-Altbeständen gölten mindestens 10 lebende Habitatbäume pro Hektar und mindestens 40 Festmeter stehendes und liegendes, dickes Totholz pro Hektar erntereifen Altbestandes.

Prof. Pierre Ibisch von der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde stellte in seinem Vortrag »Wie viel Biomasse braucht das Waldklima?« neuere Forschungsergebnisse über Wirkungen erhöhter Biomassemengen (v.a. Totholz) auf die Ökosystemfunktionalität vor. Am Beispiel des Waldinnenklimas ließ sich anschaulich machen, wie Biotopholzreiche Wälder in der Lage seien, so erhebliche Mengen an Energie und Wasser zu speichern, dass Temperatur- und Feuchtigkeitsschwankungen deutlich abgemildert würden und damit die Auswirkung von Hitze- oder Trockenperioden erst nach mehreren Wochen spürbar werde. Auch für Arten, die auf Feuchtigkeit angewiesen seien, stellten Biotophölzer gerade in solchen Zeiten wichtige Refugien dar. Anthropogene Störungen degradierten hingegen das Puffervermögen (=Verlust von energieaufnehmenden Strukturen) und führten zu erhöhtem Stress im Ökosystem.

Prof. Dr. Axel Göttlein vom Fachgebiet Waldernährung der TU München warnte eindringlich vor einer unkritischen Nutzung gerade der nährstoffreichen Biomassesortimente. Der Entzug und Verkauf von Rinde, Ästen, Zweigen und Nadeln bringe zwar Zusatzerlöse, fordere im Gegenzug aber ein Vielfaches an Nährstoffverlusten, so dass sich diese Form der Biomassenutzung mitunter sehr nachteilig auf das Bestandswachstum auswirke. Die meisten Wälder kämen ohnehin auf sauren und nährstoffarmen Standorten vor und verlören seit Jahrzehnten durch Einträge von Stickstoffverbindungen über die Auswaschung von Nitrat erhebliche Mengen an anderen Nährelementen wie Kalium und Magnesium und verarmten weiter. Inzwischen gäbe es bereits entsprechende Standortkartenwerke, an denen sich die Nutzung orientieren könne. Zu beobachten sei, dass viele Forstbetriebe mittlerweile die Biomassenutzung (v.a. Brennholz) deutlich reduzierten, um die Standortqualität zu sichern.

Ulrich Mergner stellte das Biotopbaum-Konzept des Forstbetrieb Ebrach und der BaySF vor. Im nördlichen Steigerwald verfolge man ein integratives Waldbewirtschaftungskonzept, bei welchem die Bewirtschaftung des Staatswaldes auf eine Optimierung des Gesamtnutzens aller Waldfunktionen abziele. Hierzu zähle eine Reihe von Schutzgebieten ohne holzwirtschaftliche Nutzung, in denen sich über viele Jahrzehnte eine eindrucksvolle biologische Vielfalt erhalten konnte. Wenngleich man hier im Gegensatz zur geforderten Ausweisung eines Nationalparks lediglich mittelgroße Flächen sich selbst überlassen wolle, würden auf der bewirtschafteten Fläche einige Anstrengungen unternommen, um wenigstens Trittsteinbiotope zu erhalten. Auch die Brennholznutzung werde begrenzt. Kritisch wirkten sich frühere Auslesedurchforstungen nach dem Konzept der Arbeitsgemeinschaft Naturgemäße Waldwirtschaft auf die biologische Vielfalt aus, da vor allem die holztechnisch geringwertigen Bäume fehlten, die als Biotope für die Waldlebewesen besonders wertvoll seien.

Denny Ohnesorge von der Arbeitsgemeinschaft Rohholzverbraucher gelang es, den Teilnehmern die erheblichen Herausforderungen deutlich zu machen, denen sich die Holzverarbeitende Industrie vor dem Hintergrund des Rückgangs des Nadelholzanbaus und der Zunahme von Laubholz stellen muss. Zwar sei es technologisch durchaus möglich, Produkte, die bislang zu großem Anteil aus dem leichten und tragfähigen Nadelholz gefertigt würden, auch aus Buchen- oder anderen Laubhölzern herzustellen. Doch seien diese erheblich teurer und schwerer, und daher nicht marktfähig.

Konstruktive Diskussion

In der anschließenden Diskussion zeigte sich, dass sich die Akteure engagiert und mit einer großen Bereitschaft zum konstruktiven Austausch an diesem Dialogprozess beteiligen. Für viele Teilnehmer war es durchaus überraschend zu sehen, welche wichtigen Funktionen von Biomasse im Wald bislang weitgehend unerkannt und unberücksichtigt bleiben. Darunter fiel die Erkenntnis, dass Biotopholz nicht nur der biologischen Vielfalt dient, sondern massive Vorteile auch für die Wahrung anderer, wirtschaftlich relevanter Waldfunktionen hat. Diskutiert wurde auch über die dramatische Situation der Waldböden, die Probleme und Sorgen der Holzwirtschaft und Lösungsansätze wie einem effizienteren, sparsameren Umgang mit Energieholz.

Weitere Tagungen sind geplant

Weitere Tagungen werden im kommenden Jahr auch in anderen Regionen stattfinden. Geplant ist ferner, bei Exkursionen in Wald und holzverarbeitende Betriebe mehr Wissen und Problembewusstsein zu fördern. Damit soll nicht zuletzt die Chance eröffnet werden, zu den Anliegen, bei denen sich gemeinsame Interessen herausarbeiten lassen, auch gemeinsam Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Wichtig ist dabei, die Notwendigkeit für ökologische Leitplanken in den verschiedenen Strategien und Programmen zur verstärkten Biomassenutzung sichtbar zu machen. Zu diskutieren sind auch Maßnahmen zur Verringerung des Ressourcenverbrauchs, um den Druck auf die Wälder zu senken. Dies betrifft vor allem den Verbrauch an kurzlebigen Holzprodukten (zum Beispiel Papier, Verpackungen). Das Projekt will außerdem einen Beitrag leisten zur Vermeidung negativer Auswirkungen des Nutzungsdruckes auf die biologische Vielfalt und die Leistungsfähigkeit der Wälder, sowie zur Stärkung ihrer Funktion als CO_2-Senke und ihrer Anpassungsfähigkeit an den Klimawandel.

László Maráz

Der Autor ist Koordinator der Plattform Wald des Forum Umwelt und Entwicklung.

Die Dialogplattform ***»Waldbiodiversität lebensraumtypisch erhalten, fördern, entwicklen und vernetzen«*** bringt verschiedene Akteure zusammen, um gemeinsam über Möglichkeiten zur Verringerung des Nutzungsdrucks auf Wälder zu diskutieren.

© Karl Friedrich Sinner

Nationalpark Bayrischer Wald

WIE EIN GROSSES MOSAIK

Nationalparks als Gewinn für Mensch und Natur

In der Debatte um die Einrichtung neuer Nationalparks wird immer wieder bezweifelt, ob es ausreichende fachliche und rechtliche Gründe für die Ausweisung solcher Großschutzgebiete gibt. Dabei hat sich die internationale Staatengemeinschaft längst auf die Schaffung von Schutzgebietssystemen geeinigt.

DIE KONFERENZ von Rio 1992 hat mit dem Übereinkommen über die Biologische Vielfalt (CBD) ein Programm beschlossen, das die Vertragsstaaten zum Erhalt der Biodiversität verpflichtet. Die 7. Vertragsstaatenkonferenz in Kuala Lumpur hat dazu das Arbeitsprogramm Schutzgebiete verabschiedet, das die Bedeutung und die Rolle eines Schutzgebietssystems klar herausstellt.

In der Umsetzung dieser Beschlüsse werden nicht nur die Entwicklung eines Schutzgebietssystems aus Naturparks, Biosphärenreservaten und Nationalparks in den einzelnen Vertragsstaaten vorangetrieben. Im Hinblick darauf, dass die angestrebten Ziele bisher nicht erreicht wurden, wird auch die Effizienz der bestehenden Schutzgebiete überprüft. Dies geschieht in Deutschland bei der freiwilligen Evaluierung der Naturparks, der Evaluierung der Biossphärenreservate durch das MAB Nationalkomitee[1] und seit 2009 mit der Evaluierung der Nationalparks anhand von Qualitätskriterien und Standards für deutsche Nationalparks.

Nationale Biodiversitätsstrategie treibt Schutzgebietsprogramm voran

Mit der Nationalen Biodiversitätsstrategie der Bundesregierung von 2007 wird dieses Schutzgebietsprogramm, durch das Ziel Wildnis in Deutschland auf 2 Prozent der Landesfläche wieder zuzulassen und 5 Prozent der Wälder der natürlichen Entwicklung zu überlassen, weiter vorangetrieben. Kerngebiete der Wildnis und der sich selbst überlassenen, freien Waldentwicklung sind heute die Prozessschutzzonen der Nationalparks, aber auch die Kernzonen der Biossphärenreservate, die heute rund 0,6 Prozent der Landfläche Deutschlands einnehmen. Das Schutzgebietssystem in Deutschland ist daher zu erweitern, um die gesteckten Ziele zu erreichen. Biodiversität wird in der oben genannten Zielsetzung dabei nicht nur als Artenvielfalt, sondern ebenso als Lebensraumvielfalt sowie als genetische Vielfalt innerhalb der Arten verstanden.

Zentrale Rolle von Wäldern

Wälder spielen bei der Erhaltung der natürlichen Biodiversität unseres Landes eine zentrale Rolle. Nahezu 90 Prozent unseres Landes war einst von Wäldern bedeckt und die Rotbuche war die beherrschende Baumart. 25 Prozent der ursprünglichen Verbreitung dieser »Europäerin« liegt in Deutschland. Heute nehmen Buchenwälder in Deutschland nur noch 4,5 Prozent der Landesfläche ein, die naturschutzfachlich bedeutenden, alten Buchenwälder über 160 Jahre umfassen gerade noch 0,2 Prozent der ehemaligen Buchenfläche.

Wälder werden beschrieben als »multivariable zufallsgesteuerte Sukzessionsmosaike«. Diese Definition beschreibt die Grundlagen der Biodiversität von Wäldern in ihrer nahezu

unendlichen Fülle von Entwicklungsphasen in variantenreicher Ausprägung, ihren natürlichen Strukturen und Lebensraumangeboten. Der ganze Reichtum an Lebensraum und Strukturvielfalt kann sich jedoch nur ausprägen, wenn die geschützten Gebiete großräumig genug sind. Nur die große Fläche gewährleistet, dass in diesen sich dynamisch verändernden Wäldern die ganze Lebensraumvielfalt dauerhaft zur Verfügung steht. Dies jedoch nicht statisch an derselben Stelle, sondern in einem vielgestaltigen, sich ständig verändernden Mosaik auf der Fläche. Großflächigkeit ist der sicherste Schutz davor, dass durch eine natürliche Störung, zum Beispiel durch Stürme wie Lothar oder Kyrill, die Lebensraumvielfalt massiv eingeschränkt wird, wie dies in kleinen, nur wenige Hektar großen Naturwaldzellen der Fall ist.

In den großen Kernzonen der Nationalparks haben wir daher extrem dichte, geschlossene Wälder neben sehr lichten Entwicklungsstadien nach Windwurf und Borkenkäfer. Und dazwischen alle Übergangsstadien eines mehr oder weniger dichten bzw. offenen Kronendaches durch Zusammenbrechen einzelner Bäume oder kleine Schneebruch- und Windwurfnester. Hinzu kommt, dass durch Nichtnutzung vom Keimling bis zum mehrhundertjährigen Baumriesen alle Altersstufen vertreten sind und natürlich auch Mengen an abgestorben Bäumen in der Alters-, Zerfalls- und Verjüngungsphase, die Größenordnungen von mehreren hundert Kubikmeter pro Hektar erreichen können. Das alles gehört zur Naturausstattung unserer Wälder und bietet Lebensraum und den Aufbau überlebensfähiger, stabiler Populationen auch von hochgradig gefährdeten Arten.

Nationalparks als Schutzfaktor und Erlebnisraum

Gerade Nationalparks haben dabei eine »bipolare« Aufgabenstellung. Sie sind neben ihrer Bedeutung für den großflächigen Schutz der natürlichen Dynamik in Wäldern gleichzeitig einmalige Naturerlebnisräume für Menschen. Auch hier spielt es eine wichtige Rolle, dass sie eine ausreichend große Fläche umfassen. Denn nur dann können. Schäden durch die Nutzung lokal begrenzt werden und kann das Gefühl entstehen, draußen zu sein in einer anderen, wilden Welt. Besucher können erleben, wie vital und dynamisch, wie artenreich und vielfältig die Wälder unserer Heimat sein können. In Nationalparks kann die Schönheit und Ästhetik wilder Wälder erfahren werden, die uns ein ganz anderes Bild vom Wald vermitteln als gepflegte und nachhaltig bewirtschaftete Wirtschaftswälder. Eine Wanderung durch diese wilden Wälder bietet die Erkenntnis, dass Werden, Vergehen und wieder Werden als unendlicher Kreislauf des Lebens in der Natur auch Basis für unsere eigene Existenz ist, für uns, die wir in einer weitgehend technisierten, urbanen und durchgeplanten, »alles ist machbar« Welt leben.

Karl Friedrich Sinner

Seit 2009 vertritt der Autor die deutschen Nationalparks im Vorstand von Europarc Deutschland, dem Dachverband der Nationalen Naturlandschaften.

1 MAB bedeutet »Man and Biosphere«. Siehe auch http://www.bfn.de/0310_mab.html

© Karl Friedrich Sinner

Nationalpark Bayrischer Wald

© Ute Koczy

Añangu See im Yasuní Nationalpark

RÜCKSCHLAG FÜR DIE POST-FOSSILE ZUKUNFT

Ecuadorianischer Präsident Rafael Correa beendet Yasuní-ITT-Initiative

Der ecuadorianische Präsident hat im August 2013 die weltweit beachtete Yasuní-ITT-Initiative für gescheitert erklärt. Durch die Initiative sollte die Ölförderung in einem Teilgebiet des einzigartigen Yasuní-Nationalparks verhindert werden. In Ecuador wird gegen diese Entscheidung protestiert, die Zivilgesellschaft strebt ein Referendum an. Nicht nur in Ecuador stellt sich die Frage, was das Aufkündigen der Yasuní-ITT-Initiative (ITT, benannt nach den Flüssen Ishpingo, Tambococha und Tiputini, die das Gebiet begrenzen) für die Idee, fossile Rohstoffe im Boden zu lassen, bedeutet.

MITTE NOVEMBER bestätigte Ecuadors Oberster Gerichtshof in dritter und damit letzter Instanz, dass der Öl-Multi Chevron Schadensersatz für die massive Verseuchung des Amazonasgebietes durch die Erdölförderung zahlen muss. Auch wenn das Gericht die Geldstrafe im Vergleich zu früheren Urteilen auf knapp zehn Milliarden Dollar halbierte, ist die verhängte Strafe die bislang höchste in der Geschichte des Umweltrechts. Fast dreißig Jahre lang förderte der inzwischen von Chevron übernommene Texaco-Konzern Öl in Ecuador. Texaco hinterließ nach dem Rückzug im Jahr 1992 Schäden in gigantischem Ausmaß. Verseuchte Böden und Gewässer, gerodete Waldflächen und zahlreiche noch offene Bohrlöcher beeinträchtigen bis heute die Umwelt und gefährden die Lebensgrundlage der dort lebenden Menschen. Seit zwei Jahrzehnten versucht die Bevölkerung, den Schaden einzuklagen. Chevron hat erneut angekündigt, das aktuelle Urteil nicht zu akzeptieren und hat seinerseits Gegenprozesse angestrengt.

Chevrons schmutzige Hände – Ölförderung im Amazonas

Die ecuadorianische Regierung reagierte mit einer internationalen Kampagne gegen Chevron. Zum Auftakt der Kampagne namens »Las Manos Sucias de Chevron« (Die schmutzigen Hände von Chevron) tauchte Präsident Rafael Correa im September 2013 öffentlichkeitswirksam seine Hände in eines der vielen Becken, die Texaco in der Provinz Sucumbios hinterlassen hat, und in denen bis heute Öl und Rückstände offen lagern. Die Auseinandersetzung über die Konsequenzen einer Förderung von fossilen Rohstoffen, die mit hohen ökologischen und sozialen Risiken und Schäden einhergeht, ist in Ecuador momentan also in vollem Gange. Doch während die Altlasten der Förderung im Amazonas durch Texaco bzw. Chevron medienwirksam skandalisiert werden, wurde die Ausbeutung weiterer Ölreserven im Amazonas beschlossen. Am 15. August 2013 erklärte Correa die Yasuní-ITT-Initiative, die eine Ölförderung in einem Teil des Yasuní-Nationalparks im Nordosten Ecuadors verhindern sollte, für gescheitert.

Die Yasuní-ITT-Initiative – »Leave the oil in the soil«

Vor sechs Jahren präsentierte der ecuadorianische Präsident vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen einen weltweit beachteten Vorschlag: Große Erdölvorkommen (rund 850 Millionen Barrel und damit etwa 20 Prozent der bekannten Erdölreserven Ecuadors) in einem Teilgebiet des Yasuní-Nationalparks sollten nicht gefördert werden, wenn die internationale Gemeinschaft sich im Gegenzug dazu bereit erklärte, die Hälfte der entgangenen Einnahmen aus der Ölförderung zu kompensieren. Diese Mittel (rund 3,6 Milliarden US-Dollar) sollten in den Ausbau Erneuerbarer Energien, in Entwicklungsprojekte, Wiederaufforstung, den Erhalt von Schutzgebieten und in die Forschung fließen. Der Yasuní-Nationalpark gehört zu den Hotspots der Biodiversität weltweit und ist Lebensraum für indigene Gemeinschaften, die zum Teil in freiwilliger Isolation leben. Seit 1989 ist der Park UNESCO-Biosphärenreservat. Mit dem Vorschlag Correas wurde eine visionäre Idee zur offiziellen Politik, die über Jahre hinweg maßgeblich von der ecuadorianischen Zivilgesellschaft, von indigenen Gruppen und UmweltaktivistInnen entwickelt worden war.

Der Vorschlag, das Öl gegen Kompensation im Boden zu lassen, genoss eine hohe Zustimmung in der ecuadorianischen Bevölkerung und stieß auch jenseits von Ecuador auf große Resonanz. Auch in Deutschland wurde die Idee positiv aufgenommen. Im

Jahr 2008 unterstützten so gut wie alle Fraktionen im Deutschen Bundestag die ecuadorianische Initiative in einem auf Anregung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen formulierten interfraktionellen Antrag. Diese Unterstützung aus Deutschland war zum einen ein Signal für weitere potenzielle Geldgeber in der internationalen Gebergemeinschaft, zum anderen beeinflusste sie auch die Debatte in Ecuador. Denn dort geriet die Initiative durch konkurrierende Interessen unter Druck. Die deutsche Unterstützung stärkte den VerteidigerInnen der Yasuní-Initiative in Ecuador den Rücken in einem Prozess, der auf ecuadorianischer Seite immer wieder auch durch Widersprüchlichkeiten geprägt war. Nach der Bundestagswahl 2009 wurde diese Unterstützung von der neuen FDP-Führung im Entwicklungsministerium jedoch zurückgezogen, Minister Niebel lehnte ein »Zahlen für Unterlassen« strikt ab. Wie zuvor die Unterstützung hatte auch diese Absage Signalwirkung für die innerecuadorianischen Aushandlungsprozesse wie auch für potenzielle internationale UnterstützerInnen der Initiative.

Yasuní-ITT-Initiative beendet – Zivilgesellschaft fordert Referendum

Das Ende der Initiative kam nicht überraschend. Die erhoffte finanzielle Unterstützung blieb aus, auch wenn an verschiedener Stelle die Relevanz des Yasuní-Projekts und die Notwendigkeit einer Unterstützung betont wurde, wie etwa durch UN-Generalsekretär Ban Ki-moon im September 2011. Correa hatte wiederholt gedroht, das Öl zu fördern, wenn sich keine internationale Unterstützung fände. Und auch die Öllobby übte Druck aus. Nach neueren Schätzungen wird bei einer Förderung in Yasuní-ITT inzwischen mit Einnahmen von 15 bis 20 Milliarden US-Dollar gerechnet. Die Ölförderung im Amazonas wurde von der Regierung trotz der Yasuní-ITT-Initiative vorangetrieben, im Herbst 2012 wurden weitere Konzessionen für das südliche Amazonasgebiet vergeben. Als Präsident Correa das Scheitern der Initiative verkündete, waren noch nicht einmal ein Prozent der anvisierten Summe von 3,6 Milliarden US-Dollar eingegangen. Correa kündigte in seiner Ansprache einen raschen Start der Explorationsarbeiten für die Ölförderung im ITT-Gebiet an. Das ecuadorianische Parlament, wo Correas Partei Alianza País über eine Zwei-Drittel-Mehrheit verfügt, billigte Anfang Oktober nach langer Debatte mit 108 zu 25 Stimmen den Vorstoß Correas und erklärte die Förderung in ITT zum nationalen Interesse. Damit wurde die Voraussetzung zur Ölförderung im Naturschutzgebiet geschaffen.

Als Reaktion auf die Aufkündigung der Initiative haben sich in Ecuador Umweltschutzorganisationen, Indigenenverbände, WissenschaftlerInnen und weitere UnterstützerInnen zum Bündnis »Yasunidos« zusammengeschlossen. Sie wollen ein Referendum über die Frage der Ölförderung in Yasuní-ITT erwirken. Damit das ecuadorianische Verfassungsgericht eine entsprechende Referendumsfrage prüft, müssen die InitiatorInnen bis April 2014 die Unterschriften von fünf Prozent der Wahlberechtigten in Ecuador vorlegen (etwa 600.000 Menschen). Die Unterstützung der Initiative in der Bevölkerung ist groß, die ecuadorianische Regierung hat mit der Zustimmung im eigenen Land auf der internationalen Bühne stets geworben. Ob das notwendige Quorum für ein Referendum erreicht wird, wie das Verfassungsgericht die eingereichte Frage bewertet und zu welchem Ergebnis eine mögliche Volksabstimmung kommen könnte, bleibt abzuwarten. Vorerst dominiert die Logik der Rohstoffausbeutung. Präsident Correa kündigte unterdessen an, dass die Rohstoffeinnahmen aus Yasuní-ITT vorrangig für den Kampf gegen Armut eingesetzt werden sollen. Die auf Rohstoffausbeutung basierende Finanzierung von Investitionen in Infrastruktur und Sozialprogramme scheint jedoch schwer vereinbar mit dem in der ecuadorianischen Verfassung verankerten alternativen Entwicklungsparadigma des Guten Lebens (Buen Vivir) und der Verankerung der Natur als Rechtssubjekt.

Post-fossile Zukunft – Pilotprojekte werden gebraucht

Die internationale Gebergemeinschaft hat die Yasuní-ITT-Initiative nicht unterstützt. Sie hat damit das Scheitern eines konkreten und gleichzeitig visionären Modellprojekts in Kauf genommen. Damit ist das Aufkündigen der Initiative weit über Ecuador hinaus ein Rückschlag. Ein Umsteuern in der Rohstoff- und Energiepolitik ist nötig, dies verdeutlicht allein der ungebremste Klimawandel. Für Schritte in eine post-fossile Zukunft (gemäß dem Motto »leave oil in the soil, leave coal in the hole, leave gas under the grass«)[1] werden neben den großen politischen Weichenstellungen auch Laboratorien und positive (Gegen-)Entwürfe gebraucht. Pilotprojekte wie Yasuní-ITT sind wichtig, weil sie zeigen, dass es Alternativen gibt zur Ausbeutungslogik, zum Export der Natur und zum aggressiven Vorstoßen in sensible Ökosysteme unter Inkaufnahme immer größerer ökologischer und sozialer Risiken.

Unabhängig vom Ausgang eines möglichen Referendums in Ecuador liegen genau hier aber auch die Errungenschaften der Initiative. Trotz aller Widersprüchlichkeiten war und ist die Yasuní-ITT-Initiative ein Pilotprojekt für das Überwinden des fossilen Zeitalters. Der ecuadorianische Vorschlag einer Nicht-Förderung von Öl hat eine große Dynamik freigesetzt, weit über Ecuador hinaus. Eine der Herausforderungen liegt nun darin, die Idee hinter Yasuní-ITT auch im Falle eines Scheiterns der Initiative nicht fallenzulassen, sondern weiterzudenken. Dies ist in verschiedenen Regionen der Welt bereits der Fall und auch konzeptionell liegen erste Vorschläge auf dem Tisch.

Es steht außer Frage, dass eine Nicht-Förderung in einzelnen sensiblen Gebieten nicht die Lösung für die Klima-, Rohstoff- und Energiekrisen ist. Das dafür notwendige Umsteuern und verbindliche politische Entscheidungen können und sollen durch vereinzelte Projekte nicht ersetzt werden. Dennoch liegt in der Akzeptanz und Unterstützung von Initiativen wie Yasuni-ITT ein wichtiger Beitrag auf dem Weg in Richtung post-fossile Zukunft.

Cathrin Klenck

Die Autorin arbeitet zu entwicklungs- und rohstoffpolitischen Fragen. Mit der Yasuní-ITT-Initiative hat sie sich als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bundestag auseinandergesetzt.

1 Siehe hierzu auch Temper et al: Towards a Post-Oil Civilization, Yasunization and other initiatives to leave fossil fuels in the soil, EJOLT (Environmental justice organisations, liabilities and trade) Report N° 6, Mai 2013. http://www.ejolt.org/2013/05/towards-a-post-oil-civilization-yasunization-and-other-initiatives-to-leave-fossil-fuels-in-the-soil/

© Karl Friedrich Sinner

Wo kommt unser Holz her?

DIE WELTBANK UND WALDPOLITIK

Überarbeitung der Standards muss kritisch begleitet werden

Die Weltbank steckt zurzeit in einem mehrjährigen Prozess der Überarbeitung ihrer Umwelt- und Sozialstandards, dazu gehört auch ihre Waldpolitik. Bilaterale und andere multilaterale Entwicklungsinstitutionen, aber auch private Banken, richten sich zunehmend nach den Weltbankstandards. Deshalb geht die Wichtigkeit dieser Standards weit über Weltbank Investitionen hinaus. Neue Politikrichtlinien zu Wald und zu indigenen Völkern werden fundamentale Auswirkungen auf den Schutz von Tropenwäldern und die Rechte von indigenen und anderen waldabhängigen Bevölkerungen haben.

DIE INTERNE Evaluierungsgruppe der Weltbank (Independent Evaluation Group – IEG) veröffentlichte im Dezember 2012 eine umfassende Untersuchung über die Umsetzung der Weltbank Waldstrategie aus dem Jahr 2002.[1] Die Ergebnisse, auch wenn in diplomatische Sprache gehüllt, sind verheerend:

- Eine Reduzierung der Armut ist zumeist nicht erreicht worden;
- Der ländlichen Armut ist bei Reformen der Vergabe von Holzkonzessionen keine Aufmerksamkeit geschenkt worden;
- Zwangsumsiedlungen geben keine Auskunft darüber, wie die Lebensgrundlage der betroffenen Gemeinschaften wieder hergestellt worden ist;
- Partizipative Ansätze bei der Verwaltung von Waldschutzgebieten sind meist nicht gegeben und daher sind 75 Prozent aller von der Bank unterstützten Schutzgebiete in Gefahr nicht nachhaltig zu sein.

Die IEG Evaluierung packt auch ein umstrittenes Thema in der Geschichte der Weltbank-Waldpolitik an: Die Finanzierung des industriellen Holzeinschlags in Regenwäldern.

Die Kontroverse um Finanzierung von industriellen Holzkonzessionen

Es war nicht immer so, dass die Weltbank die Finanzierung von industriellen Holzfirmen in tropischen Feuchtwäldern finanzieren durfte. Eine international koordinierte Kampagne der Zivilgesellschaft leistete Anfang der 90er Jahre effektive Lobbyarbeit gegen die Finanzierung des industriellen Holzeinschlags in Regenwäldern. Waldprojekte in West Afrika dienten als Fallbeispiele dafür, wie schlecht durchdachte Weltbankprojekte zur Zerstörung der Regenwälder beitragen. Da Weltbankfinanzierungen aus öffentlichen Mitteln der multilateralen Entwicklungshilfe direkt von Geberländern kommen oder durch sie garantiert werden, war das ein empfindlicher Punkt. Zumal Regierungen dabei waren, sich auf den Rio Erdgipfel von 1992 vorzubereiten und das Thema der Nachhaltigkeit nun überall weit oben auf der Agenda stand.

Es musste sich also etwas ändern. Der Exekutivrat der Weltbank, in dem die Regierungen der Geberländer damals noch eindeutig das Sagen hatten, verabschiedete 1991 eine neue Waldpolitik, die Armutsbekämpfung und Naturschutz in den Vordergrund rückte und gleichzeitig ein Verbot der Finanzierung industriellen Holzeinschlags in tropischen Regenwäldern enthielt.[2]

Weltbankmanagern war dieses Verbot von Anfang an ein Dorn im Auge. Sie argumentierten, dass die Waldpolitik von 1991 zuviel Gewicht auf Waldschutz und nicht genügend auf die Reduzierung von Armut setzte. Ihrer Meinung nach war der industrielle Holzeinschlag in Tropenwäldern, der nun als nachhaltig beschrieben wurde, ein wichtiges Instrument der Armutsbekämpfung, schließlich würden damit Arbeitsplätze geschaffen. Empirische Belege für die ökologische Nachhaltigkeit und soziale Verbesserungen in den betroffenen Gebieten wurden nicht geliefert.

Im Jahr 2002 trugen Weltbankmanager ihren ersehnten Sieg davon. Der Exekutivrat der Weltbank verabschiedete eine neue Waldpolitik, die das Verbot der Finanzierung des industriellen Holzeinschlags mit dem Argument der Armutsminderung aufhob. Zwar bestimmte er gleichzeitig, dass der von der Weltbank unterstützte, industrielle Holzeinschlag zertifiziert werden müsse. Doch dabei durfte sich jedes Projekt individuell aussuchen, von wem es zertifiziert werden wollte. Selbst dort, wo es noch keine Zertifizierungssysteme gab, reichte es aus zu versprechen, dass es in Zukunft an einem nicht spezifizierten Datum ein solches System geben würde.

Und wo stehen die Dinge jetzt?
Die IEG-Evaluierung vom Dezember 2012 fand, dass weniger als 50 Prozent aller von ihr untersuchten Projekte die vorgesehene Zertifizierung vorweisen konnten. Dabei ist nicht ersichtlich, ob sich die Evaluierungsgruppe auch mit der Qualität der Zertifizierung beschäftigt hat.

Die IEG-Evaluierung erklärt, dass sie keine Beweise dafür finden konnte, dass die Unterstützung von Tropenholzkonzessionen nachhaltig sei und zu sozial-verantwortlicher (inclusive), wirtschaftlicher Entwicklung führe. Die wohl wichtigste Empfehlung der IEG ist es, eine umfassende öffentliche Untersuchung der wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Auswirkungen der von der Weltbank unterstützten industriellen Holzkonzessionen in Regenwäldern vorzunehmen. Das Gewicht liegt dabei auf Ländern mit schwacher Regierungsführung.

Taube Ohren bei Entscheidungsträgern
Ein Komitee des Weltbankexekutivrats in dem auch Deutschland vertreten ist (Committee on Development Effectiveness – CODE) hat diese kritische Empfehlung der IEG jedoch abgelehnt. Das Komitee folgte damit der Argumentation des Bankmanagements, dass die derzeitige Überarbeitung der Sozial- und Umweltstandards der Weltbank eine solche Untersuchung nicht notwendig mache.

Dieses Argument ist schwer nachvollziehbar. Schließlich wäre die von der IEG empfohlene Untersuchung kein paralleler Prozess, sondern eine wertvolle Grundlage für die Überarbeitung der Waldpolitik (Forest Safeguard).

Es scheint eher der Fall zu sein, dass das Management der Weltbank dieses Thema nicht näher untersucht haben möchte. Die Nachhaltigkeit von industriellen Holzkonzernen in Regenwäldern ist weiterhin wissenschaftlich fragwürdig und eine Verbesserung der Lebensbedingungen für die in den betroffenen Waldgebieten lebende Bevölkerung ist auch nicht erwiesen. Die IEG konnte jedenfalls keine Anzeichen dafür finden.

Unter dem Vorzeichen der Klimafinanzierung
Die fundamentale Bedeutung von Walderhaltung für den Klimaschutz ist längst allgemein akzeptiert, wie die internationalen Verhandlungen zu REDD (Reduced Emissions for Deforestation and Forest Degradation) im Rahmen der Klimakonvention zeigen.

Darum erscheint es bizarr, dass die International Finance Corporation (IFC), die Privatsektortochter der Weltbank, mit Unterstützung der von der Weltbank verwalteten Climate Investment Funds (CIFs) die Finanzierung von Holzproduktion in intakten Waldgebieten Indonesiens plant, einschließlich in Konfliktgebieten wie West Papua. Die IFC Investition ist unter dem Schirm des Forest Investment Programs (FIP), einem der Climate Investment Funds, vorgesehen. Zunächst sollen 200.000 Hektar Wald betroffen sein, die auf 700.000 Hektar erweitert werden können.[3]

Besonders aufgrund der Rolle der Weltbank in der internationalen Klimafinanzierung, einschließlich ihrer Vorreiterrolle im REDD-Prozess durch die Forest Carbon Partnership Facility (FCPF), sollten NROs versuchen, den Prozess der Überarbeitung der Sozial- und Umweltstandards zu beeinflussen. Weltbankstandards, einschließlich der Waldpolitik, gelten auch für die Klimafinanzierungen, die aus internationalen Treuhandfonds gespeist werden.

Die wachsende Rolle von Development Policy Loans
Direkte Hinweise auf Weltbankfinanzierung von industriellem Holzeinschlag in Tropenwäldern sind eher selten geworden. Diese Art von Finanzierung läuft jetzt zum großen Teil über Development Policy Loans (DPLs), die früher als Strukturanpassungsprogramme bekannt waren. Die Weltbank erklärt, dass ihre Finanzierung von Reformen bei der Tropenholz-Konzessionsvergabe zu mehr Transparenz und Rechenschaftslegung beiträgt. Das mag sein, aber die IEG-Evaluierung fand keine Anzeichen dafür, dass dies irgendwelche praktische Auswirkungen habe.

DPLs – anders als Projektfinanzierungen – sind schnell ausgezahlte Kredite, die nicht an Umwelt- und Sozialstandards gebunden sind.

Mittlerweile werden 40 Prozent aller Kredite im Waldbereich als Development Policy Loans vergeben.[4] Kredite für Entwicklungspolitik, das klingt gut. Ein Bericht des Inspection Panels, dem Beschwerdemechanismus der Weltbank, zeigt aber, wie schief das gehen kann. Eine Untersuchung von Krediten an die Demokratische Republik Kongo zeigte, dass die Weltbankfinanzierung hauptsächlich auf die Einnahmen aus dem industriellen Holzeinschlag fokussiert war, ohne dabei die ökologischen und sozialen Aspekte zu berücksichtigen. Dem Inspection Panel Bericht zufolge fanden die rund 40 Millionen Menschen, deren Lebensgrundlage direkt mit Waldressourcen verflochten ist, keine Beachtung.[5] Entwicklungspolitik? Fehlanzeige!

Eine zentrale Forderung der internationalen Zivilgesellschaft bei der Überarbeitung der Sozial- und Umweltstandards der Weltbank ist es, dass diese in Zukunft für alle Weltbankinstrumente Gültigkeit haben müssen und nicht nur für den schrumpfenden Anteil der Projektfinanzierungen.

Öffentliche Aufmerksamkeit ist kritisch
Die Weltbankstandards und ihre Umsetzung drohen weiter geschwächt zu werden. Als eines der wichtigsten Geberländer könnte Deutschland sich dafür einsetzen, eine Abschwächung der Kriterien im Namen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu verhindern. Ein starkes Engagement der Zivilgesellschaft ist hier notwendig.

Dr. Korinna Horta

Die Autorin ist ehemalige Wissenschaftlerin beim Environmental Defense Fund in Washington (1990-2009). Seit 2009 arbeitet sie bei der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation urgewald.

1 Independent Evaluation Group, Managing Forest Resources for Sustainable Development, The World Bank, December 2012.

2 The World Bank, Forest Policy Paper, Washington, D.C. 1991.

3 Climate Investment Funds, Meeting of the FIP Sub-Committee, November 5, 2012, Investment Plan for Indonésia, Seite 73.

4 The World Bank Group, Forests and Trees in Sustainable Landscapes, Action Plan, FY 14-16, Concept Note, May 20, 2013.

5 The Inspection Panel, Investigation Report, Democratic Republic of Congo: Transitional Support for Economic Recovery Cresit (Terso) IDA Grant NºH1920DRC, Report Nº 40746, August 31, 2007.

© László Maráz

Auch Fichtenholz kann aus illegalem Einschlag stammen, zum Beispiel aus Russland

DIE MAFIA LÄSST GRÜSSEN

Das lukrative Geschäft mit illegalem Holz

Kein Kavaliersdelikt, sondern ein kriminelles Geschäft: Der Handel mit Holz aus illegaler Quelle fördert Korruption, führt zu Menschenrechtsverletzungen und zu Umweltzerstörung. Besonders groß ist das Problem in den Tropenregionen wie Amazonien, Indonesien und im Kongobecken. Die Europäische Union versucht unter anderem mit Partnerschaftsabkommen (VPA), die illegalen Holzströme aus den Exportländern einzudämmen. Ein Beispiel aus Kamerun zeigt, wie diese Bestrebungen unterminiert werden.

LAUT UNEP und Interpol werden weltweit 30 bis 100 Milliarden Dollar mit illegalem Holzhandel pro Jahr umgesetzt.[1] Zwischen 15 und 30 Prozent des weltweit gehandelten Holzes stammt aus illegalen Quellen. In einigen Tropenregionen liegt der illegale Einschlag zwischen 50 und 90 Prozent, so die Schätzung. Zudem wird Tropenholz zunehmend in Produktform (statt beispielsweise in Rohform als Stämme) nach Deutschland importiert – teils mit Umweg über China. Ähnlich wie beim Drogenhandel gibt es im internationalen Holzgeschäft Mafiastrukturen mit Korruption bis in die höchste Regierungsebene. Es wird gefälscht, bestochen, Gesetze werden in den schwer kontrollierbaren Regionen nicht eingehalten. Um den illegalen Holzimporten Einhalt zu gebieten, sind die EU(-Länder) gefragt: Sie müssen die Holzhandelsgesetze konsequent umsetzen.

Der FLEGT-Aktionsplan der EU und die Partnerabkommen mit Exportländern

FLEGT ist die englische Abkürzung für »Forest Law Enforcement, Governance and Trade«, auf Deutsch: »Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor«. Der mehrteilige Aktionsplan von Mai 2003 hat das Ziel, dass nur legales Holz in der EU verkauft werden soll. Zentrale Aspekte des Plans sind die EU-Holzhandelsverordnung sowie der Abschluss freiwilliger aber verbindlicher Partnerschaftsvereinbarungen mit den Exportländern, sogenannte VPA (Voluntary Partnership Agreements).[2] Die Partnerschaftsabkommen entstehen in einem langjährigen Prozess mit dem Ziel, in den holzproduzierenden Ländern Reformen zu unterstützen, die den illegalen Holzeinschlag vor Ort eindämmen. Gleichzeitig sollen sie sicherstellen, dass nur legales Holz in die EU eingeführt wird. Dafür wird in den Partnerländern ein Genehmigungs- und Lizenzsystem für legal geschlagenes Holz eingerichtet. Die Länder erhalten parallel Unterstützung bei der Waldbewirtschaftung und Rechtsdurchsetzung. Die Umweltorganisation FERN veröffentlicht halbjährlich eine Analyse zum Stand der einzelnen Abkommen.[3] Einige Studien deuten darauf hin, dass der Ansatz positive Effekte in einzelnen Ländern hat[4], wobei die unabhängige Überwachung zentraler Aspekt ist.[5] Sie weisen jedoch auch darauf hin, dass die Qualität der Prozesse in den Partnerschaftsabkommen sehr unterschiedlich ausfällt.[6]

Das erste VPA unterzeichnete die EU 2009 mit Ghana. Weitere Vereinbarungen handelte sie bislang mit der Demokratischen Republik Kongo (DRK), der Republik Kamerun, der Zentralafrikanischen Republik, der Republik Kongo sowie Indonesien und Liberia aus. Die Aufnahme neun weiterer Länder wird aktuell verhandelt, ein Dutzend weiterer Staaten hat Interesse angemeldet.[7]

EU-Kommission ist überlastet

Das große Interesse ist für die Kommission eine arbeitstechnische Belastung, denn noch ist kein Holz mit einer FLEGT-Lizenz in die EU importiert worden. Dabei ist es wichtig, die Genehmigungen nicht schon zu erteilen, bevor unabhängige Kontrollsysteme gewähren können, dass das Holz tatsächlich nicht illegal eingeschlagen wurde. Wenn verschiedene EU-Delegationen und Mitgliedsländer die Verhandlungen übernehmen, um die Kommission zu entlasten, besteht auch das Risiko,

dass die Prozesse und Inhalte der Abkommen nicht kongruent sind.

Die unterschiedliche Qualität der bestehenden VPA-Abkommen ist schon jetzt ein Problem. Korruption, unklare nationale Gesetze und der Umstand, dass die Interessen der betroffenen lokalen Bevölkerung nicht genügend respektiert werden, stehen einer positiven Wirkung der Abkommen im Weg. Dennoch, der VPA-Prozess in den einzelnen Partnerländern führt schrittweise zu einer besseren Rechtsdurchsetzung und Integration der Zivilgesellschaft, wie zum Beispiel in Indonesien. Aber die Prozesse sind langsam, die Partizipation der Bevölkerung lässt in anderen Ländern zu wünschen übrig. Hinzu kommt, dass immer mehr Holz aus Rodungen für landwirtschaftliche Flächen und Palmöl-Konzessionen auf den Holzmarkt gelangt. Schätzungen zu Folge stammen 30 bis 70 Prozent des Holzes aus den VPA-Ländern aus Wäldern, die für landwirtschaftliche Flächen gerodet werden.[8]

Negativbeispiel: Herakles Farms

Wie leicht die Bemühungen um die oben beschriebenen VPA-Abkommen umgangen werden können, zeigt ein Beispiel aus Kamerun. Die US-amerikanische Firma Herakles hat nach einer Reihe von dubiosen Verhandlungen[9] Ende November 2013 eine provisorische, dreijährige Genehmigung für die Rodung von 20.000 Hektar Regenwald in Kamerun erhalten. Das Holz aus der Rodung soll verkauft werden. Kamerun hatte bereits 2010 ein freiwilliges EU-Partnerschaftsabkommen zur Bekämpfung des illegalen Holzeinschlags unterzeichnet. Doch mit dem umstrittenen Palmölprojekt »Herakles Farms« setzt die kamerunische Regierung die Glaubwürdigkeit in dem VPA-Prozess aufs Spiel.

Die geplante Ölpalmenplantage liegt im artenreichen Regenwald. Diese Regenwald-Schutzgebiete sind wichtige CO_2-Senken und beheimaten eine reiche Artenvielfalt (zum Beispiel rund 500 Säugetierarten). Waldelefanten nutzen die Wälder, um von einem Schutzgebiet ins nächste zu wandern. Das Herakles-Projekt wird dramatische Auswirkungen auf die lokale Wirtschaft, Ernährung und die Kultur der Menschen haben. Der Wald würde als Erwerbs- und Nahrungsquelle ausfallen. Selbständige Kleinbauern könnten im besten Fall als Erntehelfer auf der neuen Plantage arbeiten. Den meisten droht Arbeitslosigkeit oder sie würden aus der Region vertrieben.[10] Die Bevölkerung vor Ort, lokale und internationale Menschenrechts- und Umweltorganisationen sowie Wissenschaftler protestieren gegen das Vorhaben. Herakles profitiert von extrem günstigen Vertragsbedingungen und setzt nachweislich auf Einschüchterung, Nötigung bei Landbesitzstreitigkeiten und Bestechung bei Gesetzesverstößen, um das Projekt voranzutreiben.[11]

Dennoch, der Wald soll gerodet und das Holz verkauft werden. Eine nicht unbedeutende Rolle spielt die deutsche Bundesregierung – diese beriet bei den Verhandlungen die kamerunische Regierung und begleitet die Umsetzung des VPA-Prozesses. Die Bewertung der Bundesregierung diesbezüglich ist daher zentral. Eine rhetorische Frage: Lassen sich diese Vorgehen mit den Zielen der Partnerschaftsabkommen im Rahmen von FLEGT vereinbaren?

Auch die deutsche Entwicklungs-Zusammenarbeit wird durch das Herakles-Projekt konterkariert. Seit 2003 unterstützt die GIZ das Forst- und das Umweltministerium in Kamerun im Bereich »nachhaltiges Ressourcenmanagement«. Zusätzlich berät die GIZ Kameruns Regierung bei der Entwicklung einer nationalen Klimapolitik auch mit dem Ziel der Minderung von CO_2 durch verringerte Entwaldung und Degradierung von Waldflächen. Dies sind wichtige Maßnahmen, um den Regenwald zu schützen und die Bevölkerung vor Ort zu unterstützen. Dass vor diesem Hintergrund das Herakles-Palmölprojekt vom kamerunischen Präsidenten genehmigt wurde, ist paradox in Anbetracht der ökologischen, sozialen Folgen und offensichtlich illegalen Handlungen von Herakles Farms.[12]

Die »Greenlane« der FLEGT-Abkommen

Die wohl größte Herausforderung liegt darin, dass die EU solche Partnerschaftsabkommen mit Staaten ohne verlässliche Rechtsstaatlichkeit anstrebt. Die Behörden in den Importländern sind unsicher, wie sie damit umgehen. Korruption auf Regierungseben anzuprangern, bleibt ein diplomatisches Minenfeld. Doch die FLEGT-Lizenzen bescheinigen den Holzlieferungen aus dem jeweiligen Exportland Legalität. Wie bei CITES (Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Flora and Fauna)-zertifiziertem Holz wird von Behörden davon ausgegangen, dass das Holz dann konform mit den Forderungen der EU-Holzhandelsverordnung (EUTR) ist – und eine »Greenlane« (auf Deutsch: »grünes Licht«) erhält. Nach dem EUTR, seit März 2013 in Kraft, muss derjenige, der Holz oder Holzprodukte als erster in der EU auf den Markt bringt (als sogenannter »Erstinverkehrbringer«), deren legale Herkunft durch ein sogenanntes Sorgfaltspflichtssystem nachweisen. Wenn das Holz jedoch eine FLEGT-Lizenz hat oder CITES zertifiziert ist, entfällt diese Sorgfalt. Wenn daher voreilig Lizenzen vergeben werden, bevor ein robustes Genehmigungs- und unabhängiges Kontrollsystem in den entsprechenden Ländern gewährleistet ist, würden dies die Bemühungen der VPA-Abkommen konterkarieren und als Schlupfloch für den Import von illegalem Holz dienen.

Andrea Cederquist

Die Autorin arbeitet als Kampaignerin im Bereich Wälder und Biodiversität bei Greenpeace.

1 www.interpol.int/Media/Files/News-Media-releases/2012/PR075-Green-carbon-black-trade

2 Link zur EU-Verordnung Nr. 2173/2005 englisch-deutsch: http://eur-lex.europa.eu/Notice.do?val=419697:cs&lang=de&list=419697:cs,&pos=1&page=1&nbl=1&pgs=10&hwords=&checktexte=checkbox&visu=#texte

3 http://www.fern.org/FLEGTUpdateNov13

4 http://www.fern.org/foreststands

5 http://www.globalwitness.org/sites/default/files/IM-VPAsFinalWeb_EN.pdf

6 http://www.fern.org/improvingforestgovernance und http://www.forestpeoples.org/region/guyana/publication/2013/fpp-fern-and-global-witness-letter-eu-commission-and-guyanese-governm

7 http://www.euflegt.efi.int/vpa-countries

8 http://www.fern.org/FLEGTUpdateNov13

9 http://www.greenpeace.org/international/Global/international/briefings/forests/2013/Herakles_ExposedFinal.pdf

10 Videotipp: Landgrabbing in Cameroon: the Story of Herakles Farms« http://youtu.be/Zwq0Q_h1-Tg

11 http://www.greenpeace.org/international/Global/international/briefings/forests/2013/Herakles_ExposedFinal.pdf

12 http://www.greenpeace.org/international/Global/international/briefings/forests/2013/Herakles_ExposedFinal.pdf

© László Maráz

Holzerntemaschine im Wald: Gefährdet Arbeitsplätze und belastet den Waldboden

WALDKONVENTIONEN UND ANDERE VEREINBARUNGEN

Eine Sachstandsanalyse zu ausgewählten internationalen Verhandlungsprozessen und Vereinbarungen im Waldbereich

Der Druck auf die Wälder weltweit, insbesondere in den Tropen, ist weiter besorgniserregend. Zuweilen erscheinen die erzielten Fortschritte vor Ort oder am Verhandlungstisch noch zu gering angesichts immer neuer Bedrohungen für die Wälder. Zu groß sind die Probleme von Armut oder schwachen Regierungsstrukturen, zu groß die ökonomische Attraktivität anderer Landnutzungsformen, die unter anderem aufgrund der weltweiten Nachfrage nach Soja, Palmöl und anderen Agrarprodukten oftmals zu großflächiger Umwandlung von Naturwäldern führen. Doch gibt es zu weiteren Verhandlungen über internationale Lösungsansätze angesichts der globalen Märkte und weltweiten Vernetzung keine Alternative. Eine stärkere Vernetzung der verschiedenen Prozesse wird dabei immer wichtiger, um Synergien zu fördern und Doppelarbeit zu vermeiden.

DIE JÜNGSTE Runde der Klimaverhandlungen in Warschau hat erneut vor Augen geführt, wie schwierig es oftmals für die Staatengemeinschaft sein kann, eine Einigung auf essentielle Beschlüsse, nämlich den Planeten betreffend, zu finden. Die gerechte Verteilung von Kosten und Nutzen solcher Beschlüsse unter Berücksichtigung der vielfältigen Ausgangsbedingungen und historischen Entwicklungen aller Verhandlungspartner gleicht der Quadratur des Kreises. Dazu ist das Ziel oftmals beweglich, denn über die langen Verhandlungszeiträume verändern sich auch die Faktoren und meist auch die Positionen und Forderungen. In Teilbereichen hat es relativ unbemerkt allerdings auch in Warschau beachtenswerte Erfolge gegeben. Dazu gehört der Waldbereich, insbesondere das Thema REDD+. Mit den erzielten Entscheidungen über methodische Voraussetzungen u. a. hinsichtlich der nationalen Waldmonitoring-Systeme, der Adressierung der Treiber der Entwaldung und Walddegradierung oder der Messung, Berichterstattung und Verifizierung ist inzwischen ein Stand erreicht, der den Übergang in die nationale Umsetzung möglich macht.

Als Wermutstropfen verbleibt, dass die Entwicklung der REDD+-Initiative zu dem angestrebten weltweit eingesetzten Kompensationsmechanismus für Verzicht auf Waldumwandlung von einem erfolgreichen Abschluss des künftigen Klimaabkommens abhängig und mit dessen Gesamtpaket eng verknüpft ist.[1] Für die nächsten Jahre wird daher zunächst weiter mit freiwilligen Pilotaktionen das Interesse, insbesondere der Tropenwaldländer, an diesem Instrument wach zu halten sein. Deutschland leistet dazu im Rahmen der laufenden Pilotaktivitäten einen aktiven Beitrag, nicht zuletzt durch sein finanzielles Engagement.

Globale Waldkonvention

Vor dem Hintergrund der sich hinziehenden Klimaverhandlungen rückt ein anderer Vorgang aktuell wieder mehr in den Vordergrund. Denn zeitgleich wird derzeit eine Evaluierung des Waldforums der Vereinten Nationen (UNFF) durchgeführt. Die Ergebnisse werden 2015 Grundlage einer Entscheidung der Staatengemeinschaft über dessen Zukunft sein, da das bisherige Mandat ausläuft. UNFF, das sich mit den Anforderungen an nachhaltige Waldbewirtschaftung in der ganzen Breite befasst, war 2000 mit dem Ziel angetreten, Kohärenz und Zusammenarbeit in der internationalen Waldpolitik zu fördern und nachhaltige Waldbewirtschaftung voranzubringen.

Als Errungenschaften können beispielsweise angeführt werden: die Waldübereinkunft der Vereinten Nationen aus 2007, einschließlich der Pilotprojekte zu deren Umsetzung (Ghana, Liberia, Philippinen, Nicaragua und China), die Einigung auf Globale Waldziele, das Voranbringen umfassender nationaler Waldprogramme, die koordinierende Tätigkeit der internationalen Partnerschaft aller waldrelevanten internationalen Organisationen und Institutionen (Collaborative Partnership on Forests

CPF) sowie die umfassenden Arbeiten zum Thema Finanzierungsstrategien für nachhaltige Waldbewirtschaftung. Diesen positiven Aspekten steht aber die Tatsache gegenüber, dass UNFF zu wenig Impulse für die Umsetzung konkreter Maßnahmen auf operationeller Ebene entwickeln konnte. So ist die Umsetzung der Waldübereinkunft bis heute – und trotz der erheblichen Finanzmittel, die im Rahmen anderer internationaler Initiativen für Wald bereit stehen – mit Forderungen seitens der Entwicklungsländer nach einem zusätzlichen globalen Waldfonds verbunden.

2015 wird zu entscheiden sein, ob und in welcher Form UNFF fortgeführt werden soll. Auch die Option einer rechtlich verbindlichen globalen Waldkonvention wird erneut auf der Tagesordnung stehen. Letztere wird sicher nur sinnvoll zu verfolgen sein, wenn sie – anders als die bisherige Waldübereinkunft – mit einem effizienten Umsetzungs- und Finanzierungsmechanismus verknüpft wird. An der Schnittstelle zwischen Wald- und Klimapolitik sowie zur Übereinkunft über die biologische Vielfalt (CBD) könnte eine Waldkonvention jedenfalls kontrollierbare Standards für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung und für das Monitoring verbindlich festlegen, um ein zu starkes Auseinanderklaffen der Politikansätze zu vermeiden.

Testfall Europäische Waldkonvention

Im Lichte der anstehenden Diskussionen auf der globalen Ebene haben die Europäer vor zwei Jahren einen ersten Schritt zu Verhandlungen über eine Europäische Waldkonvention gemacht. Der Bezugsrahmen geht hier weit über die EU hinaus und betrifft Gesamteuropa, einschließlich Russland als das größte Waldland der Erde mit einem erheblichen Teil seiner Wälder in der asiatischen Region. Bei der Erteilung des Mandats für die Verhandlungen 2011 in Oslo haben viele Länder, einschließlich Russland, auch auf die Signalwirkung hingewiesen, die dies für die globale Ebene entfalten könnte. Tatsächlich verfolgen auch außereuropäische Länder wie China und Japan das Vorhaben mit großem Interesse. Die USA ebenfalls, allerdings eher weiter als Bremser.

Mit der europäischen Waldkonvention soll ein Rahmen geschaffen werden, der die Multifunktionalität von Wäldern und ihrer Bewirtschaftung festschreibt und damit der weiteren Fragmentierung der Waldpolitikansätze entgegenwirkt. Allen Unterschiedlichkeiten ihrer Länder zum Trotz schafften es die Verhandler in kürzester Zeit, einen völkerrechtlichen Vertrag zu entwerfen, der erstmals in der Geschichte internationales Recht zur nachhaltigen Bewirtschaftung der Wälder und damit einen gesicherten Rahmen für die Zusammenarbeit in Europa setzen würde. Dazu sind im Abkommen eine erstmals rechtlich verbindliche Definition von nachhaltiger Waldbewirtschaftung sowie die sechs »Helsinki-Kriterien« als Leitlinien für die Waldpolitik festgelegt. Konsequenterweise sind im Verpflichtungsteil zu allen Waldfunktionen nationale Umsetzungsmaßnahmen vereinbart, die insgesamt die nötige Balance zwischen den Anforderungen an die Wälder halten.

Kontrolle über Einhaltung von Verpflichtungen

Zur weiteren Steuerung und Ausgestaltung der Waldkonvention ist eine Vertragsstaatenkonferenz vorgesehen, die alle drei Jahre tagen soll. An diesem Prozess werden auch die Waldbesitzer und andere Interessenvertreter beteiligt werden. Zudem sollen der Waldkonvention mit den vereinbarten Regeln für die Kontrolle der Einhaltung der Verpflichtungen mehr Durchschlagskraft und damit mehr Glaubwürdigkeit und Sichtbarkeit als dem bisherigen unverbindlichen Forstministerprozess »Forest Europe« verliehen werden. Die Indikatoren dazu sollen auf der ersten Vertragsstaatenkonferenz festgelegt werden.

Bedauerlicherweise scheiterte eine Schlusseinigung auch im zweiten Anlauf, Anfang November 2013 in Genf, an der Einigung auf die Sitzfrage, d.h. die aufnehmende Organisation für das Sekretariat der Waldkonvention. Die Klärung dieser gar nicht an die forstfachlichen Inhalte der Konvention, sondern an übergeordnete strategische Interessen geknüpften Frage ist somit auf unbestimmte Zeit vertagt. 2014 müssen zunächst die für Wald zuständigen Minister Europas erneut zusammentreten, um über das weitere Vorgehen zu entscheiden. Bezeugungen aus allen beteiligten Ländern, die ausgehandelte Waldkonvention werde als gelungen und wichtig erachtet, sollten Anstoß genug sein, auch in der Sekretariatsfrage einen Kompromiss zu finden.

Illegaler Holzeinschlag rechtfertigt Sonderweg

Angesichts der Hürden, die für zwischenstaatliche Vereinbarungen von großer Tragweite existieren, ist nicht zu unterschätzen, was im Rahmen gezielter »Themeninitiativen« auf multilateraler Ebene erreicht werden kann. Typisches Beispiel hierfür ist der Kampf gegen den illegalen Holzeinschlag. Dieser hatte vor 10 Jahren mit einfachen Absichtserklärungen und Programmen (G8-Forstaktionsprogramm, FLEGT-Aktionsprogramme der EU sowie anderer Regionen weltweit) begonnen. Inzwischen bestehen sowohl in der EU als auch in anderen Regionen bzw. Ländern mit wichtigen Abnehmermärkten rechtliche Regelwerke gegen illegal gewonnene Holzprodukte, die die Produzentenländer bei der Durchsetzung ihrer Wald- und Naturschutzgesetze unterstützen. So ist zwar keine multilaterale Vereinbarung entstanden, aber doch eine weltweit konzertierte Aktion.

Dass diese erste Wirkung zeigt, belegen wissenschaftliche Analysen. Deutschland hat hier mit seinem konsequenten Handeln im Rahmen der EU-Holzhandelsverordnung, die seit 3. März 2013 voll anwendbar ist, Vorreiterfunktion übernommen. Die erstmalige Beschlagnahme einer Holzlieferung hierzulande bereits kurz nach diesem Termin (in dem Fall Wenge aus Afrika) hat die Branche in ganz Europa nochmals aufgerüttelt und an ihre Sorgfaltspflichten erinnert. BMELV hat zudem mit der Einrichtung des weltweit einzigen Kompetenzzentrums für Holzherkünfte am Thünen-Institut in Hamburg eine Servicestelle geschaffen, die über die Grenzen Deutschlands hinaus zur Verfügung steht, um zweifelhafte Hölzer hinsichtlich der deklarierten Holzart und -herkunft zu überprüfen.

Ministerialrat Matthias Schwoerer

Der Autor ist Referatsleiter im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV), Referat Europäische und Internationale Waldpolitik.

1 Siehe hierzu einen Kommentar von László Maráz und Thomas Fatheuer auf S. 20.

© László Máraz

Tropenholzstämme werden aus dem Regenwald gefahren

LEIDER NUR »GREENWASHING«

Europäische Waldkonvention vorerst gescheitert.

Das weltweit erste, rechtlich verbindliche internationale Abkommen zur Bewirtschaftung der Wälder sollte am 7. und 8. November in Genf ins Leben gerufen werden. Darin sollten sich die Mitgliedsstaaten der Ministerkonferenz zum Schutz der Wälder in Europa (MCPFE, jetzt Forest Europe) zu einer nachhaltigen Bewirtschaftung ihrer Wälder verpflichten. Dabei sollten sechs Kriterien beachtet werden: Waldressourcen, Waldgesundheit, Produktivität, Biodiversität, Schutzfunktionen und andere sozioökonomische Funktionen.

DAS TÖNT schön und gut. Dennoch haben sich Pro Natura, das Forum Umwelt und Entwicklung und der DNR zusammen mit 33 weiteren europäischen NGOs und NGO-Netzwerken wie zum Beispiel Friends of the Earth Europe, BirdLife Europe und Greenpeace gegen die Unterzeichnung dieses Abkommens ausgesprochen. Bei den Verhandlungsrunden in Bonn, Antalya und Warschau hat Pro Natura die Ablehnung der europäischen NGOs deutlich gemacht.

Warum opponieren Umwelt-NGOs gegen ein Abkommen für den Wald?
Der Hauptgrund ist, dass das Abkommen mehr vorgibt, als es ist: Die Konvention ist zwar formal verbindlich, enthält aber kaum Substanz und gibt lediglich den geringsten gemeinsamen Nenner wieder. In der Sache verpflichtet sie zu nichts. Dennoch wird mit diesem Instrument der Eindruck verbreitet, europäisches Holz sei per se nachhaltig und bedenkenlos nutzbar und in europäischen Wäldern gebe es keinen Handlungsbedarf für mehr Biodiversität.

Das Gegenteil ist der Fall: So fehlt es an verbindlichen Standards, wie ein Wald und eine nachhaltige Waldbewirtschaftung definiert werden sollen, es wird nicht zwischen Monokultur-Plantagen und artenreichen Mischwäldern aus standortheimischen Bäumen unterschieden. Gemäß Analyse der europäischen Umweltagentur EEA befinden sich etwa 60 Prozent der europäischen Waldtypen in einem schlechten Erhaltungszustand. Dieser schlechte Zustand wird in der Waldkonvention nicht anerkannt.

Eine Waldkonvention muss sagen, was getan werden muss, damit sich die Waldlebensräume bis 2020 wieder in einem günstigen Zustand befinden. Und sie sollte auf Bestehendem aufbauen. Doch Grundlagen wie die Biodiversitätskonvention und ihr Waldprogramm sind ignoriert worden. Mit seinem unverbindlichen Konventionstext ist das Abkommen deshalb reines »greenwashing« und wird von fast allen europäischen NGOs abgelehnt.

Selbst Russland macht mit
So ratifizieren nun selbst Länder wie Russland das Abkommen. Russland stellte (bisher erfolglos) den Antrag, dass NGOs nur an den Verhandlungen teilnehmen können, wenn kein einziger Vertragsstaat Einspruch erhebt. Und es verfolgt eine Waldpolitik, die absolut kein Nachhaltigkeitslabel verdient.

Dass bei den nun anstehenden Verhandlungen in Genf die Einigung zu den letzten noch strittigen Punkten nicht erfolgte, ist für den Naturschutz also zunächst Anlass zur Freude, zumal viele diese Konvention gerne als Blaupause für andere regionale Waldkonventionen oder gar eine globale Waldkonvention sehen. Doch bleibt abzuwarten, ob es den Ministern 2014 vielleicht nicht doch noch gelingt, sich zu einigen, ob nun FAO oder UNECE die Führung übernimmt oder ob es Deutschland gelingt, mit seinem Angebot von 100.000 Euro pro Vertragsstaatenkonferenz, plus Personalkosten für Sekretariat und Spesen, die anderen Staaten von einer Ansiedlung in Bonn zu »überzeugen«.

Doch ist all dies für die Naturschutzverbände weniger entscheidend. Solange die Substanz nicht präzisiert wird und der Verweis auf die MCPFE-Biodiversitätskriterien nur vage ist; solange keine konkreten Ziele gesetzt werden und Wirtschaftsinteressen im Vordergrund stehen; solange das Compliance Committee nicht Zähne bekommt und selbst entscheiden darf, auf welche Informationen es seine Einschätzungen stützt und NGOs Verstöße gegen die Konvention nicht melden dürfen, wird sich die Begeisterung der Verbände in Grenzen halten. Sollte nach allen Bemühungen schließlich Russland wegen der institutionellen Fragen aussteigen, hat der Versuch den allerletzten Rest von Legitimation verloren und sollte so schnell wie möglich tief unten in einer Schublade verschwinden.

Pro Natura, das Forum Umwelt und Entwicklung und die europäischen Naturschutzverbände werden den Prozess weiter im Auge behalten und seine Wirkung genau beobachten.

Friedrich Wulf

Der Autor ist Koordinator der AG Biodiversität des Forum Umwelt und Entwicklung, arbeitet beim Schweizer Naturschutzbund Pro Natura als Projektleiter Politik und Internationales und hat als Vertreter der europäischen NGO an den Verhandlungsrunden teilgenommen.

© Greenpeace Russland

Holzabbau in Russland

RAUBBAU UND RESSOURCENSCHWUND IN RUSSLAND

Dass selbst Russland das neue Waldabkommen ratifizieren will, sagt viel über dessen Unverbindlichkeit aus.

RUSSLAND VERFÜGT über rund ein Viertel der globalen Waldfläche sowie rund 50 Prozent der weltweiten Nadelholzbestände. Die Degradierung der russischen Wälder und insbesondere der verbleibenden intakten Waldgebiete schreitet jedoch rasch voran. Der Forstsektor ist geprägt von hoher Korruption, fehlenden Kontrollmechanismen, schlecht ausgebildetem Forstpersonal und nicht zuletzt durch fehlende Mittel in den Forstdiensten. Der frappante Qualitätsverlust im russischen Forstsektor steht auch in direktem Zusammenhang mit der seit 2010 eskalierten Waldbrandsituation, mit vermehrten Borkenkäfer-Epidemien sowie illegaler Abholzung, insbesondere im asiatischen Teil Russlands.

Auch FSC-Zertifizierung hilft dem Wald nicht

In Russland kann grob betrachtet zwischen zwei Waldbewirtschaftungstypen unterschieden werden: der Bewirtschaftung von Sekundärwald- oder Wirtschaftswaldbeständen einerseits sowie andererseits dem großflächigen Abbau von jahrhundertealten, nicht erneuerbaren Primärwald- oder Urwaldbeständen in der Taiga. Wegen der hohen nördlichen Lage und den kurzen Vegetationszeiten kann sich das sensible boreale Waldökosystem nicht mehr erholen und würde weit mehr als fünfhundert Jahre zur Regeneration benötigen.

Besonders problematisch ist, dass dieser Ressourcenabbau im großen Maßstab inzwischen sogar mit Hilfe des FSC-Labels erfolgt, das Konsumenten sozial und ökologisch verantwortungsvolle Forstbewirtschaftung garantieren sollte. Da gerade der europäische Markt Russland als Risikogebiet wahrnimmt, verlangen Großabnehmer wie IKEA das FSC-Label von russischen Holzproduzenten als Garantie für nachhaltige Produktion. Unter fehlender staatlicher Regulierung können die Produzenten solche Garantien abgeben. Dies hat Russland in den letzten Jahren nach Kanada zum zweitgrößten FSC-Produktionsland aufsteigen lassen.

Doch Großkahlschläge sind in Russland weiter an der Tagesordnung. Sogar in den ökologisch wertvollsten Wäldern darf abgeholzt werden, denn bei der Entscheidung, welche Wälder als artenreich und besonders schützenswert gelten, wird in der Regel nach ökonomischen Kriterien vorgegangen. Verschont werden meist die 5 Prozent der Waldfläche, die sich in für Maschinen unbefahrbaren, steilen oder sumpfigen Lagen befinden. Im Osten Russlands werden demnach sogar mehrere der FSC-Konzessionen als illegal bezeichnet, weil die Konzerne sich nicht an den Einschlagsplan halten.

Dringende Modernisierungen

Tatsache ist jedoch, dass gerade dank des vermeintlichen Nachhaltigkeitslabels besonders schützenswerte Wälder degradiert und abgeholzt werden. Ohne die FSC-Garantie wäre es schwierig für die Firmen, die in besonders schützenwerten Waldgebieten operieren, Abnehmer zu finden.

Die russische Waldwirtschaft braucht eine neue Waldgesetzgebung, eine Stärkung und Erneuerung des Forstdienstes und nicht zuletzt ein FSC-Zertifizierungssystem, das zum Schutz der verbleibenden intakten Waldökosysteme beiträgt und eine echte nachhaltige Bewirtschaftung der Sekundärwälder garantiert. Noch sind etwa 31 Prozent der russischen Wälder Urwälder.

Asti Roesle und László Máraz

Die Forstingenieurin Asti Roesle arbeitet für Greenpeace, die das Waldschutzabkommen wie fast alle NGOs ablehnen.

László Maráz ist Koordinator der Plattform Wald beim Forum Umwelt und Entwicklung.

REDD PLUS

Um den heißen Brei verhandelt

Bei der Warschauer Klimakonferenz wurde auch über das Instrument REDD+ verhandelt. Es wurden sogar Ergebnisse erzielt, wenngleich die Einschätzungen darüber so unterschiedlich ausfallen, wie beispielsweise die Bewertung des Koalitionsvertrages. Dem einfachen, an Waldschutz interessierten Mitbürger erschließt sich ohnehin kaum noch, ob das Instrument REDD jemals zur Lösung wenigstens eines der beiden Probleme (Waldschutz, Klimaschutz) beitragen wird.

REDD (REDUCING Emissions from Deforestation and Degradation – Verringerung von Emissionen aus Entwaldung und zerstörerischer Waldnutzung) ist ein 2007 bei der UN-Klimakonferenz auf Bali eingeführtes Klimaschutzinstrument, das die Erhaltung von Wäldern als Kohlenstoffspeicher finanziell attraktiv machen soll. Etwa ein Fünftel der weltweiten Kohlenstoffemissionen kommen zurzeit aus der Vernichtung von Wäldern. Damit REDD seine Wirkung entfalten kann, müssen sich zum einen genügend Geldgeber finden, die bereit sind (oder irgendwie dazu gezwungen werden), Emissionsrechte für Kohlendioxid zu kaufen um mit diesem Geld Maßnahmen zu finanzieren, die Wald erhalten oder wenigstens die Waldzerstörung bremsen.

Mehr als nur Kohlenstoffspeicher?

So einfach die Idee klingt, so schwer und komplex ist ihre Umsetzung. Wälder sind mehr als Kohlenstoffspeicher, doch die Diskussion entzündet sich schon an der Definition von »Wald«. Wie viel Kohlenstoff durch eine bestimmte Aktion im Wald zusätzlich gespeichert wird, ist schwer zu ermitteln. Problematisch ist auch die Frage, wie man Waldeigentümer und Waldnutzer mit Geldzahlungen und alternativen Bewirtschaftungskonzepten davon abbringen kann, den Wald für lukrativere Zwecke zu opfern. Dafür müssten mindestens die Opportunitätskosten erstattet werden, wie zum Beispiel der Verzicht auf Einnahmen durch Holzverkauf oder den Betrieb einer Ölpalmenplantage. Heikel ist auch die mangelhafte Partizipation der Bewohner vor allem der indigenen Völker, in deren Wald sich so manches REDD-Projekt breit machen will.

Viele Beobachter gehen davon aus, dass nach langjährigen Verhandlungen (seit Bali) nun durch eine REDD+ Entscheidung die Grundlage für die Implementierung von REDD+ gelegt wurde.

»Es ist nicht zu übersehen, dass die REDD+ Community weiterhin Optimismus verbreiten will, aber die Euphorie der letzten Jahre nicht recht aufkommt. Auch sind kaum detaillierte Analysen des REDD+ Paketes zu finden. Dies liegt zum einen an dem sehr technischen Charakter, zum anderen aber auch daran, dass in der Warschauer Entscheidung kritische Fragen der Vergangenheit in allgemeinen Formulierungen, mit denen alle glücklich werden können, aufgegangen sind. Deutlich ist aber, dass sich die Staaten des Nordens mit der Forderung nach einem einheitlichen und kontrolliertem Standard für MRV (Measuring, Reporting and Verification) nicht durchsetzen konnten. Das REDD+ Paket von Warschau ist das Ergebnis verglühender Leidenschaft. Wurde auf der der UN-Klimakonferenz in Poznan 2008 noch heftigst über Safeguards und die Rechte indigener Völker gestritten, so ist nun alles in schwammigen Formulierungen irgendwie bedacht, aber nichts ist verbindlich geregelt.

Finanzierung von REDD+ als alter Streitpunkt

Ein alter Streitpunkt war auch in Warschau noch einmal aufgeflammt: Soll REDD+ durch einen Marktmechanismus, der auf offsets basiert, finanziert werden können? Brasilien (unterstützt von Indien und China) hat sich dafür stark gemacht, offsets explizit auszuschließen. Herausgekommen ist eine ausweichende Formulierung, die die Finanzierung von REDD+ offen lässt, aber dem Green Climate Fund eine Schlüsselrolle bei der Finanzierung von REDD+ zuweist. Dies ist ein kleiner Sieg der Länder, die keine marktbasierte REDD+ Finanzierung wollen, lässt aber die finanzielle Zukunft des Finanzierungsmechanismus (!!) REDD+ weitgehend offen. Dass so auch nur annähernd die 20 – 35 Milliarden US-$ jährlich (!) zusammenkommen, die REDD Befürworter/innen immer noch erhoffen, können nur noch die verblendetsten REDD+ Optimist/innen glauben.«

REDD+ Text aus Warschau – Schwächer geht kaum noch

Simone Lovera von der Global Forest Coalition sieht in den Ergebnissen von Warschau »den schwächsten Text, den je eine Wald-bezogene Institution beschlossen hat«.[1] Vor allem werden die Ursachen der Entwaldung nicht angegangen, die in der großen Nachfrage nach Rohstoffen liegen. Schützt man durch REDD-Projekte ein Waldgebiet, würden etwa durch den Anbau von Futtermitteln oder den Holzeinschlag andere Wälder zerstört. Das in Warschau verabschiedete REDD+ Paket bezeichnet die Global Forest Coalition zutreffend als »whatever approach«.

Oder wie Chris Lang von REDD Monitor es formuliert: »REDD wird weder den Klimawandel mildern, noch Wälder schützen. Die Ausbeutung und Verbrennung fossiler Rohstoffe heizt den Klimawandel an und wenn dies im Regenwald passiert, hat dies auch schwere Folgen für die Wälder und die Lebensgrundlage der Menschen. REDD kann nicht einmal die Ölförderung in Wäldern stoppen. Die Möglichkeit Kohlenstoff-Kredite zu kaufen, könnte sogar die Expansion der Ölsuche fördern, weil Konzerne und Regierungen sich damit das Recht erkaufen können, weiterhin fossilen Kohlenstoff zu verbrennen.«[2]

László Maráz und Thomas Fatheuer

László Maráz ist Koordinator der Plattform Wald des Forum Umwelt und Entwicklung.

Thomas Fatheuer ist freier Berater und Autor.

1 http://www.redd-monitor.org/2013/12/03/guest-post-a-pathetic-redd-package/#more-14633

2 http://www.redd-monitor.org/

»WAS IST IN DIESEM LEBEN SCHON DEMOKRATISCH?«

Die Verhandlungen um das TTIP jedenfalls nicht!

Mitte November fand die zweite Verhandlungsrunde des EU-USA-Handels- und Investitionsabkommens TTIP in Brüssel statt. Die Verhandlungen wurden in gewohnter Manier hinter verschlossenen Türen geführt. Informationen über den genauen Verlauf der Gespräche gibt es bis heute keine. Und doch erregen die Geheimverhandlungen immer mehr die Aufmerksamkeit der europäischen BürgerInnen und zwingen die EU zu reagieren.

JA, DEMOKRATISCH ist es nicht, aber was ist schon in diesem Leben demokratisch?«, sagt Peter Esser, Vertreter der deutschen Industrie, und lacht breit in die Kamera. Für einen Moment ist sie bloßgelegt, die Maske der Industrie und es wird klar, was die meisten schon wussten: Transparenz und Partizipation, ja bitte, aber nur für Konzernlobbyisten und ihre Interessen. So offen, wie von Herrn Esser in der Reportage des SWR hört man es selten.[1] Aber genau so stellt sich die Situation der Verhandlungen um das TTIP dar.

Nur knapp eine Woche vorher war bekannt geworden, dass die wegen der amerikanischen Haushaltssperre ausgefallene Verhandlungsrunde nun doch nachgeholt werden soll. Sehr kurzfristig für zivilgesellschaftliche Akteure, um darauf zu reagieren, besonders für amerikanische Vertreter, die nicht mal so eben 2.000 US Dollar für einen Flug nach Brüssel ausgeben können. Andererseits hätte Ihre Anwesenheit wahrscheinlich auch nicht viel an den Verhandlungen geändert, die so geheim sind, dass bis zum Ende der Verhandlungswoche nicht einmal der Verhandlungsort bekannt wurde. Texte blieben unzugänglich und es gab keine Möglichkeit für Vertreter von Umwelt- und Verbraucherschutz Informationen über den Verlauf der Verhandlungen zu bekommen, geschweige denn an ihnen teilzunehmen. Dies gelang Industrievertretern offensichtlich besser, so traf sich beispielsweise die American Chamber of Commerce in der Woche mit mehreren Verhandlern der EU und der Handelsvertretung der Vereinigten Staaten (USTR) und brachte ihre Interessen direkt vor Ort ein.[2]

Alibi-Partizipation

Die groß angekündigte Transparenzoffensive fand dann zum Abschluss der Woche statt bei einem Briefing für über 350 Stakeholder durch die Chefverhandler Mullaney und Bercero. Die Notizblöcke vieler TeilnehmerInnen blieben allerdings leer – so wenig wirklich aussagekräftige Informationen wurden bei dem Treffen transportiert. Immerhin kündigte die EU-Kommission an, eine so genannte Advisory Group einberufen zu wollen, eine Expertengruppe, die sich in regelmäßigen Abständen mit dem Chefverhandler treffen wird. Die Gruppe wird aus Vertretern von Industrie, Zivilgesellschaft, Gewerkschaften und Verbraucherschützern bestehen, deren Mitglieder dort ad personam vertreten sein werden. Dieser bisher ungewöhnliche Schritt der EU-Kommission kann als Zeichen für den wachsenden Druck gewertet werden, nicht aber als wirkliche Transparenz und Partizipation. Denn die Mitglieder der Gruppe werden von der DG Trade ausgewählt und nicht von den Stakeholdern selbst bestimmt. Außerdem wird es keinen Einblick in Verhandlungstexte geben. Deshalb bleibt diese Initiative der Kommission eine reine Alibi-Worthülse.

Der Druck wächst

Aber trotzdem: Der Druck auf die EU und die USA wächst, die Kritik an der Intransparenz der Verhandlungen wird größer, und immer mehr Menschen durchschauen, dass es bei dem Abkommen vor allem um eine Deregulierung der Märkte und Stärkung der Macht einiger weniger Konzerne geht. Die EU-Kommission ist alarmiert und reagiert. Bei einem Treffen Ende November schwor die EU ihre Mitgliedsstaaten auf eine gemeinsame Kommunikationsstrategie für das TTIP ein. Das Hintergrundpapier zu dem Treffen wurde geleakt.[3] Die EU wies darin darauf hin, man müsse aufpassen, dass die Zweifel an dem Abkommen nicht wie Pilze aus dem Boden schössen, bevor es überhaupt fertig verhandelt sei. Wichtig sei eine klare Kommunikation über den Nutzen des TTIP. Die Bevölkerung solle mit dem TTIP die Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum verbinden und nicht einen Versuch der Unterminierung von Regulierung und bestehenden Sicherheitsstandards bei Gesundheit und Umwelt. Obwohl die Verhandlungen natürlich geheim bleiben müssten, müsse genug Transparenz geschaffen werden, um Ängste zu beruhigen. In der Praxis solle eine Medienoffensive gestartet werden, die auf allen Kanälen (inklusive online und social media) ein positives Meinungsbild zum TTIP schaffe. Außerdem sollten die Mitgliedsstaaten ihre großen Medien darum bitten, möglichst nur positiv über das Abkommen zu berichten.

Mit Demokratie hat das nicht viel zu tun. Und es zeigt, dass wir als Zivilgesellschaft nicht nachlassen dürfen und den Druck aufrechterhalten müssen, um das Abkommen zu stoppen! Die Europawahlen am 25. Mai 2014 sind die nächste Gelegenheit, um das TTIP prominent auf die Wahlkampfagenda zu setzen.

Alessa Hartmann

Die Autorin ist Referentin für Internationale Handelspolitik beim Forum Umwelt und Entwicklung.

1 http://www.ardmediathek.de/swr-fernsehen-rp/im-gruenen/eine-gefahr-fuer-unsere-landwirtschaft?documentId=18320866. Sendung vom 26.11.2013.

2 http://www.amchameu.eu/Committeeannouncement/tabid/126/smid/827/ArticleID/929/reftab/400/t/AmCham-EU-heavily-engaged-in-second-round-of-TTIP-negotiations/Default.aspx

3 http://corporateeurope.org/trade/2013/11/leaked-european-commission-pr-strategy-communicating-ttip

© Rainer Sturm/pixelio.de

Welche Ziele werden ab 2015 gelten?

BLACKBOX ENTWICKLUNGSAGENDA

Zahlreiche Zielvorschläge für die neue Post-2015-Agenda

Die fünfte Sitzungsrunde der zwischenstaatlichen, offenen Arbeitsgruppe zu den Zielen für eine nachhaltige Entwicklung (Open Working Group OWG) ist vorbei. Mit dem Abschluss der Sitzung liegen nun noch mehr Zielvorschläge für eine neue Nachhaltigkeits- und Entwicklungsagenda nach 2015 auf dem Tisch. Dann nämlich werden die Millennium-Entwicklungsziele auslaufen und neue Entwicklungsstrategien eingesetzt. Ideen für diese neue Agenda gibt es mittlerweile genug. Was aber nach 2015 tatsächlich gelten wird, ist bisher kaum einzuschätzen. Das Wirrwarr an Zielvorschlägen kann nun zwei Dinge bedeuten: Chaos oder Chance.

Vom 25. bis 27. November 2013 traf sich die OWG zum fünften Mal, um über die Erstellung globaler Entwicklungsziele zu diskutieren. Die offene Arbeitsgruppe war nach einem Beschluss von Rio+20 etabliert worden und diskutiert auf zwischenstaatlicher Ebene Ziele für eine nachhaltige Entwicklung. Thema der fünften Sitzung waren inklusives Wirtschaftswachstum, makroökonomische Politikfragen und Industrialisierung sowie Energie.

Wachstum als Grundbedingung von Entwicklung?

Die Diskussion war dabei von äußerst diversen Meinungen geprägt. Während Li Yong, Generaldirektor von UNIDO, davon sprach, Armutsbekämpfung sei in der Vergangenheit nur durch Industrialisierung möglich gewesen, merkte der kenianische Co-Vorsitzende der OWG, Macharia Kamau, an, dass Entwicklung und Wachstum nicht synonym seien und regte die OWG-Mitglieder an, sich Umverteilungsfragen und Ungerechtigkeiten anzunehmen. Dieser wachstumskritischere Ansatz wurde von den Mitgliedsstaaten zwar nicht aufgegriffen, wohl aber die Qualität und Art von Wachstum diskutiert. Die Gruppe der 77 und China forderten in diesem Zusammenhang beispielsweise eine Reform der WTO, die Europäische Union wiederum sprach von nachhaltigem Wachstum, welches ökologische und soziale Bedürfnisse reflektieren müsse. Auch die Notwendigkeit eines gerechteren und transparenten weltweiten Finanzsystems wurde als Bedingung für effektive Entwicklung anerkannt. Die Rolle der Ziele nach 2015 sei es, einen Mechanismus zur Verbesserung der Lebensrealität der Menschen weltweit zu erstellen mit einem inklusiven Wachstum durch den Aufbau von Arbeitsmöglichkeiten und einer globalen Mobilisierung von Ressourcen und Technologien. Trotz aller Beschwörung der positiven Effekte von Wachstum war jedoch letztendlich nicht klar, inwiefern wirtschaftliches Wachstum rein praktisch tatsächlich als Ziel in der Post-2015-Agenda untergebracht werden könne und ohne dass es im Widerspruch zu den Nachhaltigkeitsaspekten der neuen Agenda stünde.

Ein Energieziel wird es wohl geben

Energie wurde in der OWG-Diskussion ebenfalls als eines der zentralen Themen, oder gar als ein »key enabler«, für eine neue Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda angesehen. Die Initiative des UN-Generalsekretärs für »Nachhaltige Energie für Alle« wurde in diesem Zusammenhang von Ban Ki-moon persönlich beworben. Die Initiative sieht Energie als eine zentrale Verbindungsstelle der drei Dimensionen von Nachhaltigkeit und umfasst ein Energiekonzept mit einem universellen Zugang zu Energie, einer Dopplung der weltweiten Energieeffizienz sowie einer Dopplung der Erneuerbaren Energien im globalen Energiemix bis 2030. Betont wurde in der OWG auch der Zusammenhang zwischen Energie, Nah-

rung, Wasser, Gesundheit und Bildung. Die Erkenntnis der direkten Beziehung zwischen Zugang zu Energie und Armut trat in der Diskussion deutlich hervor, weshalb mehr oder weniger Konsens darüber herrschte, Energie als einen Grundstein der SDGs anzusehen. Uneinig war man sich, wie zu erwarten, über die Rolle von fossiler Energie in einem zukünftigen, globalen Energiemodell.

Post-2015-Ziele-Dschungel

Drei Sitzungen bleiben der OWG noch. Auch hier werden weiter konkrete Themen für einen neuen Entwicklungszielekatalog nach 2015 diskutiert werden, schließlich hat man sich vorgenommen alle wichtigen globalen Probleme als möglichen Teil der neuen Agenda zu prüfen. Selbst als aufmerksame Verfolgerin des Prozesses bleibt es allerdings schwer, sich im Dschungel der mittlerweile kursierenden Zielideen zurechtzufinden. Und wer von den vielen damit betrauten UN-Organen jetzt eigentlich welche Kompetenz trägt, wer wen berät und wer was zu sagen hat, wissen wahrscheinlich nur noch die Mitarbeiter der UN. Neben strukturellen Unklarheiten steht außerdem bisher in keiner Weise fest, wie eigentlich der strukturelle Rahmen der Post-2015-Agenda aussehen wird. Alle Staaten sollen beispielsweise mit den Zielen berücksichtigt werden, das heißt, die neue Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda wird beispielsweise für Staaten wie Deutschland und Burkina Faso gleichermaßen umzusetzen sein. Wie soll das aber genau funktionieren? Wird es Übergruppen von Zielen geben, aus denen sich jeder etwas heraussucht? Wie lassen sich internationale Bestrebungen auf die nationale Ebene übertragen? Wird es Kontrollmechanismen geben und was geschieht bei Nicht-Umsetzung von Zielen?

Und ganz banal: Wie viele Ziele sollen es am Ende eigentlich werden? An Zielvorschlägen mangelt es nicht und beinahe täglich äußert sich ein neuer Akteur mit einem Ziel, dass »unbedingt in der Post-2015-Agenda vertreten sein muss«. Während diese Pluralität einerseits für die Relevanz einer neuen Entwicklungsstrategie auf der politischen Agenda steht und treffend dringende Baustellen der Umwelt- und Entwicklungspolitik aufzeigt, führt sie jedoch gleichzeitig dazu, dass im Endeffekt doch jeder für sein Thema kämpft und wichtige Fragen nach Querschnittsthemen und Verbindungen, beispielsweise zwischen Umwelt und Entwicklung, noch nicht ausreichend thematisiert werden.

Was verstehen wir eigentlich unter nachhaltiger Entwicklung?

Sollten wir uns als globale Gemeinschaft bei dem ganzen Zielchaos nicht vielleicht ohnehin fragen, ob wir dabei nicht die grundlegenden Fragen von nachhaltiger Entwicklung aus dem Auge verlieren? Sicherlich ist es nett, wenn Ban Ki-moon fordert auch das Thema Sicherheit im Straßenverkehr mit in die Post-2015-Agenda einzubringen.[1] Kann aber ein Übermaß an Detailfreude noch wirklich kommunizier- und vor allem umsetzbare Ziele hervorbringen? Vielleicht liegt die Antwort zu effektiven und umsetzbaren Zielen für eine nachhaltige Entwicklung in einer Definition, die wir schon seit dem Brundtland-Bericht 1987 haben: Eine dauerhaft nachhaltige Entwicklung muss die Rechte und Bedürfnisse der Gegenwart befriedigen, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen dies nicht mehr tun können.[2] Wäre es demnach nicht angebracht, einen jeden Zielvorschlag einem »Brundtland-Realitäts-Check« zu unterziehen?

So viele Ziele und doch keine Umwelt

Gerade hier liegt nämlich die Schwäche der Tausend und einen Zielvorschläge. Wirklich ausgewogen sind sie nicht und es lässt sich feststellen, dass bisher zwar soziale, politische, entwicklungspolitische oder sogar ökonomische Aspekte von nachhaltiger Entwicklung thematisiert wurden, eine der Grundlagen, nämlich die ökologische Dimension, allerdings noch extrem unterrepräsentiert ist. Was bedeutet nachhaltige Entwicklung für globale Gemeinschaftsgüter wie Wasser, Boden oder Meere? Wie kann nachhaltige Bewirtschaftung von Land, Wald und Meeren aussehen? Wie effektiver Schutz? Welche Konsequenzen hat nachhaltige Entwicklung für unser Wirtschafts-, Produktions- und Konsumverständnis?

Die fehlende oder zumindest zu geringe Repräsentation von Umweltzielen ist in erster Linie ein großes Problem und zeigt, dass wir Entwicklung und Umwelt noch immer nicht ausreichend als zwei Seiten der gleichen Medaille ansehen. Gleichzeitig ist es aber auch eine Chance, genau jetzt etwas dagegen zu tun, wo noch nichts klar entschieden ist und das Interesse an einer tatsächlich effektiven Zukunftsgestaltung so hoch ist. Das Forum Umwelt und Entwicklung hat aus diesem Grund in Zusammenarbeit mit zahlreichen Verbänden versucht diesen drängenden Fragen entsprechende Antworten zu geben und ein Forderungspapier zur ökologischen Dimension der Post-2015-Agenda formuliert.[3]

Endgültiger Zielkatalog ist eine Blackbox

Was dann von den vielen Zielvorschlägen letztendlich übrig bleiben wird, wer genau an ihrer Auswahl beteiligt wird und wie sich diese Verhandlungen konkret gestaltet werden, ist bisher noch ungeklärt. Sicher ist nur, dass Bekämpfung der Ursachen von Armut zentrales Ziel der neuen Agenda sein muss. Dies hat die OWG so auch noch einmal bestätigt. Die OWG muss zu Beginn der nächsten Sitzungsperiode der Generalversammlung im September 2014 einen Bericht vorgelegt haben. Welche Gewichtung dieser dann haben wird und in welcher Relation er zu den anderen, mittlerweile kursierenden Zielvorschlägen stehen wird, ist völlig unklar. Bis Ende 2014 soll dann ein Bericht des Generalsekretärs angefertigt werden. Erst 2015 wird man dann wohl in die zwischenstaatlichen Verhandlungen gehen.

Marie-Luise Abshagen

Die Autorin arbeitet im Forum Umwelt und Entwicklung als Referentin für die SGDs/ Post-2015-Agenda.

1 http://post2015.iisd.org/news/secretary-general-stresses-road-safety-for-post-2015-agenda/

2 http://www.un-documents.net/ocf-ov.htm#1.2

3 http://www.forumue.de/publikationen/publikationen2/publikation/die-oekologische-dimension-in-der-post-2015-agenda-fuer-nachhaltige-entwicklung/

© Dr. Manfred Treber

Inmitten des Stadions aufgebaute Zelte als Orte für die großen Plenarsitzungen bei COP 19

WARSCHAUER KLIMAGIPFEL

Trippelschritte zum Abkommen

Vor für Klimaschutz feindlichem Hintergrund wurden auf dem Klimagipfel in Warschau (COP 19) dennoch einige Einigungen erreicht. Klar ist aber auch: COP 19 hat weder dazu beigetragen, dass die Staatengemeinschaft eher das 2-Grad-Limit einhält, noch hat sie viele der entscheidenden Hemmnisse für ein Abkommen ab 2015 aus dem Weg geräumt. Industrie- und Schwellenländer haben sich hintereinander versteckt und so größere Fortschritte verhindert. Unrühmlich war auch die Rolle des Gastgeberlands Polen. Polen ist der größte klimapolitische Bremser in der EU und hat noch während der Konferenz progressive Positionen der EU zu verhindern gewusst. Auch Deutschland hat sich nicht entschieden genug für eine Wiederbelebung der europäischen Vorreiterrolle eingesetzt und damit den Einfluss der Europäer in den Verhandlungen geschwächt.

ES IST NICHTS Neues, dass Klimagipfel in die Verlängerung gehen. Auch beim 19. UN-Klimagipfel (COP 19) in Warschau wurde über 24 Stunden überzogen und bis kurz vor Schluss schien auch ein Scheitern möglich. Nach der Ankündigung einiger Industrieländer bis 2020 beim Klimaschutz weniger unternehmen zu wollen, als ursprünglich zugesagt, stand die Konferenz unter keinem guten Stern. Japan verkündigte während der Konferenz sein neues Klimaziel, das statt einer deutlichen Reduktion sogar ein Wachstum der Emissionen im Vergleich zu 1990 vorsieht. Australien will nach dem Regierungswechsel seine Klimaschutzgesetzgebung zurückfahren. Auch die EU hat zum Stillstand beigetragen, da sie ihre Emissionsreduktionsziele für 2020 schon jetzt übererfüllt hat und trotzdem zu keiner Verschärfung bereit war. Eine solche Erhöhung der Klimaziele bis 2020 ist jedoch Teil der Vereinbarung von Durban, damit Schwellenländer 2015 in das Abkommen, das ab 2020 gelten soll, einsteigen. Die fehlende Bereitschaft der Industrieländer, zu Klimaschutz vor 2020 und zur Klimafinanzierung konkrete Zusagen zu machen, erlaubte es so Ländern wie China, Indien und Brasilien mit guten Gründen und fraglichen Absichten in Warschau Fortschritte in Richtung eines wirksamen Abkommens mit Verpflichtungen für alle zu blockieren.

Fahrplan zum Abkommen und Klimaziele bis 2020

Die wichtigste Erwartung an COP 19 war, einen Fahrplan für das 2015-Abkommen in Paris zu entwickeln. Denn die Erfahrung von Kopenhagen hat gezeigt, dass man nicht alle Fragen bis auf die letzte Minute aufschieben sollte. Die Verhandlungen über das neue Abkommen finden in einer Untergruppe der COP namens Arbeitsgruppe zur Durban-Plattform (ADP) statt. In der ADP sollte eine ex-ante Begutachtung von zukünftigen Klimaschutz- und Klimafinanzierungszielen unter Berücksichtigung von Gerechtigkeitsaspekten vorgesehen werden, um ihre Verschärfung vor Einschreiben in ein globales Abkommen zu ermöglichen. Um dies zu ermöglichen, hatten die EU, viele besonders vom Klimawandel betroffene Entwicklungsländer und die meisten NGOs gefordert, für das Einreichen erster Ziele eine Deadline 2014 festzulegen und ein einheitliches Format vorzugeben, das Vergleichbarkeit ermöglicht.

In Warschau gelang es aber nur, sich auf eine vage definierte Frist im Jahr 2015 »rechtzeitig« vor der Konferenz in Paris zu einigen. Für alle Länder, »die dazu bereit sind«, gilt eine Frist innerhalb des ersten Vierteljahres 2015. Zur Frage, in welchem Format die Klimaschutzbeiträge vorgelegt werden sollen, soll erst auf dem nächsten Gipfel in Lima Ende 2014 eine Entscheidung fallen.

In der ADP geht es auch um die Ambitionserhöhung bis 2020, um die Lücke zwischen heutigen Zusagen und dem 2-Grad-Pfad zu schließen. Durch die erwähnten Rückschritte sind die Ausgangsbedingungen hier besonders schwierig. Die EU und die USA (welche im Übrigen in Warschau recht konstruktiv aufgetreten sind) bewegen sich zwar nicht rückwärts, machen aber auch keine Schritte nach vorn. Die Entscheidung von Warschau fordert alle Länder auf, ihre bisherigen Klimaschutzversprechen für 2020 zu erhöhen. Außerdem sollen innerhalb der UNFCCC verstärkt freiwillige Kooperationen in den Bereichen angestoßen werden, in denen Emissionsminderung und Entwicklung Hand in Hand gehen, etwa bei Erneuerbaren Energien oder bei Initiativen in Städten und Regionen.

Klimafinanzierung – Ein Schrittchen nach vorne

Bei der Klimafinanzierung haben Industrieländer schon 2010 versprochen, zunächst 30 Milliarden Dollar für drei Jahre zu mobilisieren und ab 2020 100 Milliarden jährlich aus öffentlichen und

privaten Quellen zur Verfügung zu stellen. Entwicklungsländer drängen darauf, dass der Aufwuchspfad zu den 100 Milliarden deutlich wird und klarer definiert wird, was dazu zählt. In Warschau wurde festgehalten, dass weiterhin Klimafinanzierung geleistet wird und dass sie steigen soll, auch wenn man sich nicht auf konkrete Zwischenziele einigen konnte. Wichtig war auch, dass Warschau das Signal für eine erste Auffüllung des den neuen Green Climate Funds im Jahr 2014 gegeben hat, durch den in Zukunft ein großer Teil der 100 Milliarden fließen soll.

Bei einem anderen Fonds dagegen gab es konkretere Fortschritte: Viele (europäische) Länder sagten insgesamt rund 100 Millionen US Dollar für den Anpassungsfonds zu, Deutschland davon 30 Millionen Euro. Das sind ein wichtiger kleiner Erfolg und auch eine Bestätigung der Arbeit von Germanwatch, die seit Jahren kontinuierlich die Anpassungsfonds begleitet und das Anpassungsfonds-NGO-Netzwerk aufgebaut hat. Gleichzeitig ist es nur ein Tausendstel der Summe, die langfristig für Klimafinanzierung insgesamt fließen soll.

Loss and Damage: Der Staatengemeinschaft den Spiegel vorgehalten

Die besonders verletzlichen Länder erheben immer lauter Forderungen zur Hilfe bei »Loss and Damage« (klimawandelbedingte Verluste und Schäden). Kein Wunder angesichts der Unfähigkeit der internationalen Politik, das 2-Grad-Limit einzuhalten. Je weniger Minderung und Anpassungsunterstützung bezüglich des Klimawandels erfolgen, desto größer werden die Schäden, die getragen werden müssen. Beim Klimagipfel in Doha 2012 war die Grundsatzentscheidung gefallen, sich dieses Themas in Zukunft in der UNFCCC anzunehmen. In Warschau wurde nun darüber diskutiert, wie die Arbeit zu Verlusten und Schäden institutionell gestaltet werden könnte. Hier konnten sich die Entwicklungsländer mit ihrer Forderung eines Mechanismus (der »Warsaw International Mechanism«) durchsetzen, der in den nächsten Jahren weiter zum Verständnis des Themas beitragen, die internationale Hilfe koordinieren und weitere Unterstützungsmöglichkeiten für betroffene Entwicklungsländer entwickeln wird.

»2013 – 2015 Review«: Muss das Langfristziel der Klimakonvention noch verschärft werden?

Bis Paris wird unter dem »2013 – 2015 Review« mit Rückgriff auf neue wissenschaftliche Ergebnisse zum Klimawandel (vor allem auf den Fünften Sachstandsbericht des Weltklimarates IPCC) verhandelt, ob das Langfristziel der Temperaturbegrenzung unter 2 Grad nicht noch verschärft werden muss, beispielsweise auf 1,5 Grad. Dazu fand in Warschau ein bestens vorbereiteter Strategischer Expertendialog statt, der seit seiner Konstituierung das Einfallstor der Wissenschaft in die Klimaverhandlungen ist und mit seinen Botschaften der Dringlichkeit auch auf andere Prozesse ausstrahlen soll.

Entscheidungen zur weiteren Implementierung in der internationalen Klimaschutzarchitektur

Einen erfreulichen Durchbruch gab es beim Waldschutz (REDD+ – Reduced Emissions from Deforestation and Forest Degradation), über den seit 2005 verhandelt wird. Hier wurde eine Einigung auf einen Überprüfungsmechanismus, Grundbedingung für Zahlungen für vermiedene Entwaldung, erzielt.[1]

Ebenso erfreulich ist die weitere Ausgestaltung des Systems zur Messung, Berichterstattung und Überprüfung von Emissionen, das erlaubt, Klimaschutzanstrengungen international vergleichbar und transparent zu machen.

Über die UNFCCC-Verhandlungen hinaus: 2014 zum Klimaschutzjahr machen

Das entscheidende Hindernis für weitergehende Einigungen in Warschau lag nicht auf der Ebene der technischen Verhandlungen – vielmehr fehlte der politische Wille zu mutiger Klimapolitik. Deswegen kommt es 2014 darauf an, den Klimaschutz in der Öffentlichkeit aufzuwerten und auf höchster politischer Ebene in den Mittelpunkt zu stellen. Dafür kommen Veranstaltungen wie das Weltwirtschaftsforum in Davos oder die Münchener Sicherheitskonferenz in Frage. Im Juni 2014 werden auf einem Ministertreffen in Bonn außerdem die klimapolitischen Ambitionen bis 2020 verhandelt werden. Auch die Wissenschaft wird im Rahmen des 2014 erscheinenden IPCC-Berichts klare Signale senden. Den politischen Höhepunkt wird dann der vom UN-Generalsekretär einberufene Klimagipfel mit Staats- und Regierungschefs am 23. September 2014 in New York darstellen. Hier sollten weitere Klimainitiativen bis 2020, erste Ziele für die Zeit nach 2020 und finanzielle Mittel für den GCF angekündigt werden. Internationales Verhandeln muss mit mutigem Handeln zu Hause und Zusammenarbeit in Vorreiterallianzen ergänzt werden, damit der globale Klimaschutz wieder Fahrt aufnimmt. Die EU muss ihre Vorreiterrolle durch eine Zielerhöhung für 2020 und ambitionierte Ziele für 2030 wiedererlangen. Deutschland kommt als wirtschaftsstärkstes EU-Land und als Energiewende-Pionier eine besondere Rolle zu.

Rolle der Zivilgesellschaft auf dem Weg nach Paris

Wichtige Akteure der Zivilgesellschaft, darunter Greenpeace, WWF, Friends of the Earth und Oxfam, haben in Warschau ein Zeichen gesetzt und sind als Protest gegen den geringen Verhandlungsfortschritt aus der laufenden Konferenz ausgezogen. Dabei galt die Frustration der Organisation dieses Gipfels, der Rolle der fossilen Industrien und der polnischen Regierung, die unter anderem gemeinsam mit der World Coal Association zeitgleich zur COP 19 einen »Climate and Coal Summit« veranstaltete, um deutlich zu machen, das nach ihrer Ansicht Kohleenergie und Klimaschutz vereinbar sind. Der gemeinsame Auszug war mit dem Signal verbunden, beim nächsten Gipfel in Lima wieder dabei zu sein. Germanwatch begrüßte den Auszug als politisches Zeichen, beteiligte sich aber nicht, um im Rahmen einer Arbeitsteilung in der Zivilgesellschaft den Druck von außen innerhalb der Verhandlungen in konstruktive Dynamik umzuwandeln.

Sönke Kreft, Manfred Treber und Lutz Weischer

Sönke Kreft und Lutz Weischer arbeiten bei Germanwatch als Teamleiter für Internationale Klimapolitik. Manfred Treber ist Klima- und Verkehrsreferent bei Germanwatch.

1 Siehe hierzu einen Kommentar von László Maráz und Thomas Fatheuer auf S. 20.

© A. Schick / pixelio.de

Landwirtschaft als Teil der WTO-Verhandlungen in Bali

WTO MELDET SICH ZAGHAFT ZURÜCK

»Historischer« Einschnitt in der Handelspolitik knapp verhindert

Welthandelsorganisation WTO entgeht knapp dem Sturz in die Bedeutungslosigkeit. Die Zukunft der Doha-Runde und regionaler Abkommen bleibt somit weiter offen.

DER JUBEL VON Regierungen und der großen Mehrheit der Medien über das Ergebnis der 9. WTO Ministerkonferenz in Bali ist groß. Die Ergebnisse würden den Handel um hunderte Milliarden Dollar wachsen lassen, neue Arbeitsplätze schaffen und den Abschluss der umfassenden Doha-Runde zur Handelsliberalisierung möglich machen. In Wahrheit werden die direkten wirtschaftlichen Auswirkungen der Beschlüsse begrenzt bleiben. Historisch wäre dagegen ein Scheitern der Konferenz gewesen, das die Fähigkeit der WTO neue globale Handelsregeln zu vereinbaren dauerhaft beschädigt hätte. Mit dem vereinbarten »Bali-Paket« bleibt die WTO auf der handelspolitischen Bühne. Ob sie es aber schaffen wird, sich gegenüber den regionalen und bilateralen Akteuren wieder in den Vordergrund zu spielen, ist keineswegs sicher.

Um eine nach langjähriger Blockade in der WTO symbolisch wichtige Einigung zu erleichtern, waren fast alle Themen der 2001 begonnen Doha-Runde, die von den Mitgliedern weit gehende Politikänderungen verlangt hätten, in Bali ausgeklammert. Insbesondere der Abbau von Zöllen und Subventionen für Agrar- und Industriegüter und die Öffnung der Dienstleistungsmärkte wurden nicht verhandelt. Von der ursprünglichen Doha-Agenda blieben nur noch ein neues Abkommen zum Abbau administrativer Handelsschranken (trade facilitation), Initiativen zum verbesserten Marktzugang für Güter und Dienstleistungen aus den am wenigsten entwickelten Ländern (LDC) und die Anpassung des Agrarabkommens, damit die Unterstützung von Kleinbauern im Rahmen von Ernährungssicherungsprogrammen einfacher wird.

Ernährungssicherheit und Kleinbauernförderung als zentrale Streitpunkte

Die von Indien und Indonesien koordinierte G 33-Gruppe von Entwicklungsländern mit kleinbäuerlich geprägter Landwirtschaft hatte schon lange vorgeschlagen, die Möglichkeiten für Entwicklungsländer zu erweitern, ihre Kleinbauern durch den Ankauf von Getreide für Lagerhaltung und Nahrungsmittelhilfen zu staatlich festgesetzten Preisen zu erleichtern. Neue Dringlichkeit erhielt dieser Vorschlag dadurch, dass die indische Regierung als Reaktion auf zivilgesellschaftliche Gruppen wie die »Right to Food Campaign« kürzlich beschlossen hatte, entsprechende Programme stark auszuweiten. Die bestehenden WTO-Regeln lassen staatliche Ausgaben für Ernährungssicherheits- und Lagerhaltungsprogramme zwar in unbegrenzter Höhe zu, aber nur, wenn der Ankauf der dafür benötigten Lebensmittel zu Marktpreisen erfolgt. Ist dies nicht der Fall werden die Programme als »handelsverzerrende« Unterstützung gewertet, für die eine Obergrenze besteht. Mit dem erweiterten Programm droht Indien diese zu verletzen.

Da vor allem die USA eine Änderung des Agrarabkommens als Teil des Bali-Pakets ablehnte, wurde in Genf eine auf vier Jahre befristete »Friedensklausel« vorgeschlagen. Damit können WTO-Mitglieder keine Klage anstrengen, auch wenn sie die Verletzung der Regeln durch ein Ernährungssicherungsprogramm eines anderen Lands vermuten. In dieser Zeit solle eine dauerhafte Lösung verhandelt werden. Die indische Regierung stimmte dem zunächst zu, verursachte damit aber einen Aufschrei zu Hause. Bauernverbände, darunter der größte Indiens, die Right to Food Campaign, andere

Vertreter der Zivilgesellschaft und die größte Oppositionspartei liefen gegen eine zeitlich befristete Lösung Sturm. Sie befürchten, dass das indische Programm nach Ablauf der Frist wieder in Frage gestellt wird. Daraufhin zog der indische Botschafter seine Zustimmung zurück und verlangte eine dauerhafte Lösung.

In Bali angekommen, versuchten der WTO-Generaldirektor und die Industriestaaten die indische Regierung zu isolieren und sie für ein mögliches Scheitern der Konferenz verantwortlich zu machen. Auf der anderen Seite erhöhte auch die indische Zivilgesellschaft den Druck. Vertreter der Right to Food Campaign und von Bauernverbänden drängten durch Lobby und Proteste in Bali und Indien darauf, dass die indische Regierung sich zu keinem erneuten Schwenk zwingen lässt.

Letztlich konnte Indien eine zeitlich unbefristete Lösung durchsetzen, nachdem die Konferenz um einen Tag verlängert wurde. Die Friedensklausel bleibt als echte Interimslösung so lange in Kraft, bis eine dauerhafte Anpassung des Agrarabkommens beschlossen ist. Sie ist auf traditionelle Grundnahrungsmittel begrenzt und gilt nur für Programme, die jetzt schon in Kraft sind. Damit können kaum andere Länder Programme nach dem indischen Vorbild neu auflegen. Zudem darf das Programm nicht auf neue Nahrungsmittel erweitert werden, da dies wahrscheinlich als neue Maßnahme angesehen würde. Für eine ausgewogene Ernährung wäre aber eine Ausweitung auf nährstoffreichere Nahrungsmittel wie Linsen, Milch oder Obst entscheidend.

Keine Begrenzung der Exportsubventionen

Der Aufwand, den Indien betreiben muss, um jene Programme für Ernährungssicherheit und Kleinbauern abzusichern, die den Handel verzerren könnten, kontrastiert mit dem auch nach Bali nicht eingeschränkten Recht der großen Industriestaaten, entwicklungs- und handelspolitisch besonders schädliche Exportsubventionen einzusetzen. Hierzu wurde eine wortreiche Erklärung über äußerste Zurückhaltung bei der Gewährung von Exportsubventionen verabschiedet, die mit dem Satz endet, dass die Rechte und Verpflichtungen der Mitglieder unverändert bleiben. Damit können sie selbst entscheiden, ob sie sich daran halten oder nicht.

Ähnlich vage bleiben die Erklärungen zu den Anliegen der LDC, in denen die Industriestaaten nicht einklagbare Versprechen machen. Besonders peinlich ist der Text zu Baumwolle, in dem bedauert wird, dass der 2005 (unverbindlich) vereinbarte, schnellstmögliche Abbau der Subventionen der Industrieländer für den Sektor leider nicht umgesetzt wurde. Ein neues Komitee soll die Situation jetzt alle zwei (!) Jahre neu beraten – was darauf hinweist, dass die Subventionen wohl noch eine Weile bestehen bleiben werden.

Administrative Handelserleichterungen abhängig von Kapazität

Beim handelspolitisch relevantesten Thema, dem neuen Abkommen zu administrativen Handelserleichterungen, konnten die Entwicklungsländer das Prinzip verankern, dass sie nur Bestimmungen des Abkommens umsetzen müssen, für die sie ausreichende Kapazitäten haben. Zunächst können die Entwicklungsländer selbst festlegen, wann sie bereit sein werden einzelne Bestimmungen umzusetzen. Wollen sie diese Frist verlängern, müssen sie das bei einem Expertenkomitee beantragen. Wie dieses dann entscheiden wird, wird sich erst in der noch in fernerer Zukunft liegenden Praxis zeigen. Die Versprechen der Industriestaaten, Unterstützung beim Aufbau der Kapazitäten zu leisten, bleiben gerade in finanzieller Hinsicht vage.

Im Ergebnis könnte das Abkommen wie eine Zollsenkung wirken. Wenn die Abwicklung der Importe schneller und billiger wird, werden Importe wettbewerbsfähiger. Ob die Regierung der Entwicklungsländer dem mit höheren Zöllen entgegenwirken werden, um die heimische Wirtschaft zu schützen, ist fraglich.

Doha-Runde vorerst gerettet

Mit dem Bali-Paket hat sich die WTO, wenn auch zaghaft, als Forum für die Gestaltung internationaler Handelsregeln zurückgemeldet. Es wurde wieder deutlich, dass selbst kleinste Fortschritte für Ernährungssicherheit und effektive Unterstützung der Entwicklungsländer nur unter größten Schwierigkeiten durchzusetzen sind. Für die weiteren Verhandlungen lässt dies wenig Gutes erwarten.

Die ausstehenden Themen der Doha-Runde sollen nun anscheinend nicht mehr wie im Mandat vorgesehen simultan verhandelt und vereinbart werden, sondern in kleineren Paketen angegangen werden. Die Zivilgesellschaft in Industrie- und Entwicklungsländern wird die WTO im Auge behalten müssen. Eine Herausforderung auch für die deutsche NGO-Szene, die gerade so fixiert ist auf das EU-USA-Freihandelsabkommen (TTIP) und hoffentlich nicht dabei übersieht, dass die Gefahren global betrachtet ebenso in Genf liegen. Denn was zwischen EU und USA am Sitz der WTO verhandelt wird, könnte Vorreiter für neue globale Ansprüche werden. Willkommen zurück in der Wirklichkeit der Freihandelsagenda!

Francisco Mari und Tobias Reichert

Francisco Mari ist Referent für Agrarhandel und Fischerei bei Brot für die Welt. Tobias Reichert ist Teamleiter für Welternährung, Landnutzung und Handel bei Germanwatch.

Die »Doha-Runde« der WTO

Die WTO beschloss bei ihrer dritten Ministerkonferenz 2001 in Doha eine umfassende Verhandlungsrunde zur Liberalisierung des internationalen Handels mit Industrie- und Agrargütern, sowie Dienstleistungen. Gleichzeitig sollten auch Subventionen vor allem in der Landwirtschaft drastisch reduziert werden. Alle Themen wurden parallel verhandelt, um einen sektorübergreifenden Interessenausgleich zu gewährleisten. Mehrere Anläufe die Runde abzuschließen scheiterten, zuletzt 2008. Ausführliche Informationen hier: ***http://www.forumue.de/fileadmin/userupload/publikationen/Aus-der-Wueste_eed_2012.2.pdf***

© Elena Lymberidi-Settimo

Quecksilber – Gefährlich für Mensch und Natur

NEUES QUECKSILBER-ABKOMMEN VERABSCHIEDET

Jetzt beginnt eine neue Phase

Die Minamata-Konvention zu Quecksilber wurde im Oktober 2013 in Japan verabschiedet. Sie enthält eine Mischung verbindlicher und freiwilliger Elemente. Die Umsetzung des Abkommens geht jedoch nicht schnell genug vonstatten, um die wichtigsten Ursachen der Quecksilberverseuchung zu reduzieren. Dennoch setzt sie die richtigen Marktsignale. Jetzt beginnt eine neue Phase: die Vorbereitung für die Ratifizierung und Umsetzung. Staaten weltweit sollten die Dynamik des momentan existierenden Diskurses nutzen und das globale Abkommen ratifizieren sowie Maßnahmen ergreifen, um die Quecksilberverseuchung umgehend zu verringern.

NACH MEHR als einem Jahrzehnt der Diskussionen und Verhandlungen wurde am 10. Oktober 2013 in der Nähe von Minamata in Japan die Minamata-Konvention zu Quecksilber verabschiedet. Dort starben vor mehr als 50 Jahren etwa 2000 Menschen, weil sie quecksilberverseuchten Fisch aus der Meeresbucht gegessen hatten. Das Abkommen ist ein echter Erfolg, wenn man bedenkt, dass in den vergangenen zehn Jahren kein anderes multilaterales Umweltabkommen unterzeichnet wurde.

Ziel der Konvention ist es, die menschliche Gesundheit und die Umwelt vor durch den Menschen verursachten Quecksilberemissionen zu schützen. Das Abkommen enthält eine Mischung aus verbindlichen und freiwilligen Elementen und strenge ebenso wie einige schwache Vorschriften. Zwar ist das Abkommen zu schwerfällig, um die größten Verschmutzungsquellen zu reduzieren, setzt aber nichtsdestotrotz weltweit die richtigen Marktsignale.

Quecksilberhaltige Produkte vom Markt nehmen

Die Vorschriften für das Auslaufen von Produkten sind beispielsweise verhältnismäßig streng. Spezielle quecksilberhaltige Produkte müssen bis 2020 vom Markt genommen werden. Dies gilt für Batterien (außer für Silberoxid- und Zink-Luft-Batterien), hautaufhellende Seifen und Cremes, Biozide (mit Ausnahme von Impfstoffen), Pestizide, Antiseptika zur lokalen Anwendung, Barometer, Hygrometer, Manometer, Thermometer und Blutdruckmanschetten. Für einige Unterkategorien gibt es Ausnahmen, ebenso für die Kalibrierung und wissenschaftliche Forschung und bestimmte Ersatzanwendungen. Für einige Lampenkategorien wird ein Maximal-Quecksilbergehalt festgelegt, und es werden Maßnahmen verlangt, um die Anwendung von Amalgam einzuschränken.

Die Auslaufphasen für Produkte können verlängert werden, wenn ein Land um eine Ausnahme bittet. Die erste Genehmigung für eine Verlängerung um fünf Jahre ist einfach zu bekommen. Die zweite, letzte Verlängerung um fünf Jahre erfolgt auf Grundlage einer Überprüfung und muss von allen Vertragsstaaten der Konvention genehmigt werden. Des Weiteren sollen auf der Basis der Quecksilberzellentechnologie arbeitende Chloralkalianlagen bis 2025 geschlossen werden. Andere Verarbeitungsprozesse sollen ebenfalls eingeschränkt werden.

Reduzierung von Quecksilberemissionen aus der Industrie

Besonders bedeutend ist die Reduzierung von Quecksilberemissionen aus der Industrie. Emissionen aus Kohlekraftwerken, Industriekesselanlagen,

Schmelzöfen für Nichteisenmetalle, Zementöfen und Müllverbrennungsanlagen sind durch das Abkommen abgedeckt. Für bereits vorhandene Anlagen müssen zehn Jahre nach Inkrafttreten der Konvention in einem Land Kontrollen erfolgen. Unter Berücksichtigung der Bedingungen in dem entsprechenden Land werden dann gegebenenfalls noch weitere regulatorische Maßnahmen ergriffen. Bei neuen Anlagen, die nach Inkrafttreten des Abkommens in Betrieb genommen werden, müssen Kontrollen zur Quecksilberverseuchung fünf Jahre später erfolgen. Die Vertragsvorschriften hätten in Bezug auf die Industrie allerdings noch strenger ausfallen und eine größere Bandbreite von Industriezweigen abdecken müssen.

Quecksilbernutzung im handwerklichen Goldabbau

In den Vertragsbestimmungen sind ferner eine Reduzierung des Quecksilberhandels und das schriftliche Einverständnis des Importlandes vorgesehen.

Quecksilberbergbau an Primärlagerstätten wird verboten; wenn ein solcher Bergbau jedoch bereits existiert, kann er noch bis maximal 15 Jahre nach dem Inkrafttreten der Konvention fortgeführt werden. Während dieses Zeitraums kann das Quecksilber jedoch nicht für handwerklichen Goldabbau (artisanal and small scale gold mining, ASGM) genutzt werden. Quecksilberemissionen aus ASGM sind nach der globalen Quecksilberbewertung des UNEP aus dem Jahr 2013[1] weltweit am höchsten. Etwa 15 Millionen Menschen, darunter drei Millionen Frauen und Kinder, sind in 70 Ländern in der ASGM-Industrie beschäftigt. In nationalen Aktionsplänen wird zwar eine Reduzierung der Quecksilbernutzung im ASGM unterstützt und für ASGM-Praktiken wird kein Quecksilber mehr zur Verfügung stehen. Eine Schwäche der Minamata-Konvention ist aber, dass keine Bestimmung für das etwaige Ende dieser Verseuchungspraxis formuliert wurden.

In dem Abkommen ist ein finanzieller Mechanismus vorgesehen, der auch mit der künftigen Einhaltung der Bestimmungen durch die Mitgliedstaaten verbunden ist. Eine solche Kombination hat es bisher bei globalen Konventionen noch nicht gegeben. Über diesen Mechanismus sollen Entwicklungs- und Übergangsländer dabei unterstützt werden, ihren Verpflichtungen aus der Minamata-Konvention nachkommen zu können.

Wie geht es weiter?

Fünfzig Länder müssen die Konvention ratifiziert haben, bevor sie in Kraft treten kann. Jetzt beginnt eine neue Phase – die Vorbereitung für die Ratifizierung und Umsetzung der Konvention. Um weiterhin zu einem erfolgreichen, wirkungsvollen Abkommen beizutragen, hat die Arbeitsgruppe der Zero Mercury Working Group (Null-Quecksilber-Kampagne, ZMWG), einer internationalen Koalition gegen die Nutzung von Quecksilber, nun zwei zentrale Forderungen aufgestellt:

Erstens – Staaten weltweit sollten den Zeitpunkt ausnutzen und das Abkommen so schnell wie möglich ratifizieren. 50 Länder müssen die Konvention bis 2015 ratifizieren, damit der Vertrag dann in Kraft treten kann. Zweitens – Für die Übergangszeit bis die Konvention in Kraft tritt, müssen kurzfristige Maßnahmen zur Quecksilberreduzierung ergriffen werden. Die ZMWG hat deshalb für einige Länder eine Liste empfohlener Maßnahmen entwickelt, welche zu bedeutenden Quecksilberreduktionen führen können. Regierungen und andere Akteure sollten kurzfristige Prioritäten identifizieren und aktiv werden. Folgende Maßnahmen sind möglich: den Quecksilberhandel und -nachschub ins Visier nehmen, Produkte und Verarbeitungsprozesse auslaufen lassen, wenn effektive und effiziente Alternativen bereits seit Jahren existieren, Emissionen reduzieren sowie Aktionspläne für ASGM entwickeln und umsetzen.

Die Quecksilberverseuchung wartet nicht bis das Abkommen in Kraft tritt. Sie ist schon jetzt Realität.

Die Regierungen der Welt haben entschieden, dass Quecksilber ein globales Problem ist, das sofortiges und langfristiges Handeln auf internationaler Ebene erfordert. Kein Land kann die Quecksilberkrise allein bewältigen – koordiniertes Vorgehen ist notwendig. Das neue Quecksilberabkommen bietet trotz seiner Mängel eine reelle Möglichkeit für Regierungen, Industrie, Zivilgesellschaft und alle betroffenen Akteure, auf eine deutliche Reduzierung von Quecksilber weltweit hinzuarbeiten. Das kann irgendwann einmal zu einer Welt führen, in der jeder Mensch wieder sorglos Fisch essen kann.

Elena Lymberidi-Settimo

Die Autorin ist Projektmanagerin der Zero Mercury Campaign beim Europäischen Umweltbüro und Internationale Koordinatorin der Zero Mercury Working Group (ZMWG).

© Elena Lymberidi-Settimo

Quecksilbersulfid aus der Quecksilbermine in Almaden, Spanien

1 http://www.unep.org/PDF/PressReleases/GlobalMercuryAssessment2013.pdf

Die ***ZMWG*** ist eine internationale Koalition von NGOs aus dem Umwelt- und Gesundheitsbereich, die sich dafür einsetzt, dass die Quecksilberversorgung und -nachfrage sowie Quecksilberemissionen aus allen anthropogenen Quellen gestoppt werden. Ziel ist, Quecksilber in der Umwelt weltweit auf ein Minimum zu reduzieren.

GELD UND KOHLE

Über die Rolle von Banken bei der Finanzierung von Kohle

Die Koalitionsverhandlungen und der Koalitionsvertrag haben gezeigt, dass die Kohle starke Freunde in der Regierung hat und voraussichtlich für die nächsten vier Jahre wenig Fortschritt bei Klimaschutz und Kohleausstieg zu erwarten ist. Positive Entwicklungen passieren aktuell eher international, wo sich Regierungen und öffentliche Banken gegen Kohlefinanzierung aussprechen.

DIE KOHLE HAT es nicht leicht dieser Tage: Der Preis verfällt, geplante Kohlekraftwerke werden nicht realisiert, Kohle wird für ihren großen Beitrag zum Klimawandel kritisiert, die schwerwiegenden Umwelt- und Menschenrechtsprobleme bei ihrem Abbau thematisiert, manche öffentlichen Banken wollen keine neuen Kohlekraftwerke mehr finanzieren und Umweltschützer fordern ein Kohleausstiegsgesetz.

Soviel zu den guten Nachrichten. Allerdings handelt es sich dabei teilweise nur um Trends (Kohlepreis), Ankündigungen (öffentliche Banken) und Forderungen (Kohleausstiegsgesetz). Die schlechten Nachrichten besagen, dass weltweit nach wie vor 280 Gigawatt Kohlekraftwerks-Kapazitäten gebaut werden sollen.[1] Zum Vergleich: das neue RWE-Braunkohlekraftwerk in Neurath verfügt über 2,2 Gigawatt Leistung und das Kraftwerk Hamburg-Moorburg soll knapp 1,7 Gigawatt bringen.

Viel zu tun

Sicher ist, dass ein ganzes Bündel von Maßnahmen nötig ist, um die klimaschädliche Kohleverfeuerung einzuschränken. Dazu gehören lokaler Widerstand gegen Neubau und Nachbesserung von Kohlekraftwerken sowie gegen den Abbau von Kohle. Ebenso der Einsatz für deutsche und europäische Regelungen gegen die Nutzung von Kohle und natürlich ein internationales Klimaabkommen, das die Begrenzung der Temperaturerhöhung auf maximal 2 Grad Celsius festlegt, auch wenn die Klimakonferenz in Warschau da keine positiven Entwicklungen gebracht hat.

Ein weiterer Ansatzpunkt sind öffentliche Banken. Sie könnten theoretisch eine Vorreiterrolle bei der Bekämpfung des Klimawandels und dem umweltfreundlichen Umbau der Energieversorgung spielen. Verantwortungsvolle Politik von Banken würde klare Marktsignale senden, indem etwa auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz fokussiert und kein Geld mehr für Kohle- oder Atomkraftwerke zur Verfügung gestellt würde. Was nicht nur für das überschaubare Verleihvolumen der öffentlichen Banken relevant wäre, sondern auch eine bedeutende Signalwirkung auf Privatbanken hätte, die Finanzierungen oft gemeinsam mit öffentlichen Banken machen und größere Klimazusammenhänge weniger beachten. Öffentliche Finanzinstitutionen könnten gezielt die Entwicklung hin zu einer kohlenstoffarmen Energieversorgung und Wirtschaft finanzieren. So zumindest die Theorie. In der Praxis finanzieren die öffentlichen Banken – abgesehen von einzelnen positiven Ansätzen (die Nordische Investitionsbank etwa schließt Kohlefinanzierung aus) – viel fragwürdiges »business as usual«.

Vorsichtiger »Ausschluss« von Kohle

Diesen Sommer haben Weltbank, Europäische Investitionsbank (EIB) sowie Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) ihre internen Richtlinien für Kredite im Energiebereich überarbeitet. Dabei gibt es einige vorsichtige, positive Schritte in die richtige Richtung: die Weltbank sagt, dass sie Kohlekraftwerke nur noch in seltenen Ausnahmen finanzieren will.

Auch die EIB versucht sich an einem Ausschluss von Kohlekraftwerksfinanzierung, indem sie eine technische Obergrenze für den CO_2-Ausstoß pro erzeugter kWh festlegt, der Kohlekraftwerke ohne Kohlenstoffabscheidung (CCS) oder Biomasse-Zufeuerung und Kraft-Wärme-Kopplung ausschließt. Die EIB hat ebenfalls Ausnahmen von dieser Regel festgelegt, diese jedoch relativ präzise umrissen. Über die Kohle hinaus gibt sie sich leider bewusst »technologisch neutral« und schließt weder Atom- noch Schiefergasfinanzierungen aus.

EBWE am wenigsten ambitioniert

Die EBWE ist in ihrem Entwurf für eine neue Energierichtlinie klimapolitisch am wenigsten ambitioniert und macht die zahnlosesten Einschränkungen bei Kohle, indem nur erwartet wird, dass Kohlekraftwerke für Kohlenstoffabscheidung bereit sein müssen. Damit lassen sich selbst dreckige Braunkohlekraftwerke noch finanzieren. Auch Öl- und Schiefergasfinanzierungen sind nach wie vor möglich. Allerdings gilt dies für einen ersten Entwurf der Energierichtlinie, der überarbeitet wurde und im Kohlebereich ein bisschen weiter geht, zumal Länder wie die USA und Großbritannien sich öffentlich gegen Kohlefinanzierung durch Entwicklungsbanken ausgesprochen haben und dies nun umsetzen wollen – natürlich wieder mit Ausnahmen von der Regel.

Die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau gerät durch die Fortschritte bei internationalen Banken unter Druck endlich nachzuziehen, verteidigt jedoch bisher ihr Engagement für Kohlekraftwerke und Kohleinfrastruktur vehement. Bei allen Banken wird sowieso erst ein Realitätscheck zeigen, ob die Richtlinien geduldiges Papier oder ernst zu nehmen sind. Bei der Weltbank etwa an einem Braunkohlekraftwerk im Kosovo, über dessen Finanzierung Umweltaktivisten und -aktivistinnen seit Jahren mit der Weltbank streiten.

Regine Richter

Die Autorin arbeitet bei der Umweltorganisation urgewald zu Energie und öffentlichen Banken.

1 Financial Times, 30.9.2013. »Energy: The toll on coal«,http://www.ft.com/cms/s/0/0a2b18d0-2799-11e3-ae16-00144feab7de.html

»BEIJING CONSENSUS«

Schlagwort für Entwicklung chinesischer Art

Der Begriff »Beijing Consensus« fasst zusammen, was Chinas Entwicklungserfolg ausmacht. Das Konzept beruht auf einem Artikel des Briten Joshua Cooper Ramo aus dem Jahr 2004 und beschreibt das »Modell China« in drei Punkten: Ständige Innovation, nachhaltiges Wirtschaften und Selbstbestimmung in der Politik. Die Bezeichnung »Beijing Consensus« ist bewusst angelehnt an den »Washington Consensus« – das konventionelle neoliberale Entwicklungsmodell, welches der IMF, die Weltbank und das Finanzministerium der USA 1989 eingeführt haben.

DER »WASHINGTON Consensus« steht für Rationalisieren von Ressourcen, Entbürokratisierung und liberalisiertes Wirtschaften. In vielen Entwicklungsländern ist er aber als Modell gescheitert – teilweise auch, weil er falsch oder unvollständig umgesetzt wurde. Deswegen avanciert der »Beijing Consensus« zunehmend zum Konkurrenzprodukt auf dem internationalen Markt der Entwicklungspolitik. Und dass, obwohl der »Beijing Consensus« an sich keine reale Theorie oder bewusst gefällter Konsens ist. Er ist eher eine Bilanz davon, wie China sich in den letzten Jahren entwickelt hat. In Chinas lebhaftem Internet, einer Plattform von großem zivilgesellschaftlichem Diskurs, wird die Macht des chinesischen Entwicklungsmodells anerkannt, aber durchaus kritisch diskutiert.

Auf andere Länder übertragbar

Für Akademiker Fan Qiuying beweist Chinas Entwicklungserfolg, dass der Beijing Consensus ein effektives Entwicklungsmodell ist. Auch für andere Länder. »Im Zusammenhang mit der heißen Diskussion, die international über den »Beijing Consensus« geführt wird, gewinnt das »Modell China« mittlerweile weltweit und besonders in der Dritten Welt an Einfluss. [...] Manche meinen sogar, das »Modell China« stelle mit seiner nachhaltigen Entwicklung eine neue Bedrohung für die USA oder gar die ganze Welt dar. [...]. Für die Entwicklungsländer liefert es aber einen wertvollen Bezugspunkt und ist zu einem adaptierbaren Modell für zurückgefallene Staaten geworden, die Wirtschaftswachstum und bessere Lebensumstände für ihr Volk suchen.«

Blogger »Durchs Geisterfeuer schreiten« vergleicht den »Beijing Consensus« mit dem »Washington Consensus«. Der sei, meint der Blogger, nicht an der falschen Ideologie gescheitert, sondern weil er falsch umgesetzt wurde. Der »Beijing Consensus« habe sich nicht nur als besseres Entwicklungskonzept bewährt, sondern könne auch da anknüpfen, wo der »Washington Consensus« aufgehört habe. »Innerhalb der letzten zehn Jahre ist der »Washington Consensus« nicht nur darin gescheitert, die dringenden Probleme vieler Entwicklungsländer zu lösen, er hat diese Länder sogar noch näher an den Rand des wirtschaftlichen Kollaps getrieben und gesellschaftliche Unruhen verstärkt. Daher verschwindet der Glaube an diese neoliberale Ideologie allmählich von der Bühne der Geschichte. [...] Aber nur weil der »Beijing Consensus« aufblüht, ist der »Washington Consensus« noch lange nicht eingegangen. Der »Beijing Consensus« ist vielmehr eine nützliche Ergänzung des »Washington Consensus« und keine gegensätzliche Ideologie. Der »Washington Consensus« ist im Kern nicht völlig falsch ebenso wenig wie die Tatsache, dass er die Weichenstellung für Marktökonomie als grundsätzliches Ziel betont. Vielmehr sind die Menschen, die diese Ideologie durchführen wollen, zu ungeduldig.«

»Beijing Consensus« nur ein mögliches Konkurrenzmodell

Dem Blogger »Briese über dem Fluss« geht es ebenfalls weniger um die Überlegenheit des chinesischen Modells. Er tritt vielmehr für den Wettbewerb zwischen unterschiedlichen Systemen ein, die sich gegenseitig beeinflussen und zur jeweiligen Weiterentwicklung beitragen. »China hat auf der Grundlage seiner eigenen, realen Situation ein Entwicklungsmodell entwickelt. Dieses Modell hat sich als extrem erfolgreich herausgestellt und die chinesische Wirtschaft konnte riesige Fortschritte verzeichnen. Aber muss man deswegen glauben, der Beijing Consensus sei die absolute Wahrheit? Ich finde nicht. Wenn sich das Modell eines Systems gegen ein anderes durchsetzt, dann kann sich daraus vielleicht ein noch besseres Modell oder mehr Wettbewerb bilden. Gleichzeitig werden die Stärken und Schwächen von vielen Dingen erst durch eine relative lange Zeit und durch viele Wiederholungen sichtbar. [...] Dabei ist es ganz gleich ob dieses System bisher erfolgreich war oder gescheitert ist, denn nur wenn man unaufhörlich von den Fehlern anderer lernt und sich ständig weiterentwickelt, befindet man sich auf dem Weg zum Erfolg. »Das Beste« gibt es nicht, sondern nur »Besseres«.

Monopolisierung durch den Staat

Der ebenfalls liberale Blogger »mingjingfeitai« findet, dass nicht so sehr die wirtschaftlichen Fähigkeiten der Regierung, sondern vielmehr die Liberalisierung der Wirtschaft die Grundlage für Chinas Erfolg bilden. »Chinas Errungenschaften gründen sich nicht auf der Leistung der Regierung und haben auch nichts damit zu tun, wie die Regierung die Wirtschaft reguliert. Sie sind der Verdienst der aufstrebenden Entwicklung der Privatwirtschaft. Wenn man demnach sagt, dass die Regierung für die Entwicklung irgendwelche »Leistungen« erbracht hat, dann war es, dass sie sich herausgehalten und den Weg frei gemacht hat für die Entwicklung der Privatwirtschaft. Mittlerweile lässt sich allerdings beobachten, dass dieser Entwicklungsweg immer eingeschränkter wird, weil die Privatwirtschaft ständig diskriminiert wird. Die Regierung fördert nur staatseigene Unternehmen und lässt sie mithilfe ihrer Monopolkraft in großem Maße andere Bereiche überrennen. Das führt zu noch mehr Monopolisierung und erstickt die chinesische Wirtschaft.«

Marie-Luise Abshagen

Die Autorin engagiert sich für das Projekt Stimmen aus China der Asienstiftung.

Der Artikel wird von »Stimmen aus China« ***www.stimmen-aus-china.de*** zur Verfügung gestellt, einem Blog der Asienstiftung, welcher durch die Übersetzung von Blogs und Kommentaren aktuelle China-Themen aus chinesischer Sicht präsentiert und seit Oktober 2011 von der Robert-Bosch-Stiftung gefördert wird.

© Wolfgang Dirscherl/pixelio.de

Fruchtbarer Boden ist Lebensgrundlage

BODENLOS LEICHTSINNIG

Die endliche Ressource Boden braucht einen effektiveren Schutz

Die Zahlen sind erschreckend, dennoch scheinen Landwirte, Politiker und Konsumenten wenig beunruhigt: 24 Milliarden Tonnen fruchtbarer Boden gehen jedes Jahr schätzungsweise verloren. Dabei ist Boden eine quasi nicht erneuerbare Ressource. Problematisch ist das allemal, denn dem Boden fallen weit mehr Aufgaben zu, als nur das Nährsubstrat für Nahrung, Energie und Baustoffe zu sein. Er reinigt das Wasser, bindet weltweit 4000 Milliarden Tonnen CO_2 und ist Lebensraum für Millionen Mikroorganismen, die wiederum Voraussetzung für die Bodenfruchtbarkeit sind. Eigentlich wissen wir genug, um erkennen zu können, welche Ursachen der weltweite Verlust von Fruchtbarkeit hat und was anders laufen müsste.

URSACHEN FÜR die schleichende Katastrophe des Verlusts an Bodenfruchtbarkeit liegen unter anderem in der Abtragung durch Wasser und Wind, Versiegelung beim Siedlungsbau, der Vergiftung durch Abfälle oder Bergbau sowie in der Versalzung und Überdüngung durch die unsachgemäße Bewässerung. Wir wissen das alles, dennoch fehlt es an einer durchsetzungsfähigen, rechtsbasierten Bodenpolitik, die kohärent ist mit den Bereichen Wasser-, Landwirtschafts-, Bergbau-, Umweltpolitik und beispielsweise auch ungesicherte Eigentumsverhältnisse angeht. Wichtig wäre auch die Einbindung von Landnutzern wie Bauern, Waldbesitzer oder Nomaden in effektive Politiken. Diese haben zwar zumeist ein natürliches Interesse an der Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit, werden aber häufig durch »Sachzwänge« zu Gegenteiligem verleitet.

EU-Richtlinie im Dornröschenschlaf

Seit 2006 versucht die EU eine europaweite gesetzliche Grundlage zu schaffen. Bisher so erfolglos, dass die Kommission das Unternehmen Bodenschutzrahmenrichtlinie erst einmal auf Eis gelegt hat und schaut, ob sich die Einstellung der fünf Staaten, die diese seit acht Jahren blockieren, ändert. Abhängig davon, ob es gelingt, noch vor der Europawahl eine Beschlussfassung zu erreichen, soll dann ein neuer Anlauf genommen werden. Kommissionsschätzungen zufolge sind in der EU etwa 1,3 Millionen km² von Erosion betroffen. Fast ein Fünftel dieser Fläche verliert mehr als 10 Tonnen Erdreich pro Hektar jährlich. Das kostet die EU 38 Milliarden Euro jährlich.[1]

Größter Widerstand gegen die Rahmenrichtlinie kommt aus Deutschland, Frankreich, Finnland, Österreich und Großbritannien. Deutschland beispielsweise hält die Aufgabe des Bodenschutzes für eine absolut nationale Aufgabe. Damit spricht sie die Sprache des Deutschen Bauernverbandes (DBV), der sich vehement gegen die Richtlinie ausspricht. Die Umsetzung würde zu viel Bürokratie bedeuten und dass die Bauern sowieso den Boden schützten, heißt es dort.[2] Zugegeben: Deutschland hat, anders als viele andere Staaten der EU, ein Gesetz zum Bodenschutz, aber offensichtlich reicht das nicht. Probleme sind, ähnlich wie beim Wasser, grenzüberschreitend und brauchen deshalb grenzüberschreitende Lösungen.

Viele internationale Initiativen zum Bodenschutz

Das Thema Boden taucht bisher in einer Vielzahl von internationalen Initiativen auf. In den Klimaschutzverhandlungen erhält Boden als CO_2-Speicher große Relevanz. Auch in der Konvention über biologische Vielfalt, der Wüstenkonvention und dem Global Soil Partnership gibt es Ansätze zum Bodenschutz. Am vielversprechendsten ist aber die Entwicklung zur Formulierung von Sustainable Development Goals (SDGs) basierend auf Rio+20, denn hier ließe sich die Verbindung zwischen Boden(-besitz), Armutsbekämpfung und Nach-

haltigkeit auf vielen Ebenen verankern. Die SDGs werden auch für die Industrieländer gelten, so dass der Streit nicht mehr darum gehen kann, wer denn nun der größte Schädiger oder Geschädigte sei. Die in diesem Kontext vorgeschlagene Formulierung »a land degradation neutral world »hat gute Chancen für alle akzeptabel zu sein.

Global Soil Week thematisiert Bodenschutz

Wirklich gebraucht werden Ziele und gute Instrumente zur Messung von Fortschritt. Vor allem aber muss die weltweite Gemeinschaft der Bauern und Landnutzer überzeugt werden, dass Bodenschutz in ihrem Interesse ist. Im Widerstand dieser Gruppen sieht Prof. Klaus Töpfer, der Direktor des IASS (Institute for Advanced Sustainability Studies) das größte Hindernis, wie er in seinem Schlussstatement auf der diesjährigen Global Soil Week sagte. Als Versuch, diese Prozesse zu unterstützen, brachte das IASS in Potsdam in diesem Zusammenhang vom 27.-31. Oktober 2013 Bodenwissenschaftler und Mitarbeiter verschiedenster Institutionen zusammen. Dies ist sehr zu begrüßen und wenn es gelingt, in Zukunft auf weiteren Global Soil Weeks die Stimmen der Bauern, Nomaden und Waldnutzer zu hören, könnte daraus ein Prozess werden, der abseits der Parteipolitik Fortschritte erarbeitet. Außerdem ist zu hoffen, dass die EU nach der Europawahl einen neuen Anlauf für die Bodenrahmenrichtlinie wagt. Der EU Generaldirektor für Umwelt Karl Falkenberg jedenfalls merkte in einem Vortrag auf der Global Soil Week an, dass sich die Einstellung in vielen deutschen Ländern ändere.

Und was kann ich tun?

Am Ende nun die Frage: Was kann der Einzelne tun? Politikern klar machen, dass es Aufgaben gibt, die so dringend sind, dass parteipolitische Interessen hintenan stehen sollten. Gemeinden überzeugen, dass nicht jeder Parkplatz, Schulhof und Garten gepflastert sein muss und fruchtbares Land zu kostbar ist, um Häuser darauf zu bauen. Den bäuerlichen Nachbarn fragen, ob er nicht nächstes Jahr quer zum Hang pflügen könnte. Naja, und dann ist da ja auch noch der Komposthaufen... Aber es gibt eben auch Themen, da ist ganz einfach politisches Handeln gefragt und der Einfluss des persönlichen Handelns begrenzt. Fordern wir das ein!

2015 ist das UN Jahr des Bodens!

Ursula Gröhn-Wittern

Die Autorin Mitarbeiterin der Agrar Koordination.

1 Global Soil Week (2012): »Global Soil Week: Highights«.http://globalsoilweek.org/media-publications/videos/videos-gsw-2012/

2 DBV (04.10.2013): »Europäische Kommission will Bodenschutzrahmenrichtlinie zurückziehen: Bauernverband begrüßt vernünftigen Schritt zur Entbürokratisierung«, DVB Pressemeldung. http://www.bauernverband.de/europaeische-kommission-will-bodenschutzrahmenrichtlinie-zurueckziehen

Mehr Informationen unter:
www.agrarkoordination.de
www.globalsoilweek.org

© Erika Hartmann/pixeliode

Individueller Beitrag – Der Komposthaufen

PROSAVANA – CONTRA KLEINBAUERN!?

Land Grabbing im Norden Mosambiks bedroht Ernährungssicherung

Noch vage, aber dennoch beeindruckend: Zwischen 6 und 10 Millionen Hektar soll die Fläche von ProSavana umfassen. Damit bietet das Programm ein drastisches Beispiel für großflächige Landnahmen. Die mosambikanische Zivilgesellschaft kritisiert mangelnde Transparenz und befürchtet die Bedrohung der lokalen Ernährungssicherung.

PROSAVANA: Hinter diesem Wort verbirgt sich ein Programm, das im Jahr 2009 hinter verschlossenen Türen beschlossen wurde und seit knapp zwei Jahren die mosambikanische und zunehmend auch die internationale Zivilgesellschaft bewegt. Im Norden von Mosambik, im sogenannten Nacala-Korridor, soll eine mehrere Millionen Hektar große Fläche dem Agribusiness überlassen werden. Die Fläche erstreckt sich über Teile der drei Provinzen Nampula, Zambezia und Niassa. Das Gemeinschaftsprogramm erfolgt mit mosambikanischer, brasilianischer und japanischer Beteiligung. Insbesondere Erfahrungen aus Brasilien sollen übernommen werden und so basiert ProSavana auf dem brasilianischen Vorläuferprogramm Prodecer, das die Savannenlandschaft Cerrado in großflächige Soja-Monokulturen verwandelte.

Kritik aus der Zivilgesellschaft

Die mosambikanische Kleinbauernlobbyorganisation ORAM bezweifelt jedoch, dass sich das brasilianische Modell auf Mosambik übertragen lässt und fürchtet, dass ProSavana mit Landverlusten für Kleinbauern und -bäuerinnen einhergehen wird. »Es gibt keine freien Flächen« sagt Calisto Ribeiro bei einem Besuch in Deutschland im September. »Der Konflikt um Land ist vorprogrammiert«. ORAM hat die Diskussion um ProSavana von Beginn an verfolgt und mit geführt.

Im April 2013 gelangte der Masterplan für ProSavana erstmals an die Öffentlichkeit. Bis zu diesem Zeitpunkt war die Entwicklung des Programms vor allem durch Intransparenz, fehlende Gemeindekonsultationen und öffentliche Beteiligung gekennzeichnet. Während brasilianische und japanische Delegationen bereits Sondierungsreisen in die Region unternahmen, hatten die etwa vier Millionen betroffenen Kleinbauern und -bäuerinnen noch keinerlei Informationen über das Programm und die möglichen Auswirkungen auf ihre Lebensumstände erhalten. Dazu passt auch, dass der Masterplan von einer ausländischen Gutachtergruppe, quasi ohne mosambikanische Beteiligung, verfasst wurde.

Mosambikanische NROs wie ORAM, der nationale Kleinbauernverband UNAC oder die Umweltorganisation JA! schlagen daher Alarm. Sie befürchten eine Zunahme von Land Grabbing und die Entstehung einer Klasse von Landlosen, soziale Unruhen und massive Umweltschädigungen. Die Bedürfnisse und das Wissen der lokalen Bevölkerung werden nur ungenügend berücksichtigt. Stattdessen soll eine intensive Landwirtschaft auf Grundlage kommerziellen Saatguts, Einsatz von Chemikalien und privater Landtitel forciert werden.

Als eine Reaktion formulierten NROs einen offenen Brief an die Regierungschefs Mosambiks, Brasiliens und Japans, der jedoch bisher unbeantwortet blieb. Und auch auf einer von der Zivilgesellschaft organisierten Konferenz im August 2013 in der mosambikanischen Hauptstadt Maputo wurde der Konflikt zwischen den Modellen einer kleinbäuerlichen Landwirtschaft und agroindustriellen Großbetrieben sehr deutlich. Doch selbst bei den Verfechtern von ProSavana gibt es unterschiedliche Positionen: Während der Masterplan klar großflächige Landwirtschaftsinvestitionen, vor allem für den Export, vorsieht und dafür auch Umsiedlungen in Kauf nimmt, erklärt das mosambikanische Landwirtschaftsministerium, dass das Ziel die Förderung kleiner und mittlerer landwirtschaftlicher Betriebe sei.

Der Diskurs verändert sich

Diese Aussage passt sich klar den Diskursänderungen an, die die japanische Wissenschaftlerin und ProSavana-Kritikerin Sayaka Funada Classen identifiziert hat. Zu Beginn wurden der Erfolg des Cerrado-Programms und die japanisch-brasilianische Süd-Süd-Kooperation herausgestellt. Ebenso wurde die notwendige Übertragung des Ansatzes in afrikanische Savannengebiete wie den Norden Mosambiks betont – nach Ansicht von Befürwortern von ProSavana eine »unternutzte« und »landwirtschaftlich stagnierende« Region. Danach erfolgte eine Betonung der Rolle von Unternehmen für die Umsetzung des Programms. Sicherlich auch aufgrund der zivilgesellschaftlichen Kritik erfolgte in den letzten zwei Jahren eine Umdeutung von ProSavana hin zu einer Unterstützung kleinbäuerlicher Strukturen gemeinsam mit einer Förderung des Agribusiness. Gerade aufgrund dieser Diskursänderung kritisieren NROs, dass ProSavana als »Entwicklungsprojekt« verkauft wird, aber in Wirklichkeit nur dem Agribusiness dient.

Erste Trends sichtbar?

Die Zivilgesellschaft fordert daher einen Stopp von ProSavana bzw. eine fundamentale Neuausrichtung, denn im Rahmen von ProSavana werden bereits erste kleinere Pilotprojekte, sogenannte »Quick Impact Projects«, umgesetzt. So berichtet Calisto Ribeiro von Kleinbauern aus den Distrikten Gurue (Provinz Zambezia) und Ribaue (Provinz Nampula), die im Rahmen eines solchen Pilotprojekts, bei dem es um die Vermehrung von Saatgut geht, bereits ihr Land verloren haben. Eine Entschädigung haben die Bauern nicht erhalten und Gemeindekonsultationen, die das mosambikanische Landrecht eigentlich vorsieht, fanden nicht statt. Auch in anderen Regionen drohen neue Landkonflikte.

Christine Wiid und Andreas Bohne

Christine Wiid ist Projektreferentin für Mosambik beim INKOTA-Netzwerk und Andreas Bohne ist Projektmanager Afrika bei SODI.

EXPORTINDUSTRIE GEGEN BAUERN WELTWEIT

Ohne Zukunftsmärkte steigert Deutschland Überschüsse von Schweinefleisch

Der Weltmarkt für Schweinefleisch habe Zukunft. Dort werde die Nachfrage steigen. Immer wieder tauchen Behauptungen dieser Art auf und sollen unterstreichen, dass es richtig sei, Überschüsse von Schweinefleisch in Deutschland (und auch EU-weit) für den Weltmarkt zu produzieren. In China wird fast jedes zweite, weltweit erzeugte Kilogramm Schweinefleisch verzehrt – aber auch produziert. Die Nachfrage in China ist in der letzten Dekade tatsächlich um 30 Prozent gestiegen, wurde aber von einer ebenbürtigen Produktionssteigerung im Land selbst aufgefangen. Auch laut Prognosen der OECD und FAO für die kommenden zehn Jahre gehen in den Schwellenländern Nachfrage- und Produktionszunahmen Hand in Hand. Diesen Marktdaten zu Folge zeichnen sich mittelfristig kaum nennenswerte Nachfragelücken ab. Und trotzdem läuft die europäische Exportmaschinerie weiter.

DIE PRODUKTION von Schweinefleisch ist in der EU von 2000 bis 2012 um sieben Prozent gestiegen, während die Nachfrage im selben Zeitraum um nur vier Prozent zugenommen hat. Dadurch steigerte die EU ihr Exportvolumen von 1,42 Millionen Tonnen auf aktuell 2,08 Millionen Tonnen. In der EU ist Deutschland mit 637,57 Millionen Tonnen (2000 noch 92,65 Millionen Tonnen) der größte Schweinefleischexporteur auf dem Weltmarkt. Dort konkurriert Schweinefleisch aus der EU mit Schweinefleisch der beiden anderen großen Exporteure USA und Kanada, die ihre Produkte deutlich billiger auf dem Weltmarkt anbieten. Um die Übermengen aus der EU und auch aus Deutschland unter dieser Konkurrenz absetzen zu können, stehen die Preise für Schweinehalter unter Druck und sind in der Vergangenheit kontinuierlich gesunken. Die Futterkosten hingegen sind um fast 50 Prozent gestiegen. Diese Entwicklungen haben dazu beigetragen, dass in der letzten Dekade in Deutschland fast 42 Prozent der Schweinehalter aufgegeben haben.

Zurzeit exportieren sowohl die EU als auch Deutschland überwiegend niedrigpreisige Produkte vom Schwein auf den Weltmarkt, wie Schnauzen und Speckbäuche. Die Exporte dieser Nebenprodukte sind in den letzten zehn Jahren stark gestiegen. Der Absatz von hochwertig verarbeitetem Schweinefleisch, der auch pro exportorientierte Einheit wesentlich höhere Erlöse bringt, ist anteilig sehr gering. Somit werden überwiegend Massenwaren statt Qualitätsprodukte auf dem Weltmarkt exportiert.

Export von allem in Länder mit niedrigem Einkommen

Die Entwicklungsländer sind ganz klar Zielländer der Exportindustrie, denn im Zeitraum 2000 bis 2011 sind die Exporte von Schweinefleisch aus der EU in Ländern mit einem niedrigem Einkommen (weniger als 1,025 US Dollar/Kopf/Tag) um fast 270 Prozent gestiegen. Auch aus Deutschland sind die Exportzuwächse in Länder mit niedrigem Einkommen mit knapp 6.500 Prozent im gleichen Zeitraum exorbitant. In einer Aufteilung nach Länderregionen fällt auf, dass die Exporte aus Deutschland nach Subsahara-Afrika um ein Vielfaches angezogen haben (fast 8.500 Prozent). Fallstudien von Brot für die Welt und Misereor belegen immer wieder, dass lokale Existenzen, Märkte und Entwicklungen in armen Ländern durch solche Exporte aus der EU gestört werden. Da weder die EU noch Deutschland über ausreichend eigene Ressourcen für die Überschüsse verfügen, werden Futtermittel, allen voran Soja, importiert. Diese Flächen fehlen in den meist ärmeren Anbauländern für die dortige lokale Nahrungsmittelversorgung.

Notwendige Reformen werden verhindert

Diese Entwicklung wird agrarpolitisch gesteuert. Die Marktpolitik setzt lediglich darauf, Überschüsse mittels Intervention zu verwalten, das heißt überschüssiges Schweinefleisch wird eingelagert, wenn der Preis abfällt. Erholt sich der Preis wieder, dann werden Interventionsbestände auf den Markt zurückgegeben. Dadurch gerät der Preis erneut unter Druck. Hingegen entwickeln sich Konzepte, bedarfs- und marktorientiert Schweinefleisch zu erzeugen, noch viel zu zaghaft. Ansätze für einen verbesserten Tierschutz und geringeren Antibiotikaeinsatz sind derzeit zu schwach. Im EU-Agrargesetz ist das Prinzip der »Internationalen Verantwortung« noch nicht verankert. Das umfasst u. a. einen Beschwerdemechanismus für Entwicklungsländer, wenn ihre Märkte durch Importe aus der EU gestört werden.

Tiefgreifende, notwendige Reformen der Agrarpolitik werden von der Schlachtindustrie und Futtermittelhändler verhindert, denn sie verdienen an der Überproduktion. Ihr Ziel ist Expansion und Marktkonzentration, also größere Mengenanteile für einzelne Unternehmen, und ihre Ziele sind konträr zu denen der Bäuerinnen und Bauern weltweit, nämlich kostendeckende und existenzsichernde Preise für ihre Produkte zu erhalten.

Die hier verwendeten Fakten sind der neuen Studie: »System billiges Schweinefleisch – Folgen der europäischen Exportorientierung für bäuerliche Strukturen in Deutschland und Bedeutung für Entwicklungsländer«[1] zu entnehmen, die von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) herausgegeben wurde – mit Unterstützung von Brot für die Welt und Misereor.

Berit Thomsen

Die Autorin arbeitet bei der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL).

1 www.abl-ev.de/themen/fairer-welthandel/materialien

© Bigi Möhrle

Wir haben Agrarindustrie satt!

WIR HABEN AGRARINDUSTRIE IMMER NOCH SATT!

Großdemonstration am 18. Januar 2014 in Berlin

Weltweit sind die Folgen der agrarindustriellen Massenproduktion für LandwirtInnen, VerbraucherInnen, Tiere und Umwelt dramatisch. Bei der 2013 verabschiedeten EU-Agrarreform konnten zwar erste wichtige Ansätze für eine Wende in der europäischen Landwirtschaftspolitik verankert werden. Doch die neue Bundesregierung muss jetzt handeln und für eine gerechte und global verantwortliche Agrarpolitik sorgen, bei der die Hungerbekämpfung, die Interessen der ErzeugerInnen, der Natur- und Umweltschutz, der Verbraucherschutz und der Tierschutz im Zentrum stehen.

AGRARINDUSTRIE – das BEDEUTET millionenfaches Tierleid und eine zerstörte Umwelt. Überall im Land werden neue Megaställe errichtet. In den vergangenen Jahren wurden 40 Millionen neue Mastplätze für Hühner und 2,5 Millionen Mastplätze für Schweine geplant oder genehmigt. Die Tiere werden auf engstem Raum zusammengepfercht, ermöglicht durch hohen Antibiotikaeinsatz. Die Futtermittelimporte Deutschlands steigen, alleine der Soja-Import entspricht einer Fläche der Größe Brandenburgs – angebaut auf abgeholzten Regenwaldflächen Südamerikas und gentechnisch verändert. Um die Megaställe herum wird das Grundwasser mit Nitrat aus der Gülle belastet, Antibiotika-Resistenzen bedrohen die Gesundheit, riesige Monokulturen bestimmen das Landschaftsbild und führen zu Artenverlust und Bienensterben. Kleine und mittelständige Betriebe können sich der Konkurrenz durch diese Tierfabriken nicht erwehren, jedes Jahr schließen allein in Deutschland 10 000 Höfe. Dies hat vielerorts das Ende einer vielfältigen, bäuerlichen Landwirtschaft zur Folge.

Die Folgen der agrarindustriellen Massenproduktion tragen wir alle – in Europa und weltweit!

In Megaschlachthöfen wird das Fleisch zu Niedriglöhnen verarbeitet. Durch Exportsteigerung wächst die Produktion, obwohl der Fleischkonsum in Deutschland abnimmt. Das exportierte Fleisch überschwemmt die Märkte Afrikas mit Dumpingpreisen, bei denen heimische Kleinbauern nicht mithalten können. Landnahme, in Europa wie auch weltweit, zur Produktion von noch billigerem Futtermittel und Fleisch durch Großinvestoren sowie Nahrungsmittelspekulation verschlimmern die Situation der Bäuerinnen und Bauern weltweit. Der Saatguthandel, der von einigen wenigen Unternehmen kontrolliert wird, verstärkt zusätzlich die Abhängigkeit von der Agrarindustrie. Dies führt zum Höfesterben in Europa und weltweit und zu einer Zunahme des Hungers in den Ländern des Südens: mehr als 840 Millionen Menschen hungern weltweit.

Hierzulande häufen sich Lebensmittelskandale, gleichzeitig verzeichnen Megastallbetreiber, Milchindustrie und Megaschlachthöfe steigende Gewinne. Discounter betreiben einen Preiskampf mit Industrie-Lebensmitteln, besseres und gesünderes Essen können sich hingegen erwerbslose Menschen nicht mehr leisten. Tierfabriken erhalten Millionen Subventionen, gleichzeitig wird eine gerechtere Umschichtung der EU-Agrarsubventionen an kleinere und mittelständische Betriebe verhindert. Und das geplante Freihandelsabkommen zwischen EU und USA könnte Gentechnik, Chlorhühnchen und Hormonfleisch Tür und Tor öffnen.

Doch der Widerstand gegen die Agrarindustrie wächst!

In vielen Bundesländern haben sich Aktions- und Agrarbündnisse zusammengeschlossen, in mehreren deutschen Städten im In- und Ausland fanden in der Vergangenheit »Wir haben es satt!«-Demonstrationen statt und bundesweit engagieren sich mehr als 250 Bürgerinitiativen gegen neue Mastställe und Megaschlachthöfe. Einige Neubauten konnten bereits verhindert werden. Immer mehr Menschen sagen: wir haben diese Agrarindustrie satt! Daher werden wir am 18. Januar 2014 erneut gemeinsam mit vielen Tausend Menschen für eine gerechtere Agrarpolitik und für eine bäuerliche und ökologischere Landwirtschaft in Berlin auf die Straße gehen. Seien auch Sie Teil der wachsenden Bewegung für gutes Essen und eine gute Landwirtschaft, für alle und weltweit!

Iris Kiefer

Die Autorin ist für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der »Wir haben es satt!«-Demonstration und der Kampagne »Meine Landwirtschaft« verantwortlich.

Weitere Informationen: Programm, Anreise sowie Flyer und Plakate unter: ***www.wir-haben-es-satt.de***

MIT EINER STIMME

Umweltverbände ziehen mit gemeinsamen Forderungen in den Europawahlkampf

Bei einem Verbändeworkshop der EU-Koordination des DNR Ende November haben sich VertreterInnen der deutschen Umwelt-NGOs auf den Europawahlkampf vorbereitet und Positionen und Aktionen diskutiert.

IM MAI 2014 ist Europawahl. Und es steht viel auf dem Spiel: Mit der Zusammensetzung des neuen EU-Parlaments entscheiden die BürgerInnen auch über mehr oder weniger Europa, neue Impulse für die europäische Klima- und Energiepolitik oder die Aushöhlung der Demokratie und die Abschaffung europäischer Umwelt- und Sozialstandards durch das geplante Freihandelsabkommen mit der USA. Auch die deutschen Umweltverbände wollen sich aktiv in diese Diskussionen einbringen und bei der Wahl für ein nachhaltiges Europa werben und mobilisieren. Ende November legten sie im Rahmen des Verbändeforums des Deutschen Naturschutzrings (DNR) den Grundstein für gemeinsame Forderungen und Aktivitäten.

Europawahl: Chance und Risiko

Die kommende Europawahl findet erstmalig unter dem 2009 in Kraft getretenen Lissabon-Vertrag statt, der die Arbeitsweise der Europäischen Union regelt. Das bringt verschiedene Neuerungen mit sich. Die europäischen Parteien treten beispielsweise mit SpitzenkandiatInnen an, die gleichzeitig KanditatInnen für das Amt des Kommissionspräsidenten sind. Aber auch die Machtbefugnisse des Parlaments haben sich durch die letzten Vertragsänderungen deutlich gesteigert. Die Europäische Union prägt die Politik ihrer Mitgliedstaaten und das Parlament ist als Co-Gesetzgeber an allen Entscheidungen maßgeblich beteiligt. Das gilt insbesondere auch für die Umwelt- und Klimapolitik: 80 Prozent der Umweltgesetzgebung hat ihren Ursprung in Brüssel.

Der Grünen-Europaabgeordnete Michael Cramer betonte in seiner Keynote deshalb die Wichtigkeit der anstehenden Wahlen. Gleichzeitig warnte er aber auch vor Rechtspopulisten und Euroskeptikern, die angesichts der Euro- und Wirtschaftskrise derzeit starken Zulauf haben. In vielen EU-Mitgliedstaaten formieren sich derzeit europakritische Bündnisse. In Deutschland tritt die AfD mit einer antieuropäischen Programmatik an und hat gute Chancen, ins EU-Parlament einzuziehen. Auch weil die bislang geltende Fünf-Prozent-Hürde auf drei Prozent gesenkt wurde und vom Bundesverfassungsgericht noch ganz gekippt werden könnte (Entscheidung des BVerfG nach Redaktionsschluss).

Zusammen mit den deutschen Umweltverbänden will die EU-Koordination des DNR dagegen halten. Ja zu Europa, nein zu Umweltzerstörung und Deregulierung – das ist die eindeutige Botschaft.

Gemeinsame Kernforderungen

Mit einem gemeinsamen Positionspapier wollen die Umweltverbände gegen industrielle Landwirtschaft und Massentierhaltung mobilisieren und ambitionierte Klima- und Energieziele sowie eine wirksame Reform des europäischen Emissionshandels einfordern. In der nächsten Legislaturperiode will die EU ein neues Klima- und Energiepaket für 2030 beschließen – doch die Ziele sind so niedrig, dass ein Zusammenbruch des Emissionshandels und Stillstand beim Energiesparen und Erneuerbaren Energien vorprogrammiert sind. Die europäischen Treibhausgase müssen bis 2030 um mindestens 55 Prozent sinken, erneuerbare Energien auf 45 Prozent wachsen und der Energieverbrauch um 40 Prozent fallen. Aber auch der marode Emissionshandel muss gerettet und saniert werden, um den Klimaschutz voranzutreiben und den Ausstieg aus der Kohleverstromung zu beschleunigen.

Die Agrarwende bleibt ebenfalls ein wichtiges Thema für die Umweltverbände. Zwar sind in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) die Weichen für die kommenden sieben Jahre gestellt, der Umstieg auf eine ökologisch und bäuerlich geprägte Agrarkultur ist aber noch weit entfernt. Um von der industriellen Landwirtschaft weg zu kommen, muss die EU Massentierhaltung stoppen und das Konzept der flächengebundenen Tierhaltung einführen. Jeder Betrieb darf dann nur so viele Tiere halten, wie er auch selbst ernähren kann. Die EU muss aber auch ihre internationale Verantwortung wahrnehmen und den Hunger in der Welt bekämpfen. Hierfür muss sie von ihrer exportorientierten Agrarproduktion Abstand nehmen und 10 Prozent ihres Entwicklungsetats zur Unterstützung von Kleinbauern in Entwicklungsländern nutzen.

Die Umweltverbände sprechen sich auch klar gegen die Freihandelsabkommen mit der USA (TTIP) und Kanada (CETA) aus. Bei beiden Abkommen geht es vor allem um Deregulierung und Liberalisierung. Weder die Abschaffung ökologischer und sozialer Standards noch die Aushöhlung der Demokratie durch intransparente Verhandlungen oder geplante Investor-Staat-Schiedsgerichtbarkeiten wollen die Verbände hinnehmen.

Aktivitäten zur Wahl

Die deutschen Umwelt-NGOs werden mit umweltpolitischen Forderungen aber auch mit einer Vision für die Zukunft Europas in den Wahlkampf ziehen. Bis zur Wahl wollen sie ihre Basis mobilisieren und mit Online-Aktionen, auf Tagungen sowie in den Wahlkampfarenen für ein nachhaltiges Europa werben. Die EU-Koordination des DNR wird die Verbände-Aktivitäten mit Presseworkshops und Infomaterialien zur Wahl unterstützen. Der Verbändeworkshop hat deutlich gezeigt: Im Europawahlkampf wollen die Umweltorganisationen mit einer Stimme sprechen – für mehr Umweltschutz und für mehr Europa.

Daniel Hiß

Der Autor ist Referent für Europafragen und Öffentlichkeitsarbeit beim Deutschen Naturschutzring und koordiniert die Aktivitäten der EU-Koordination des DNR zur Europawahl.

DNR-Steckbrief zur Europawahl:
www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-europawahl

www.eu-koordination.de/ueber-uns/arbeitsschwerpunkte/europawahlen-2014

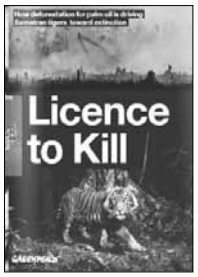
PUBLIKATIONEN

DIE ÖKOLOGISCHE DIMENSION IN DER POST-2015-AGENDA FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Positionsbestimmung der deutschen Umwelt- und Entwicklungsverbände

Seit der im Jahr 2000 verfassten Millenniums-Erklärung sind viele globale Probleme weiterhin ungelöst und neue hinzugekommen. Wachsende soziale Ungleichheit, andauernde und steigende Umweltzerstörung, zunehmender Ressourcenverbrauch, fortschreitende Urbanisierung und Migration sowie der sich verschärfende Klimawandel sind Herausforderungen, denen die Länder des Nordens wie des Südens gemeinsam gegenüberstehen. Die MDGs hatten zwar ein auf Armutsreduzierung ausgerichtetes Zielsystem formuliert. Sie blieben dennoch in vielen Bereichen unzulänglich. Mit großer Sorge ist allerdings festzustellen, dass die ökologische Dimension in den bisherigen Vorschlägen für Ziele einer Post-2015-Agenda noch nicht ausreichend wiederzufinden ist. Aus diesem Grund haben deutsche Umwelt- und Entwicklungsverbände in einem Forderungspapier ökologische Nachhaltigkeitsziele formuliert, die in der Post-2015-Agenda maßgeblich zu berücksichtigen sind.

Bezug online unter:
http://www.forumue.de/publikationen/publikationen2/publikation/die-oekologische-dimension-in-der-post-2015-agenda-fuer-nachhaltige-entwicklung/



LIZENZ ZUM TÖTEN: DIE REGENWALDZERSTÖRUNG DER PALMÖLINDUSTRIE TREIBT DEN SUMATRA-TIGER AN DEN RAND DES AUSSTERBENS

Studie

Mit dieser Studie dokumentiert Greenpeace, dass der weltweit größte Palmölhändler Wilmar (RSPO-Mitglied) auf illegalen Plantagen im Tesso Nilo Nationalpark auf Sumatra produziertes Palmöl in seinen Ölmühlen verarbeitet. Darüber hinaus kauft Wilmar Palmöl von Firmen, die in die Brandrodung sowie Zerstörung von Torfwäldern und Tiger-Lebensraum verwickelt sind. Die Studie enthüllt neben diesen Vergehen auch einge der Abnehmern, große Konzerne wie Procter & Gamble, Colgate Palmolive, Mondelez (ehemals Kraft) und auch der »Bio«-Kraftstoffproduzent Neste Oil, die alle zusammen das Geschäft am Laufen halten.

Bezug online unter:
https://service.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/waelder/Report_Licence_to_kill_deutsch.pdf

ENTWICKLUNGSBANKEN UND LAND GRABBING

Wie öffentliche Gelder Lebensgrundlagen zerstören
Dossier

In ihrem Dossier zum Thema Entwicklungsbanken und Land Grabbing setzen sich Brot für alle und Fastenopfer kritisch mit den Folgen von Geschäften mit Land auseinander. Land bildet für Millionen von Kleinbäuerinnen und -bauern in Asien, Afrika und Lateinamerika die Existenzgrundlage. Geht dieses Land an multinationale Firmen, ausländische Regierungen und Finanzspekulanten, wird die bäuerliche Landwirtschaft zerstört und die Ernährungssicherheit gefährdet. Land Grabbing hat in den letzten Jahren stark zugenommen. NGOs gehen davon aus, dass seit der Jahrtausendwende rund 200 Millionen Hektar Land in fremde Hände gelangt sind. Internationale Entwicklungsbanken tragen durch Unterstützungen großflächiger Agrarprojekte zum rasant fortschreitenden Land Grabbing bei. Das Dossier erläutert dies anschaulich an Beispielen wie dem Zuckerrohranbau für Agrotreibstoffe in Sierra Leone durch das Schweizer Unternehmen Addax. In solchen Projekten wird die Bevölkerung zumeist ungenügend an der Beschlussfassung beteiligt. Verschärfungen der lokalen Ernährungssituation und soziale Spannungen sind die Folge. Brot für alle und Fastenopfer fordern aus diesem Grund, dass öffentliche Entwicklungsgelder die Fähigkeiten und Handlungsspielräume von Menschen fördern und deren Existenz sichern. Zu berücksichtigen sind die von allen Parteien gemein vereinbarten Richtlinien, wie sie von der Welternährungsorganisation FAO ausgearbeitet wurden.

Bezug online unter:
http://www.brotfueralle.ch/fileadmin/deutsch/6_Ueber_uns/Publikationen/2013/20131108_WeltsichtDossier.pdf

DIE WIRKLICHKEIT DER ENTWICKLUNGSPOLITIK 2013

Eine kritische Bestandsaufnahme der deutschen Entwicklungszusammenarbeit
Bericht

Die von der Welthungerhilfe und terres des hommes veröffentlichte Studie, die seit 1993 jährlich erscheint, setzt sich in der 2013er Publikation intensiv mit der bestehenden deutschen Entwicklungspolitik auseinander und verweist auf wichtige Baustellen und Herausforderungen, die diese zukünftig angehen muss. Besonders kritisiert werden zum einen die fehlende entwicklungspolitische Kohärenz der gesamten deutschen Politik und unzureichende Fortschritte bei der Verwirklichung eines entsprechenden systematischen Ansatzes. Hierzu gehört beispielsweise die problematische Tendenz hin zu mehr bilateraler EZ, übermäßige Konzentrierung auf Projekte anstelle von effektiveren Finanzierungsansätzen sowie eine Profilverlust der deutschen EZ auf internationaler Ebene. Auch der Trend hin zu einer deutlichen Verringerung des deutschen ODAs wird bemängelt. Herausforderungen sieht die Studie insbesondere in veränderten sozioökonomischen und ökologischen Problemen, der Diskrepanz die derzeit zwischen Handlungsbedarf und Handlungskapazitäten steht sowie einer dringenden Korrektur der Weichenstellungen der Entwicklungspolitik der letzten vier Jahre.

Bezug online unter:
http://www.tdh.de/fileadmin/user_upload/inhalte/10_Material/Wirklichkeit_der_Entwicklungshilfe/2013-21_Wirklichkeit_der_Entwicklungspolitik.pdf

AGRAPROFIT – DER FILM

Kurzfilm

Der Kurzfilm dokumentiert eine Guerilla Aktion, die im September 2012 auf dem Wochenmarkt einer deutschen Großstadt durchgeführt wurde. Das fiktive Unternehmen »Agraprofit« ist neu auf dem Markt und hat ein innovatives Verkaufskonzept: Billige Produkte und gleichzeitig volle Transparenz der Produktionskette. Es konfrontiert die Kundschaft dezent lächelnd mit den Produktions- und Handelsbedingungen der angebotenen Billiglebensmittel. Schilder zeigen, was hinter den Produkten steckt: Zum Beispiel »Kinderarbeit? – Dann sind sie wenigstens weg von der Straße!«. Hintergrund der Aktion: Deutsche zählen zu den größten Schnäppchenjägern Europas. Noch immer ist der Preis, insbesondere bei Lebensmitteln ein wichtigstes Kaufkriterium. Die Lebensmittelindustrie täuscht mit schönen Werbeslogans über die fragwürdige Entstehung der Billigprodukte hinweg. Aber wie aufgewühlt, beunruhigt oder auch unbeeindruckt reagieren die Menschen, wenn sie direkt hören, welche Zustände andernorts mit ihrem Einkauf verbunden sind? Der Film dokumentiert die verschiedenen Reaktionen und hinterlässt die Frage, wie man selbst reagiert hätte. Was die Käufer nicht wissen: Alle Erzeugnisse an diesem Marktstand kamen aus Öko-Landbau und Fairem Handel!

Link zum Film:
http://www.youtube.com/watch?v=pgCD-4Q-4Wo

ZEITWOHLSTAND: WIE WIR ANDERS ARBEITEN, NACHHALTIG WIRTSCHAFTEN UND BESSER LEBEN

Buchpublikation

Was ist heutzutage eigentlich Wohlstand? Wie können wir leben, so dass es allen Menschen gut geht und wir innerhalb der ökologischen Grenzen wirtschaften? Die Lösung könnte in einer anderen Wertschätzung von Zeit liegen. Die Autoren und Autorinnen stellen deshalb die Frage, was eigentlich ein gutes Leben ist und betrachten die Rolle von Zeit, Arbeit und einer intakten Umwelt für unser Wohlbefinden. Leicht verständlich und doch fachlich fundiert bietet das Buch einen anregenden Einstieg in die Debatte um nachhaltiges Wirtschaften und entwickelt Visionen einer gerecht gestalteten Zukunft.

Bezug online unter:
http://www.zeitwohlstand.info/wp-content/uploads/2012/07/Zeitwohlstand.pdf

Oder zu bestellen unter:
http://www.oekom.de/buecher/fachbuch/politik-gesellschaft/buch/zeitwohlstand.html

VERANSTALTUNGEN

FAIR WIRTSCHAFTEN – ANDERS HANDELN

Tagung, 10. – 12. Januar 2014
Ev. Tagungsstätte Haus Villigst, Iserlohner Str. 25, 58239 Schwerte

»Fair wirtschaften – anders handeln!«: »Fairness« in der Gestaltung weltweiter wirtschaftlicher Beziehungen, »Fairness« im weltweiten Umgang miteinander. Geht das überhaupt?

Ereignisse der letzten Zeit lassen daran zweifeln, dass mehr Fairness möglich ist: die ertrunkenen Flüchtlinge vor Lampedusa, die Arbeitsbedingungen der Textilarbeiterinnen in Bangladesch, die Selbstmordserie von Arbeiterinnen eines Zulieferers von Apple. Wird das weltweite Miteinander eher unfairer, weil Ressourcen immer knapper werden und jede und jeder sich ein Stück vom Kuchen sichern will und sich abschottet? Oder werden Wirtschaftsbeziehungen und das weltweite Miteinander fairer, weil Zusammenarbeit auf Augenhöhe in der veränderten Welt nicht zu umgehen ist?

Wie wirksam sind Maßnahmen von Unternehmen und Politik, um weltweit faire Arbeitsbedingungen zu verwirklichen? Sind es Lippenbekenntnisse, nur ein Tropfen auf den heißen Stein oder verändert sich wirklich etwas vor Ort für die Menschen? Können wir bei uns in unserem Alltagshandeln konkret etwas bewegen, um »Fairness« wirklicher werden zu lassen? Wie wirksam ist zum Beispiel der Einkauf fair gehandelter Produkte? Wie wirksam ist es tatsächlich, wenn wir weniger verbrauchen, Alternativen zur Wachstumsökonomie ausprobieren?

Weiter Informationen unter:
http://info.brot-fuer-die-welt.de/termin/fair-wirtschaften-anders-handeln

Anmeldung: Gabriele Huckenbeck, gabriele.huckenbeck@kircheundgesellschaft.de und telefonisch unter +49 (0)23 04-755 -32

LANDWIRTSCHAFT STÄRKEN ZUR ERNÄHRUNGSSICHERUNG

Global Forum for Food and Agriculture (GFFA) 2014, 16. – 18. Januar 2014, Berlin

Der Schlüssel zur Überwindung von Hunger auf globaler Ebene ist die Entwicklung einer produktiven, anpassungsfähigen und belastbaren Landwirtschaft mit drei zentralen Elementen: Vielfalt, Nachhaltigkeit und Produktivität. Diesen Bemühungen stehen jedoch große Herausforderungen gegenüber wie die zunehmende Konkurrenz um knappe natürliche Ressourcen, die Folgen des Klimawandels und der Verlust der biologischen Vielfalt und der Bodenfruchtbarkeit. Wirtschafts- und Finanzkrise und die zunehmende Volatilität auf den Agrarmärkten verringern die Neigung, in die Landwirtschaft zu investieren und reduzieren damit die Produktivität des Sektors. Extreme Wetterereignisse bedrohen Agrarstrukturen. Wie können landwirtschaftliche Probleme früher erkannt und gezielter angegangen werden? Welche beispielhaften Ansätze, Strategien und Projekte gibt es bereits auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene zur Verbesserung der Widerstandsfähigkeit der landwirtschaftlichen und ländlichen Strukturen? Wie können Landwirte gestärkt werden, wirtschaftliche Risiken reduziert werden und auch wirtschaftliche und soziale Teilhabe verbessert werden? Wie kann die Landwirtschaft als Schlüsselbranche den entscheidenden Beitrag zur Überwindung von Hunger und Mangelernährung leisten? Diese und andere Fragen sollen auf dem GFFA 2014 diskutiert werden.

Weitere Informationen unter:
http://www.gffa-berlin.de/en

DAS MENSCHENRECHT AUF ZUGANG ZU SAUBEREM TRINKWASSER UND SANITÄRER GRUNDVERSORGUNG UMSETZEN!

Symposium
Freitag, 17. Januar 2014, 12 – 18 Uhr, Großer Konferenzsaal, Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, Unter den Linden 78, Berlin

Das Menschenrecht auf Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitärer Grundversorgung ist durch die Vereinten Nationen anerkannt und das Europäische Bürgerbegehren »right2water« wird breit unterstützt. Jetzt kommt es darauf an konkrete Schritte für die Umsetzung dieses Rechts einzuleiten. Im Symposium diskutieren wird diskutiert, was geschehen muss.

Die Teilnahme am Symposium ist kostenfrei. Um Anmeldung bis zum 13.01.2014 wird gebeten.

Anmeldung per Mail: kutzsch@aoew.de oder info@menschenrecht-wasser-umsetzen.de, per Fax an +49 (0)30-39 74 36 -83

WIR HABEN ES SATT!«

Demonstration
Samstag 18. Januar 2014,
Heinrich Böll-Stiftung, Schumannstraße 8 (Nähe Hbf.), Berlin

Am 18. Januar 2014 findet in Berlin zum vierten Mal die bundesweite »Wir haben es satt!«-Demonstration statt. Unter dem Motto »Wir haben Agrarindustrie satt! Gutes Essen. Gute Landwirtschaft. Für Alle!« werden erneut viele Tausend Menschen demonstrieren.
Das breite gesellschaftliche »Wir haben es satt!«-Bündnis möchte mit der Demonstration auf die weltweit dramatischen Folgen der agrarindustriellen Massenproduktion für Landwirte und Landwirtinnen, Verbraucher und Verbraucherinnen, Tiere und Umwelt hinweisen. Gefordert wird von der neuen Bundesregierung ein zügiges Handeln für eine gerechte und global verantwortliche Agrarpolitik.

Das ausführliche Programm und weitere Informationen unter:
http://www.wir-haben-es-satt.de/start/programm/programm/

DIE RE-INDUSTRIALISIERUNG EUROPAS: GRÜNE INDUSTRIEPOLITIK ALS ANTWORT AUF DIE WIRTSCHAFTS- UND FINANZKRISE

Podiumsdiskussion aus der Reihe »Jenseits der Krise«, Mittwoch, 12. Februar 2014, 19:30-21:30 Uhr,
Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin

Die starke industrielle Basis hat Deutschland besser durch die Finanz- und Wirtschaftskrise kommen lassen als die meisten seiner europäischen Nachbarn. Kein Wunder also, dass Industriepolitik in Europa wieder weit oben auf der Agenda steht. Die Europäische Kommission möchte die Industrie zum Zugpferd einer wettbewerbsfähigen und nachhaltigen wirtschaftlichen Erholung machen, Wirtschaftsverbände befürworten die »Re-Industrialisierung« des Kontinents.
Auch in den Debatten um die sozial-ökologische Transformation spielt Industriepolitik wieder eine wichtige Rolle: Eine starke Industrie sei Voraussetzung, um den Wohlstand und den Beschäftigungsstand zu halten und ohne die Innovationskraft der Industrie-Unternehmen lasse sich weder die Ressourceneffizienz in ausreichendem Maße steigern noch ein nachhaltiger Lebensstil erreichen. Kann eine grüne Re-Industrialisierung einen Beitrag zur wirtschaftlichen Erholung in ganz Europa leisten? Welche Erfolgsgeschichten laden zur Nachahmung ein? Ist es Aufgabe der Mitgliedsstaaten, grüne Industrien zu fördern, oder können auch europäische Institutionen und Programme einen Beitrag leisten?

Weitere Informationen unter:
www.boell.de

Anmeldung:Ute Brümmer, bruemmer@boell.de und telefonisch unter: +49 (0)30-285 34 -237

LERN- UND LOBBYFAHRT 2014 DER EU-KOORDINATION DES DEUTSCHEN NATURSCHUTZRINGES (DNR)

18. – 20. März 2014,
Brüssel

Im Mai 2014 wird ein neues EU-Parlament gewählt und Ende des Jahres kommt eine neue Kommission ins Amt. In dieser Umbruchszeit ist es wichtig, Kontakte zu aussichtsreichen KandidatInnen aufzubauen und zu stärken. Thematisch stehen 2014 so weitreichende Themen auf der Agenda wie das umstrittene Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA oder der Rahmen für die Klima- und Energiepolitik nach 2020. Hier ist eine starke Lobby für Umwelt und Nachhaltigkeit gefragt. Obwohl auf EU-Ebene wichtige Entscheidungen für Bundes- und Landespolitik getroffen werden, sind viele von uns noch unsicher in den EU-Entscheidungsprozessen und Netzwerken. Um dies zu ändern und Netzwerke zu knüpfen, Lobbykontakte zu nutzen und zu erweitern und möglichst viel über die umweltrelevanten Entscheidungen auf EU-Ebene zu lernen, findet die Studien- und Lobbyfahrt statt.
Es wird Treffen mit ParlamentarierInnen, MitarbeiterInnen der EU-Kommission sowie KollegInnen der europäischen Umweltverbände geben.

Anmeldefrist ist der 10. Januar. Weitere Informationen und das Anmeldeformular:
Antje Mensen, antje.mensen@dnr.de,
+49 (0)30-678 17 75 -86

WOCHE DER SONNE

Veranstaltungsreihe, 9. – 18. Mai

Die Woche der Sonne ist die größte Aktionswoche für Solarenergie und Pellets in Deutschland. Ziel ist es, zwischen dem 9. bis 18. Mai 2014 über die Chancen einer Energieversorgung aus Erneuerbaren Energien aufzuklären und dadurch den Ausbau der Solarenergie am Energiemix in Deutschland zu fördern. Die Aktionswoche findet seit 2007 erfolgreich im gesamten Bundesgebiet statt. Sie erreicht Menschen durch gezielte und praxisorientierte Ansprache vor Ort, durchgeführt von engagierten Akteuren aus Solarinitiativen, Agendagruppen und dem Handwerk.

Mehr Informationen online unter:
http://www.woche-der-sonne.de/

VERANTWORTUNG FÜR DIE ZUKUNFT

32. Deutscher Naturschutztag (DNT),
8. – 12. September 2014,
Mainz

Auch in diesem Jahr veranstalten der Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN)e.V., das Bundesamt für Naturschutz (BfN), der Deutsche Naturschutzring, Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten Rheinland-Pfalz und der Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände (DNR) e.V. gemeinsam den Deutschen Naturschutztag. Dies ist der zentrale Fachkongress des staatlichen und privaten Naturschutzes in Deutschland und blickt auf eine lange Tradition zurück. Ziel ist es, die für Naturschutz und Landschaftspflege Tätigen aus den verschiedenen behördlichen, privaten, wissenschaftlichen, praktischen Institutionen sowie Ehrenamtliche regelmäßig zusammenzuführen, um die enge Kooperation aller Fachkräfte für Naturschutz und Landschaftspflege zu ermöglichen und aufrecht zu erhalten, sowie die Anliegen des Naturschutzes in die Öffentlichkeit zu tragen.

Informationen unter:
http://www.deutscher-naturschutztag.de/

GUTES ESSEN. GUTE LANDWIRTSCHAFT. FÜR ALLE!

WIR HABEN AGRARINDUSTRIE SATT!

18. JAN.´14 DEMO

POTSDAMER PLATZ
11⁰⁰ UHR
BERLIN

Seien Sie dabei, wenn in Berlin zum vierten Mal viele Tausend Menschen für eine bäuerliche und ökologischere Landwirtschaft auf die Straße gehen! Infos zu Anreise, Programm, Flyer-/Plakatbestellung und vieles mehr unter:

www.wir-haben-es-satt.de

FOTO: LUDWIG SCHERM . GESTALTUNG: SICHTAGITATION.DE